

24. Jahrgang

Nr. 3

September 2013

Sozialimpulse

Rundbrief

**Dreigliederung
des sozialen
Organismus**

**Selbst
verwalten**

**Institutionelle
Eigenverantwortung**

**Apfel gegen
Rose II**

**Gesetzlicher
Mindestlohn**

**Betrachtungen, Berichte,
Initiativen**

Herausgegeben von der
Initiative Netzwerk Dreigliederung

Inhalt

Notiert – Brennpunkte des Zeitgeschehens (Christoph Strawe) _____	3
Selbst verwalten – Wer ist das Selbst der Aufgabengemeinschaft? (Christoph Strawe) _____	5
Apfel gegen Rose – Zur Ambivalenz westlicher Unternehmensstrategien in China (Roland Benedikter) _____	13
Betrachtungen, Berichte, Initiativen	
Gedenken an Gothard Willmann _____	20
Zum Stellenwert eines gesetzlichen Mindestlohns (Harald Spehl, Sascha Liebermann, André Bleicher) _____	20
Wege zu einer neuen Universitätskultur (Ingo Hoppe) _____	26
Cusanus Hochschule Bernkastel-Kues _____	29
Syrien (Friedensapell, Flüchtlingsarbeit) _____	30
Geldfachgespräch (Herbert Schliffka) _____	32
Bedingungen demokratischer Legitimation (Herbert Schliffka) _____	33
Freiheit statt Angst – Demonstration gegen Überwachungswahn _____	33
Solidarität mit Edward Snowden _____	34
Zum geplanten Freihandelsabkommen EU-USA (Positionspapier deutscher NGOs) _____	35
Europäische Bürgerinitiative Grundeinkommen _____	37
Veranstaltungen _____	37
Kongress Befreiung des Bildungswesens (Thomas Brunner) 52. Müндener Gespräche Tagung zur Reform von Geldwesen und Bodenordnung Forum 3 Demokratiekongress Ken Saro-Wiwa (Harald Weil)	
Literatur _____	40
Christian Kreiß: Profitwahn Dietrich Esterl: Emil Molt 1876 – 1936 Ulrich Rösch: We are the Revolution	
Treffen Initiative Netzwerk Dreigliederung _____	43
Seminar: Wege aus dem Preischaos _____	44

Impressum

Sozialimpulse - Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung, Libanonstr. 3, D-70184 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 - 23 68 950, Fax: 23 60 218, E-Mail: netzwerk@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de. ISSN 1863-0480. Redaktion und Verwaltung: Prof. Dr. Christoph Strawe. Lektoratsassistent: Katharina Offenborn, Dinkelscherben. Gestaltung: Marion Ehrsam. Logo: Paul Pollock. Druck: Offizin Scheufele, Stuttgart. Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr EUR 20,-/CHF 35,-). Zahlungen bitte durch Geldschein oder Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Baden-Württembergische Bank, BLZ 60050101 (IBAN: DE65600501010001161625, BIC/SWIFT-Code: SOLA DE 33). Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bezieher in der BRD können uns auch eine Abbuchungsermächtigung schicken (bitte genauen Betrag angeben). Redaktionsschluss jeweils Anfang März, Anfang Juni, Anfang September und Anfang Dezember. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Editorial

Die Bundestagswahlen haben Angela Merkel einen triumphalen Erfolg beschert. Zugleich wurde die schwarz-gelbe Regierungskoalition abgewählt: Zum ersten Mal in ihrer Geschichte ist die FDP nicht mehr im Parlament vertreten. Die Grünen mussten Verluste hinnehmen, ebenso die Linke, die aber immerhin zur drittstärksten Fraktion avancierte. Die AfD – Sammelbecken des Unmuts über die Euro-Rettungspolitik mit allerdings eher fragwürdigen eigenen Lösungsansätzen – scheiterte knapp.

Ob eine von Frau Merkel geleitete Regierung aus CDU/CSU und SPD gebildet werden wird – was viele erwarten – oder ob es zu einer schwarz-grünen Koalition oder sogar einer Minderheitsregierung kommt, kann im Moment der Niederschrift dieser Zeilen nicht gesagt werden. Sicher ist indes, dass jede neue Regierung von den vielfältigen inneren und äußeren Problemen, die im Merkel-Wahlkampf eher heruntergespielt wurden, sehr rasch wieder eingeholt werden wird. Dazu gehört, dass Deutschland mittlerweile Niedriglohmland ist, die europäische Schuldenkrise längst nicht bereinigt ist, neue Finanzkrisen keineswegs auszuschließen sind und dass Katastrophen drohen, wenn es nicht gelingt, weltweite Konflikte friedlich zu lösen und endlich Fortschritte in ökologischen Fragen zu erzielen.

Hierzu bedürfte es einer neuen Politik, bei der es nicht nur inhaltlich um Innovationen ginge, sondern auch um neue Formen der Lösung gesellschaftlicher Probleme. Die Ausweitung direkter Demokratie und mehr Raum für Selbstverwaltung sind Stichworte für diesen Erneuerungsbedarf. Nur so kann die Kraft der Zivilgesellschaft sich entfalten, kann die freie Verantwortung und Kompetenz des Einzelnen für das gesellschaftliche Ganze wirksam werden.

Es ist erschreckend zu sehen, welche geringe Rolle das Thema „Freiheit“ im Wahlkampf gespielt hat. Daran ist paradoxerweise die liberale Partei mitschuldig, weil für sie zu oft der „freie Markt“ wichtiger war als der freie Mensch. Viel wurde über notwendige Investitionen in die Bildung gesprochen, wenig jedoch über die Freiheit des Bildungswesens. Diese lässt sich ohne Selbstverwaltung in freier Trägerschaft nicht umfassend verwirklichen. So scheint es mir durchaus zur Situation nach den Wahlen zu passen, dass wir in diesem Heft das Thema Selbstverwaltung zu einem der Schwerpunkte gemacht haben. Auch sonst werden Sie wieder viele Themen behandelt finden, die allzu oft ausgeblendet werden.

Ihr


Notiert – Brennpunkte des Zeitgeschehens

15. Juni – 22. September

Christoph Strawe

Deutschland

US-Präsident Obama besucht Berlin, wo er unter anderem erklärt, die USA seien bereit, ein Drittel ihrer Nuklearwaffen abzurüsten. Russland reagiert reserviert bis ablehnend auf diese Offerte +++ Eine Kommission der Bundesregierung fordert in einem Bericht eine umfassende Pflegereform. Insbesondere sollen Demenzkranke körperlich Erkrankten gleichgestellt werden, was eine enorme Steigerung der Zahl der Pflegefälle zur Folge haben würde. Die Kosten werden auf 2 bis 4 Milliarden jährlich geschätzt +++ Das Auftreten von Maserninfektionen führt zu einer erneuten Debatte über eine Impfpflicht. Viele Menschen sehen in einer solchen Pflicht, auch angesichts offener medizinischer Fragen, einen unzulässigen Eingriff in ihre Freiheitsrechte +++ Die Münchner Polizei räumt ein Flüchtlingscamp und beendet so den Hungerstreik von 44 Asylbewerbern +++ Der sieben Jahre lang in psychiatrischen Einrichtungen zwangsuntergebrachte Gustl Mollath wird infolge eines Gerichtsbeschlusses im August 2013 entlassen. Das Bundesverfassungsgericht gibt einer Verfassungsbeschwerde Mollaths gegen Beschlüsse der für die Zwangseinweisung verantwortlichen Gerichte statt, die nicht hinreichend begründet seien und Mollath in seinem Grundrecht auf Freiheit der Person in Verbindung mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beschränkten. Die Sache wird zur erneuten Entscheidung an das Oberlandesgericht Bamberg zurückverwiesen +++ Bundesweit protestieren Menschen gegen die Ausspähung durch das US-amerikanische PRISM-Programm. Laut Edward Snowden hat sich auch der britische Geheimdienst im Rahmen der sogenannten Operation Tempora in größtem Umfang durch Anzapfen transatlantischer Glaskabel Zugang zu Internet- und Telefondaten deutscher Staatsbürger verschafft. Die Regierung will von all dem nichts gewusst haben. Kanzleramtsminister Proffalla erklärt die Affäre schlicht für beendet, obwohl die wesentlichsten Fragen, die von der Opposition im parlamentarischen Kontrollgremium gestellt wurden, kaum als beantwortet gelten können +++ In der katholischen Kirche leisten zahlreiche Gläubige Widerstand gegen den Limburger Bischof Tebartz-van Elst, dem autoritärer Führungsstil und Verschwendung vorgeworfen werden +++ Aufgrund der Unterbesetzung des Stellwerks des Mainzer Hauptbahnhofs können in Mainz über Wochen keine Fernverkehrszüge halten. Kritiker sehen darin das Ergebnis einer verfehlten Personalpolitik der Deutschen Bahn AG +++ Nach einem Schlaganfall gibt der brandenburgische Ministerpräsident Matthias Platzeck sein Amt auf, Nachfolger wird der bisherige Innenminister Dietmar Woidke (ebenfalls SPD) +++ Die Insolvenz des größten deutschen Solarmodulherstellers Solarworld ist fürs Erste abgewendet, nachdem die Anteilseigner einem Sanierungsplan zugestimmt haben, bei dem sie selbst tiefe Einschnitte hinnehmen müssen +++ Die Baumarktkette Praktiker ist pleite +++ Führungswechsel in der Firma Siemens +++ Der

Bundestags-Wahlkampf geht in die heiße Phase. Bei einem Fernsehduell zwischen Kanzlerin Merkel und Herausforderer Steinbrück gibt es keinen klaren Sieger. Den Umfragen zufolge liegt die Kanzlerin indes weiter vorn. Sie warnt allerdings wiederholt vor zu großer Siegesicherheit +++ Ab dem 1. August gilt in Deutschland ein Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertagesstätte ab dem vollendeten 1. Lebensjahr. Die Bundesländer haben dem Familienministerium 800.000 U3-Kita-Plätze gemeldet, das wären 20.000 mehr als gefordert. Die gemeldete Zahl wird allerdings von manchen Seiten bestritten +++ Besuch von Bundespräsident Gauck im französischen Oradour, dem Ort eines schrecklichen Massakers der SS im Zweiten Weltkrieg +++ Das deutsche Bundesverwaltungsgericht hält die Teilnahme von muslimischen Schülerinnen am gemischtgeschlechtlichen Schwimmunterricht für zumutbar, unter der Bedingung, dass sie einen geschlossenen Schwimmanzug („Burkini“) tragen dürfen +++ Bei den Wahlen zum Bayerischen Landtag erringt die CSU die absolute Mehrheit +++ Bei den Bundestagswahlen verfehlt die CDU/CSU nur knapp die absolute Mehrheit, die FDP erleidet ein Fiasko und ist nicht mehr im Parlament vertreten. Rechnerisch haben SPD, Linke und Grüne zusammen eine hauchdünne Mehrheit, erwartet wird jedoch eine große Koalition. Auch über Schwarz-Grün wird spekuliert. Die AfD bleibt knapp, die Piraten bleiben deutlich unter der 5%-Hürde. Auch bei der Landtagswahl in Hessen bleibt die CDU stärkste Partei, Schwarz-Gelb wird jedoch abgewählt, die künftige Regierungskonstellation ist unklar +++

Europa

Bei einem EU-Gipfel in Brüssel stimmen die Staats- und Regierungschefs Verhandlungen über einen Beitritt Serbiens zur Union zu. Sie werden voraussichtlich im Januar 2014 beginnen +++ Aufnahme von Kroatien in die EU +++ Silvio Berlusconi wird wegen Steuerhinterziehung zu sieben Jahren Haft verurteilt. Er will gegen das seiner Meinung nach „brutale“ Urteil in Berufung gehen +++ Die EU-Staaten wollen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa sechs Milliarden Euro zur Verfügung stellen +++ Ein schweres Zugunglück in Spanien fordert 79 Todesopfer. Der Lokführer, der durch stark überhöhte Geschwindigkeit das Unglück vermutlich verursacht hat, wird schließlich verhaftet +++ In London wird Herzogin Kate und Prinz William ein Sohn geboren. Er nimmt in der britischen Thronfolge hinter seinem Großvater Prinz Charles und seinem Vater Prinz William den dritten Platz ein +++ Der russische Oppositionspolitiker Alexej Nawalny wird wegen angeblicher Veruntreuung zu 5 Jahren verurteilt, jedoch nach der Urteilsverkündung überraschend wieder auf freien Fuß gesetzt, sodass er wie geplant bei den Bürgermeisterwahlen in Moskau gegen Sergei Sobyjanin antreten kann. Nawalny erzielt mit 27 Prozent der Stimmen ein unerwartet hohes Ergebnis +++ Neuwahlen in Luxemburg, nachdem Ministerpräsident Juncker wegen einer Geheimdienstaffäre zurücktreten musste +++ In einer bislang beispiellosen Aktion wird das vor der italienischen Insel Giglio liegende Wrack des Kreuzfahrtschiffs Costa Concordia langsam aufgerichtet +++

Welt

Massenproteste in Brasilien weiten sich immer mehr aus. Am 20. Juni gehen mehr als 1 Million Menschen auf die Straße. Auslöser der Demonstrationen ist eine Fahrpreiserhöhung für öffentliche Verkehrsmittel, darüber hinaus geht es aber um die Beseitigung von Korruption, um mehr Geld für Bildung und Infrastruktur. Auch der Milliardenaufwand für die kommende Fußballweltmeisterschaft wird von vielen Protestierenden heftig kritisiert. Brasiliens Präsidentin Dilma Rousseff reagiert auf die Proteste mit dem Vorschlag einer Volksabstimmung über „längst fällige“ Reformen +++ Papst Franziskus wird bei einem Besuch in Brasilien begeistert gefeiert. Die Reise zum Weltjugendtag dort ist seine erste Auslandsreise als neuer Papst +++ Der US-amerikanische Geheimdienst NSA hat offenbar seit Sommer 2012 das Hauptquartier der UNO in New York überwacht. Außerdem wird bekannt, dass der britische Geheimdienst GCHQ, der eng mit amerikanischen Diensten kooperiert, Zugriff auf nahezu den gesamten europäischen Internetverkehr hat +++ Whistleblower Edward Snowden ist auf der Flucht vor dem Zugriff der USA, die ihm den Pass entziehen und ihn auf jede Weise in ihre Gewalt bringen wollen. Von Hongkong aus fliegt er nach Moskau, wo er wochenlang im exterritorialen Teil des Flughafens Scheremetjewo lebt. In Wien wird eine bolivianische Regierungsmaschine mit dem Präsidenten Morales festgehalten, weil die USA den Verdacht hegen, mit ihr solle Snowden in ein lateinamerikanisches Asyl gebracht werden. Der russische Präsident Putin sagt Snowden Asyl zu unter der Bedingung, dass er von russischem Boden aus keine gegen die USA gerichteten Aktionen unternahme. Nachdem sein Asylantrag angenommen ist, verlässt er den Flughafen +++ Millionen Ägypter protestieren gegen Präsident Mursi, der seine Mehrheit bei den Wahlen nach Meinung der Protestierenden ohne Rücksicht auf die Rechte der Minderheit ausspielt und damit die Errungenschaften der Revolution aufs Spiel setzt. Das ägyptische Militär unter Generalstabschef und Verteidigungsminister Abdel-fatah al-Sissi stellt Mursi ein Ultimatum und verlangt Verhandlungen mit der Opposition über eine neue Regierung. Als die Muslimbrüder nicht nachgeben, wird Mursi entmachtet, inhaftiert und schließlich angeklagt. General Sisi setzt einen Interims-Präsidenten und eine Übergangsregierung ein. Die Auseinandersetzung mit den Muslimbrüdern wird immer mehr zum Krieg gegen den Terrorismus hochstilisiert. Einen Höhepunkt erreicht die Gewalt bei der brutalen Räumung des Lagers der Muslimbrüder, bei der zahlreiche Menschen sterben – die Regierung spricht von über 600 Toten, die Muslimbrüder von über 2000. Der ehemalige Präsident Mubarak wird aus dem Gefängnis entlassen. Ägypten scheint von einer nationalen Versöhnung im Dienste eines demokratischen Prozesses weit entfernt +++ Ein Militärgericht in den USA verurteilt den 25-jährigen Bradley Manning wegen der Weiterleitung einer Vielzahl geheimer Dokumente an Wikileaks zu einer Haftstrafe von 35 Jahren. Manning, der sich seit seinem Outing als Transsexueller Chelsea nennt, stellt ein Gnadengesuch an Präsident Obama +++ Heiligsprechung von Papst Johannes Paul II. +++ Amazon-Chef Bezos kauft die „Washington Post“ für 250 Millionen Dollar von der Verlegerfamilie Graham +++ Eine diplomatische Offensive der US-Regierung führt zur Wieder-

aufnahme von Nahost-Friedensverhandlungen. Diese geraten aber bald wieder ins Stocken. Hauptgrund dafür ist das Festhalten Israels an seiner Siedlungspolitik: Kurz nach dem Wiederbeginn der Gespräche wird der Bau von 3.100 Wohnungen im Westjordanland und in Ostjerusalem angekündigt +++ Die Stadt Detroit, einstmaliges Zentrum des amerikanischen Autobooms, meldet offiziell Insolvenz an +++ Derzeit leben 7 Milliarden Menschen auf der Erde (davon 44% unter 25 Jahren). Bis 2100 sollen es 10 Milliarden sein. Zum Jahrhundertende wird es voraussichtlich viermal so viele Menschen in Afrika geben wie derzeit. Die Einwohnerzahl Europas dagegen schrumpft. Diese Zahlen werden zum Weltbevölkerungstag 2013 von der UNO veröffentlicht +++ Tokio wird die Olympischen Sommerspiele 2020 ausrichten. Mitbewerber waren Madrid und Istanbul +++ Entgegen allen Versicherungen – auch bei der Olympia-Bewerbung – bekommen die Verantwortlichen die Probleme mit hochgradig kontaminiertem Wasser in dem schwer beschädigten japanischen Atommeiler Fukushima nicht in den Griff. Durch Lecks sind bereits Tausende Tonnen versuchtes Wasser ausgetreten, die Strahlenwerte sind teilweise extrem hoch +++ Wie die Zeitschrift Spiegel meldet, ist der amerikanische Geheimdienst NSA in der Lage, E-Mails, SMS, Adresslisten und Standortdaten auf Smartphones auszulesen +++ Indien: Ein Gericht in Neu-Delhi verurteilt vier 23-jährigen Studentin im Dezember beteiligt waren, zum Tode. Ein weiterer Angeklagter war in seiner Zelle erhängt aufgefunden worden, ein anderer aufgrund seines jugendlichen Alters nur zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden. Es wird allgemein begrüßt, dass gegen Vergewaltigungen in Indien endlich konsequenter vorgegangen wird. Gegner der Todesstrafe betonen zugleich, diese sei keine Lösung und schütze potenzielle Opfer von Vergewaltigung nicht wirklich +++ Als neuer Präsident des Internationalen Olympischen Komitees wird der bisherige Präsident des Deutschen Olympischen Sportbundes, Thomas Bach, gewählt +++ Durch einen Giftgaseinsatz sterben in Syrien über 1400 Menschen, darunter viele Kinder. Die Opposition macht das Assad-Regime für den Einsatz verantwortlich. Die USA schließen sich dem an und erklären die von Präsident Obama gezogene rote Linie für überschritten. Es wird mit einem begrenzten Militärschlag gerechnet, ohne Zustimmung des UNO-Sicherheitsrats – Großbritannien und Frankreich wollen mitziehen. Als der britische Premier Cameron durch eine Parlamentsabstimmung gestoppt wird, erklärt Obama, erst die Zustimmung des Kongresses einholen zu wollen. Länder wie Deutschland raten dringend, erst den Bericht der zur Untersuchung nach Syrien entsandten UNO-Inspektoren abzuwarten. Nachdem US-Außenminister Kerry auf die Frage eines Reporters erklärt, die sofortige Übergabe der Chemiewaffen durch Assad an die internationale Gemeinschaft könne den Militäreinsatz noch verhindern, kommt Bewegung in das Bemühen um eine politische Lösung. Russland nimmt den Ball auf und veranlasst Syrien, den Vorschlag anzunehmen. Auch wenn die syrische Opposition darin nur ein Manöver zum Zeitgewinn für Assad sieht, wird die Initiative in den meisten Ländern begrüßt +++ Die USA sind erneut von einer Staatsinsolvenz bedroht, da Republikaner die Staatsfinanzierung an Mittelstreichung für Obamas Gesundheitsreform zu knüpfen versuchen +++

Selbst verwalten

Selbstverantwortung, Selbstgestaltung, Selbstverwaltung

Wer ist das Selbst der Aufgaben- gemeinschaft?

Christoph Strawe

Es handelt sich bei diesem Aufsatz um die überarbeitete Fassung des Eröffnungsvortrages, den der Autor bei einem Intensivseminar über „Grundlagen und Praxis der institutionellen Eigenverantwortung von Schulen und anderen Einrichtungen“ am 9. Mai 2013 in Stuttgart gehalten hat. Veranstalter waren das Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. und die Freie Hochschule Stuttgart.¹

1. Selbstverwaltung – „damals“ und heute

Die Waldorfschule ist ein Kind der Dreigliederungsbewegung. Ihre Gründung sollte eine „Kulturthat“ sein, die „revolutionierend“ und „reformierend“ wirkt, so R. Steiner am Vorabend des ersten Lehrerkurses 1919.²

1920 beschreibt R. Steiner den unauflösbaren Zusammenhang von Pädagogik und Selbstverwaltung wie folgt³:

1 Bei der Konzipierung des Vortrages habe ich sehr von Beiträgen meiner Kollegen Udo Herrmanstorfer und Michael Ross profitiert, die diese bei gemeinsamen Seminaren zu verwandten Themen gehalten haben.

2 Rudolf Steiner, Vortrag 20.8.1919, Allgemeine Menschenkunde als Grundlage der Pädagogik, GA 293, Dornach 1992, S. 13

3 Die Kernpunkte der sozialen Fragen in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft, Vorrede und Einleitung zum 41. - 80. Tausend dieser Schrift, GA 23, Dornach S. 9-13

„Diese Schrift muss die heute wenig beliebte Aufgabe übernehmen, zu zeigen, dass die Verworfenheit unseres öffentlichen Lebens von der Abhängigkeit des Geisteslebens vom Staate und der Wirtschaft herrührt. Und sie muss zeigen, dass die Befreiung des Geisteslebens aus dieser Abhängigkeit den einen Teil der so brennenden sozialen Frage bildet.

Damit wendet sich diese Schrift gegen weitverbreitete Irrtümer. In der Übernahme des Erziehungswesens durch den Staat sieht man seit langem etwas dem Fortschritt der Menschheit Heilsames. Und sozialistisch Denkende können sich kaum etwas anderes vorstellen, als dass die Gesellschaft den einzelnen zu ihrem Dienste nach ihren Maßnahmen erziehe.

Man will sich nicht leicht zu einer Einsicht bequemen, die auf diesem Gebiete heute unbedingt notwendig ist. Es ist die, dass in der geschichtlichen Entwicklung der Menschheit in einer späteren Zeit zum Irrtum werden kann, was in einer früheren richtig ist. Es war für das Heraufkommen der neuzeitlichen Menschheitsverhältnisse notwendig, dass das Erziehungswesen und damit das öffentliche Geistesleben den Kreisen, die es im Mittelalter innehatten, abgenommen und dem Staate überantwortet wurde. Die weitere Beibehaltung dieses Zustandes ist aber ein schwerer sozialer Irrtum.

Das will diese Schrift in ihrem ersten Teile zeigen. Innerhalb des Staatsgefüges ist das Geistesleben zur Freiheit herangewachsen; es kann in dieser Freiheit nicht richtig leben, wenn ihm nicht die volle Selbstverwaltung gegeben wird. Das Geistesleben fordert durch das Wesen, das es angenommen hat, dass es ein völlig selbständiges Glied des sozialen Organismus bilde. Das Erziehungs- und Unterrichtswesen, aus dem ja doch alles geistige Leben herauswächst, muss in die Verwaltung derer gestellt werden, die erziehen und unterrichten. In diese Verwaltung soll nichts hineinreden oder hineinregieren, was im Staate oder in der Wirtschaft tätig ist. Jeder Unterrichtende hat für das Unterrichten nur so viel Zeit aufzuwenden, dass er auch noch ein Verwaltender auf seinem Gebiete sein kann. Er wird dadurch die Verwaltung so besorgen, wie er die Erziehung und den Unterricht selbst besorgt. Niemand gibt Vorschriften, der nicht gleichzeitig selbst im lebendigen Unterrichten und Erziehen drinnen steht. Kein Parlament, keine Persönlichkeit, die vielleicht einmal unterrichtet hat, aber dies nicht mehr selbst tut, sprechen mit. Was im Unterricht ganz unmittelbar erfahren wird, das fließt auch in die Verwaltung ein. Es ist naturgemäß, dass innerhalb einer solchen Einrichtung Sachlichkeit und Fachtuchtigkeit in dem höchstmöglichen Maße wirken.

Man kann natürlich einwenden, dass auch in einer solchen Selbstverwaltung des Geisteslebens nicht alles vollkommen sein werde. Doch das wird im wirklichen Leben auch gar nicht zu fordern sein. Dass das Bestmögliche zustande komme, das allein kann angestrebt werden. Die Fähigkeiten, die in dem Menschenkinde heranwachsen, werden der Gemeinschaft wirklich übermittelt werden, wenn über ihre Ausbildung nur zu sorgen hat, wer aus geistigen Bestimmungsgründen heraus sein maßgebendes Urteil fällen kann. Wie weit ein Kind nach der einen oder der andern Richtung zu bringen ist, darüber wird ein Urteil nur in einer freien Geistgemeinschaft entstehen können. Und was zu tun ist, um einem solchen Urteil zu seinem

Recht zu verhelfen, das kann nur aus einer solchen Gemeinschaft heraus bestimmt werden. Aus ihr können das Staats- und das Wirtschaftsleben die Kräfte empfangen, die sie sich nicht geben können, wenn sie von ihren Gesichtspunkten aus das Geistesleben gestalten.

Es liegt in der Richtung des in dieser Schrift Dargestellten, dass auch die Einrichtungen und der Unterrichtsinhalt derjenigen Anstalten, die dem Staate oder dem Wirtschaftsleben dienen, von den Verwaltern des freien Geisteslebens besorgt werden. Juristenschulen, Handelsschulen, landwirtschaftliche und industrielle Unterrichtsanstalten werden ihre Gestaltung aus dem freien Geistesleben heraus erhalten. Diese Schrift muss notwendig viele Vorurteile gegen sich erwecken, wenn man diese – richtige – Folgerung aus ihren Darlegungen zieht. Allein woraus fließen diese Vorurteile? Man wird ihren antisozialen Geist erkennen, wenn man durchschaut, dass sie im Grunde aus dem unbewussten Glauben hervorgehen, die Erziehenden müssen lebensfremde, unpraktische Menschen sein. Man könne ihnen gar nicht zumuten, dass sie Einrichtungen von sich aus treffen, welche den praktischen Gebieten des Lebens richtig dienen. Solche Einrichtungen müssen von denjenigen gestaltet werden, die im praktischen Leben drinnen stehen, und die Erziehenden müssen gemäß den Richtlinien wirken, die ihnen gegeben werden.

Wer so denkt, der sieht nicht, dass Erziehende, die sich nicht bis ins Kleinste hinein und bis zum Größten hinauf die Richtlinien selber geben können, erst dadurch lebensfremd und unpraktisch werden. Ihnen können dann Grundsätze gegeben werden, die von scheinbar noch so praktischen Menschen herrühren; sie werden keine rechten Praktiker in das Leben hineinerziehen. Die antisozialen Zustände sind dadurch herbeigeführt, dass in das soziale Leben nicht Menschen hineingestellt werden, die von ihrer Erziehung her sozial empfinden. Sozial empfindende Menschen können nur aus einer Erziehungsart hervorgehen, die von sozial Empfindenden geleitet und verwaltet wird. Man wird der sozialen Frage niemals beikommen, wenn man nicht die Erziehungs- und Geistesfrage als einen ihrer wesentlichen Teile behandelt. Man schafft Antisoziales nicht bloß durch wirtschaftliche Einrichtungen, sondern auch dadurch, dass sich die Menschen in diesen Einrichtungen antisozial verhalten. Und es ist antisozial, wenn man die Jugend von Menschen erziehen und unterrichten lässt, die man dadurch lebensfremd werden lässt, dass man ihnen von außen her Richtung und Inhalt ihres Tuns vorschreibt.“

Die Mitschriften der Konferenzen des ersten Lehrerkollegiums bieten eine Fülle von Anschauungsmaterial darüber, wie der Selbstverwaltungsimpuls in der ersten Waldorfschule in der Praxis gelebt wurde. So anregend die Beschäftigung mit der Geschichte der Selbstverwaltungspraxis auch sein mag, sie kann nicht Antworten ersetzen, die die Selbstverwaltenden nur jeweils selbst finden können. Selbstverwaltung als bloße Tradition ist ein Widerspruch in sich. Wenn Selbstverwaltung heute wieder im Fokus der Schulbewegung steht, so hängt das gerade damit zusammen, dass sich die Schubkräfte des Anfangs (von 1919) vielfach erschöpft haben.

Seit geraumer Zeit greift in Waldorfschulen Verunsicherung im Hinblick auf die Fruchtbarkeit der

Selbstverwaltung um sich. Vielerorts steckt die Selbstverwaltungspraxis in einer Krise: Zeitverschwendung, Kompetenzgerangel und schwerfällige Entscheidungsprozesse führen zu Zeitmangel, Erschöpfung, Unverbindlichkeit und in der Folge zum Rückzug aus der Arbeit der Selbstverwaltungsgremien.

Um dem zunehmenden äußeren Druck und den immer komplexeren inneren Problemstellungen gewachsen zu sein, muss Selbstverwaltung offenbar neu gegriffen werden. Das klingt schon im Begriff „institutionelle Eigenverantwortung“ an, der aber zugleich die Fragen aufwirft, wer denn die Institution sei und wie ihre Identität, ihr Selbst, mit dem Selbst der an ihr beteiligten Menschen zusammenhängt.

Sich diese Fragen bewusst zu machen, ist kein Selbstzweck, sondern soll Früchte tragen für die Praxis innerhalb der Einrichtungen. Mit dem großen Selbstverwaltungs-Kongress in der Waldorfschule Flensburg im September 2012 hat sich eine erfreuliche Tendenz gezeigt: Es gibt viele Menschen, die nicht aufgeben wollen. Statt die Selbstverwaltung preiszugeben, wollen sie sie vervollkommen und bestehende Schwächen überwinden. Denn sie sind überzeugt, dass die richtig verstandene Selbstverwaltung das Sozialgestaltungsprinzip der Zukunft schlechthin darstellt.⁴

2. Impulse der Neuzeit

Folgen wir zunächst R. Steiners nachdrücklichem Hinweis auf den Zusammenhang von Dreigliederung und Selbstverwaltung. Warum kann man den Dreigliederungsimpuls als Selbstverwaltungsimpuls betrachten? Warum ist Selbstverwaltung als das Gestaltungsprinzip eines freien Geisteslebens zu sehen?

Wir jammern heute über die Ego-Gesellschaft, aber auch über die Folgen der Globalisierung. Wir wollen vom Staat nicht bevormundet werden, aber er soll für uns alles richten. In diesem „Megatrend der Gegenwart“ drückt sich ein epochaler Wandel aus – und zugleich unsere Angst vor seinen Folgen. Der Wandel besteht in der Umkehrung des Verhältnisses von Einzelem und Gemeinschaft (von R. Steiner 1898 als „soziologisches Grundgesetz“ bezeichnet und beschrieben).

Wie zeigt sich dieses „soziologische Grundgesetz“ als Wandlungsbedarf für Gesellschaft und Staat?

Während die alte Gemeinschaft durch eine hierarchische Ordnung geprägt war – je weiter wir in der Geschichte zurückgehen, desto ausgeprägter erscheint sie –, so setzte im Laufe der

⁴ Ein wichtiger Diskussionsbeitrag zur Zukunft der Selbstverwaltung aus der neuesten Zeit ist Valentin Wembers Buch: Wille zur Verantwortung. Eine neue Organisationsführung durch Lehrer, Eltern und Schüler an WS. Stratos-Verlag Stuttgart 2012.

Zeit eine Dynamik ein, die heute kulminiert. Die Freiheitsbeanspruchung durch den Einzelnen und die zunehmend globalisierte Fremdversorgungswirtschaft sind zwei Entgrenzungsbewegungen, die die alte Form der Gemeinschaft zur Erosion bringen. In der Mitte verbleibt der Staat zwar als territorial begrenztes Gebilde, er muss jedoch eine neue Rolle finden.

Diese Prozesse, in denen wir mitten drin stehen, führen zu drei großen Fragenkomplexen: Aus der Befreiungsgeste ergibt sich erstens die Frage nach der Freiheit als Verantwortungsprinzip, der „Freiheit wozu“ (Friedrich Nietzsche). Von der Antwort hängt ab, ob Freiheit eine Gesellschaft bloß auflöst oder auf neue Weise konstituiert. Zweitens ergibt sich die Frage nach der Ordnung des Zwischenmenschlichen auf „Augenhöhe“ – das Thema Demokratie und Menschenrechte hängt damit zusammen⁵: Gleichheit darf Freiheit nicht erdrücken, Freiheit muss die Gleichheit als gleiche Freiheit des anderen immer im Blick haben. Im Wirtschaftsleben muss für alle gesorgt werden. Damit diese Geschwisterlichkeit gelingen kann, darf Freiheit im Sozialen nicht Bindungslosigkeit bedeuten – Verantwortung braucht hier in besonderer Weise Organe, durch die sie gelebt werden kann.

Freiheit löst alte Gemeinschaften auf und bildet, wo sie gelingt, neue. Sich frei zusammenschließende Menschen bilden Gruppen, die sich selbst Aufgaben stellen und diese so der großen Gemeinschaft abnehmen. Aus Gemeinschaftsaufgaben alten Typs werden zunehmend Arbeitsfelder für Aufgabengemeinschaften: Solche Verantwortungsgemeinschaften bilden sich um etwas, das man erkannt hat – sei es aufgrund eigenen Erkenntnisringens, sei es dadurch, dass man die Intuition eines anderen nach- und mitgedacht, in das eigene Denken aufgenommen und sich so zu eigen gemacht hat. Wir suchen jeder auf seine Weise Antworten auf Problemlagen – auf welchem Arbeitsfeld auch immer – und diese Suche führt uns mit anderen zusammen.

Verantwortlichkeit ist die Fähigkeit, Antwort zu geben auf Fragen, die uns die Welt stellt. Früher hieß Sich-Verantworten Rechenschaft abzulegen vor einer äußeren Autorität, heute legen wir uns selbst gegenüber Rechenschaft ab.

Dreigliederung des sozialen Organismus ist im Grunde nichts anderes als ein methodischer Weg, die Gesellschaft durchlässig für die Übernahme von Verantwortung zu machen – ein Weg, der die Gestaltbarkeitsbedingungen des sozialen Organismus beschreibt. Gefragt wird, welche Gesichtspunkte sich für die Gestalt des Geistes-, Rechts- und Wirtschaftslebens und für ihre Beziehungen zueinander ergeben. Das Selbstverwaltungsprinzip im weiteren Sinne spielt dabei eine zentrale Rolle: Korporationen des Geisteslebens,

Assoziationen des Wirtschaftslebens, Teilnehmersdemokratie im Staatsleben, Vertragsprinzip.

3. Die Identität der modernen Gemeinschaft ist nicht vorgegeben, sondern Aufgabe für alle Beteiligten

Wenn wir nach dem Selbst einer Gemeinschaft fragen, fragen wir nach ihrem innersten Wesenskern, ihrer Identität – wir können auch sagen: nach dem Geist der Gemeinschaft. Die Frage nach dem Selbst ist immer die Frage nach der Identität. Nun ist aber die Identität bzw. das Selbstverständnis alter Gemeinschaften ein völlig anderes als das moderner menschlicher Zusammenschlüsse. Eine alte Gemeinschaft ist eine geführte Gemeinschaft. Führungsgestalten repräsentieren den „Geist der Gemeinschaft“ und bestimmen aus ihm heraus die Regeln für das soziale Leben.

Das Selbst der Verantwortungs- und Aufgabengemeinschaft muss sich anders bilden und erhalten. Im Mittelpunkt der Verantwortungsgemeinschaft steht die Aufgabe, dasjenige also, was sich alle Beteiligten aus individueller Einsicht selbst zu einer solchen Aufgabe gemacht haben, um es mit den anderen gemeinsam zu realisieren.

Die Aufgabe begegnet uns nicht als etwas Abstraktes, sondern ganz konkret in den Kindern, den Betreuten, den Patienten usw. „Der Direktor an der Waldorfschule ist das Kind“, dieser Satz von Valentin Wember fand in Flensburg großen Beifall.

Auf dem Wege zum aufgabengerechten Miteinander gibt es eine ganze Reihe von Widerständen. Der niederländische Unternehmensberater Lex Bos hat sie einmal verbildlicht als „12 Drachen im Kampf gegen soziale Initiativen“.⁶ Den mangelnden Abwehrkräften gegen dieses Getier schuldet die Selbstverwaltung ihr oft suboptimales Image. Auch die Semantik des Wortes Selbstverwaltung schließt nicht von vornherein das Missverständnis aus, Selbstverwaltung habe mit Selbstzentriertheit, Abschottung und Selbstbespiegelung (Achtung: Narzissdrache!) zu tun, selbstverwaltete Einrichtungen seien Tummelplätze für Menschen mit einer allzu engen Auffassung von Selbstverwirklichung (Achtung: Solodrache und Parasitdrache!). – Man bezieht Fragen im Sozialen nur zu leicht und zu gerne auf das eigene Selbst. Das Selbst der neuen Gemeinschaft aber bildet sich in der Zielfindung, in dem, worauf sie hinauswill, im Sich-Vereinbaren (Vertragsgemeinschaft): In der Fokussierung auf die Aufgabe bildet sich ein Raum für die Wesensgestalt der Gemeinschaft.

R. Steiner charakterisiert die Konstitutionsbedingungen moderner Gemeinschaft in äußerster

⁵ Vgl. im letzten Heft meinen Artikel „Die unvollendete Demokratie“.

⁶ Alexander H. Bos: Zwölf Drachen im Kampf mit sozialen Initiativen. Dornach 1992.

Verdichtung in einem Text, den er als „Motto der Sozialethik“ bezeichnete:

Heilsam ist nur,
wenn im Spiegel der Menschenseele
sich bildet die ganze Gemeinschaft
und in der Gemeinschaft lebet
der Einzelseele Kraft.⁷

Was heißt das? Es heißt, dass die allein heilsame Gemeinschaftsform nur solange existiert, wie sie vom Bewusstsein und vom Engagement der Beteiligten getragen wird. Wo nicht mehr ein Mensch im Mittelpunkt steht, sondern die Aufgabe, da braucht es das Aufgabenbewusstsein jedes Einzelnen und das Engagement für seine Teilaufgabe, mit der er sich selbst in den größeren Zusammenhang einordnet. Die Aufgabe wird so zum Selbst der Gemeinschaft. Wir sprechen einer Gemeinschaft in unserer Rechtsordnung den Charakter einer juristischen Person zu als rechtliche Anerkennung des Selbstes der Gemeinschaft, das durch die Willensvereinigung vieler real entsteht. Die Substanz dieses Selbst besteht aus dem, was der Einzelne antwortend hineinstellt.

Sich etwas zur Aufgabe zu machen und sich dieser immer neu zu stellen, erfordert auf der einen Seite höchste Eigenaktivität, verlangt auf der anderen Seite aber auch das Aufgeben selbstischer Marotten. Es sei das Paradoxon der Ich-Entwicklung, dass das Ich zugleich ein selbsteigenes und ein selbstloses Wesen werden müsse. Andernfalls laufe es Gefahr, im Egoismus sich abzukapseln und die eigene Entwicklung zu verpassen, so R. Steiner in einem Vortrag vom 5.12.1909, der die „Mission des Zorns“ behandelt.⁸ Das Auftreten des Egoismus-Problems in einer in alten Kulturen nicht gekannten Heftigkeit ist der Schatten, der mit der Ich-Entwicklung verbunden ist.

Stellen wir uns also der Aufgabe oder blasen wir unser Ego auf? Heißt Teilhabe an der Selbstverwaltung für uns, dass wir unseren Fähigkeiten und Kompetenzen gemäß am Ganzen teilhaben – oder wird Teilhabe zu einer bloßen Anspruchskategorie?

Wir sollten in jedem Fall vermeiden, aus Angst vor dem Schatten das Licht der Freiheit auszublasen und ins alte Wir mit seiner hierarchischen Vormundschaft zurückzufallen (Achtung: Vorstandsdraache!). Im Bundestagswahlkampf 2013 spielte die Parole eine Rolle: „Entscheidend ist das Wir“. Entscheidend ist aber nicht das Wir als solches, sondern sein Wie. Entscheidend ist, dass wir nicht ins alte Wir eines Kollektivs zurückfallen, sondern immer weiter vorwärtsschreiten zu einer Gemeinschaft aus Freiheit, zu einem neuen Wir. Freiheit in Verantwortung bedeutet nie Unverbindlichkeit, sondern schließt ein, dass ich mich aus freien Stücken auf Verbindlichkeiten einlasse – die etwa

mit Kollegen, Eltern usw. frei vereinbart sind. Die moderne Gemeinschaft ist dergestalt immer auch eine „Vertragsgemeinschaft“.

Es ist klar, dass eine moderne, von Reflexions- und Initiativkräften der Einzelnen lebende Gemeinschaft in ihrem Selbstsein weit mehr gefährdet ist – sei es durch zersplitternde, sei es durch verhärrende Kräfte – als die alte Form von Gemeinschaft es je sein konnte.

Ein Bewusstsein über die in neuen Gemeinschaften wirkenden Kräfte und Prozesse ist nötig, damit Balance und Rhythmus bewusst hergestellt werden können. Bewusstseinsbildung braucht den kollegialen Gesprächs- und Reflexionsraum, in dem alle gemeinsam aus den Grundideen und -impulsen, die der Aufgabe zugrundeliegen, nach Lösungsrichtungen suchen. In der konkreten Umsetzung nimmt alles notwendig eine ganz individuelle Färbung an, individuelle Menschen entscheiden – jede Vereinheitlichung an dieser Stelle wäre mit Vormundschaft und damit Initiativlähmung verbunden. Die sogenannte dynamische Delegation ist ein Verfahren, das auf solchen Einsichten aufbaut.⁹

4. Teilhabe an der Gesamtverantwortung und der Kampf gegen „die Verantwortungsdiffusion“

Einer der schwerwiegendsten Vorwürfe gegen die real existierende Selbstverwaltung ist der der Ineffizienz. In der Selbstverwaltung sind letztlich alle für alles mitverantwortlich. Das kann aber auch so missverstanden werden, dass sich einer auf den anderen verlässt, die Verantwortung nur in der Phrase besteht, während in Wirklichkeit alle über alles endlos und oft fruchtlos palavern, bis schließlich kleine informelle Zirkel (die berühmten „Küchenkabinette“) entscheiden, worüber die Konferenz zu entscheiden unfähig ist. Das Geschilderte wird bei vielen Einrichtungen als Kinderkrankheit der Selbstverwaltung beobachtet – 1992 berichtete ein Vertreter der TAZ bei einem unserer Seminare aus deren Frühgeschichte Ähnliches. Das Phänomen ist als „Verantwortungsdiffusion“ bekannt und ist – wenn es stimmt, dass Selbstverwaltung und Selbstverantwortung zusammengehören – der Tod jeder institutionellen Eigenverantwortung.

Verantwortlichkeit ist nie diffus, sondern eindeutig. Indem man seine Aufgaben eigenverantwortlich für das Ganze erfüllt, ist man real für das Ganze mitverantwortlich. Dabei kommen die Fähigkeiten der Einzelnen für die Gemeinschaft am besten zur Entfaltung. Für Valentin Wember ist die Beziehung

⁷ Für Edith Maryon in das Buch „In Ausführung der Dreigliederung des sozialen Organismus“, 5. November 1920. GA 40/1921, S. 256.

⁸ GA 58, Dornach 1984, S. 60 ff.

⁹ Vgl. Udo Herrmannstorfer: Delegation und kollegiale Führung, Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Heft 2/September 2001, und: <http://www.sozialimpulse.de/fileadmin/sozialimpulse/pdf/Delegation.pdf>

zwischen Goethe und Schiller ein Beispiel dafür, wie ganz unterschiedliche Charaktere sich in ihren Fähigkeiten ergänzen und sich gegenseitig befruchten können. Er schildert als Beispiel, wie an einer Schule jahrelang fruchtlos um eine neue Gehaltsordnung gerungen wurde. Dieses Ringen fand schließlich ein Ende, als man zwei Rivalen, beide höchst kompetent, beauftragte, gemeinsam eine Neufassung zu erarbeiten – mit verblüffendem Erfolg.

Laut Wember geht es um den „Willen zur Verantwortung“. Solange er nicht vorhanden ist, ist der Verdacht berechtigt, es handle sich bei der Forderung nach Selbstverwaltung nur um eine schöne Floskel.¹⁰

Der Spruch, „Alles klar und keiner weiß Bescheid“, bringt das Phänomen der Verantwortungsdiffusion auf den Punkt. Schon Kant wusste, das der ärgste Feind der Aufklärung im Inneren des Menschen sitzt: „Es ist so bequem unmündig zu sein“. Verantwortungsscheu heißt dieser Feind, wie auch immer er sich kaschiert: als Sehnsucht, einfach mit dem Strom zu schwimmen, oder als Neigung, nur den einem selber angenehmen Teil der Verantwortung anzunehmen, frei nach dem Motto: Die Schüler machen mir viel Freude, aber die Kollegiumsarbeit ist mir ein solcher Graus, da halte ich mich, wenn möglich, fern. So kann sich der paradoxe Zustand ergeben, dass Schulen in staatlicher Trägerschaft wenigstens nach Teilautonomie streben und manche freien Schulen die Autonomie am liebsten ganz los wären und einem Schuldirektor den ganzen Krempel überlassen würden.

Ein besonderer Feind von Eigenverantwortung ist das, was als Spaltung zwischen Selbst- und Fremdbild beschrieben wird: Man misstraut den Fähigkeiten der Mitmenschen, nicht jedoch den eigenen. Diese überschätzt man eher. Daher rührt die Tendenz, anderen Verantwortungsübernahme vorzuenthalten oder sich in ihre Verantwortungsräume einzumischen.

5. Institutionelle Eigenverantwortung

Institutionelle Eigenverantwortung heißt vor allem, einen Blick zu entwickeln für das „Zusammenwirken unter Aufgabengesichtspunkten“ (U. Herrmannstorfer). Eigenverantwortung heißt auch, sich selbst eine Richtung geben zu können. Institutionelle Eigenverantwortung bezeichnet also die Selbststeuerungsfähigkeit einer Institution. Ein Selbst im höheren Sinne entsteht hier dadurch, dass jedes Selbst individuell an der Richtungsgebung mitwirkt. Führung ist auch in der Selbstverwaltung gefragt, - aber damit ist nicht mehr Herrschaft gemeint. Führung kommt von der „guidant vision“, dem Leitbild. Der Führungsgedanke verwandelt sich. Führen heißt antworten auf die Fragestellung der Aufgabe, heißt sich als

Kollegium an der Aufgabe ausrichten, wodurch jeder in seiner Art immer besser in der Lage ist, in den Zielbildungsprozess einzutauchen und dabei wach zu werden für seine Selbstverantwortung.

6. Selbstverantwortung – Selbstverwaltung – Selbstgestaltung

Bisher haben wir die Begriffe Selbstverantwortung, Selbstgestaltung und Selbstverwaltung zwar unterschiedlich verwendet, aber nicht explizit voneinander unterschieden. Diese Unterscheidung ist jedoch nötig, um ihren Zusammenhang besser verstehen zu können.

Selbstverantwortung ist die erste Folge von Mündigkeit. Der mündige Mensch baut auf sein eigenes Urteil und entfaltet Initiative. Er will sein Leben selbst bestimmen. Selbstbestimmung heißt in Bezug auf das soziale Leben: Menschen dürfen Gemeinschaften bilden, denn Gemeinschaftsbildung ist ein Grundrecht – das Recht, Schulen zu gründen, ist ein Teilaspekt davon. Es gibt aber auch ein Grundrecht, dass man nicht gezwungen werden darf, einer Gemeinschaft anzugehören – so hat die Selbstbestimmung einen zweifachen Ausdruck.

Am Anfang jeder Einrichtung steht der Impuls, dass Menschen etwas wollen, dass sie sich selbst einen Auftrag erteilen. Es geht dabei also um einen selbstverantwortlich ergriffenen Impuls, der aus geistiger Einsicht erwächst. Das ist der eine Pol.

Ihm gegenüber steht der andere, den wir Selbstverwaltung nennen. Denn es genügt nicht, einen Impuls zu haben, man muss ihn im Alltag auch am Leben erhalten – und sich dabei immer wieder mit den materiellen Bedingungen und dem Umfeld, mit Struktur- und Organisationsfragen auseinandersetzen.

Im Hinblick auf den eigenständigen Impuls erwächst also die Frage: Wer soll sich um Impulse kümmern? Ein Impuls, der nicht verwandelnd eingriffe, wäre eine Halbheit. Bekanntlich empfahl Steiner einem Lehrer, der sich mit der zusätzlich zum reinen Lehrersein erwarteten Selbstverwaltungsarbeit überfordert fühlte, schlicht, etwas weniger zu unterrichten. Es gibt keine Pädagogik, keine Heilpädagogik, keine Medizin an sich, sondern nur eine solche, die sich im Leben behaupten muss. Daher ist es nicht ausreichend, ausschließlich pädagogische Arbeit zu leisten. Die Schule braucht Finanzen, Gebäude, einen Rechtsträger usw. Es muss für all das gesorgt werden, was nötig ist, damit der Impuls ins Leben eingreifen kann. So entsteht eine Form, die den Impuls im Alltag trägt.

An dieser Stelle tun sich oft gerade „geistige“ Menschen schwer, die Spannung zwischen hohem Ideal und irdischen Widrigkeiten nicht nur zu akzeptieren, sondern sich mitverantwortlich zu fühlen für die Überwindung der profanen

¹⁰ Vgl. Wember, a.a.O.

Schwierigkeiten des Alltags. Manche empfinden es geradezu als unter ihrer Würde, sich in diese Niederungen herab zu begeben. Selbstverwaltung ist Teil der Aufgabenerfüllung, eine notwendige Belastung – die man so klein wie möglich halten sollte, um Wucherungstendenzen entgegenzuarbeiten.

Nur wenn die in einer Einrichtung Tätigen auch die Verwaltung besorgen, kann die Organisation durchlässig bleiben für die geistigen Impulse, die an ihrem Anfang standen. Nur aus dem Beteiligtsein, nur aus dem Drinnenstehen, können diese Impulse in richtiger Weise im Leben gehalten werden. Jeder Versuch, dies von außen leisten zu wollen, muss letztlich Bürokratie erzeugen. In der Landwirtschaft beispielsweise können wir studieren, welche Auswüchse das annehmen kann.

Wir können also zwei Ströme unterscheiden: Das, was Menschen aus dem Geistigen heraus hineintragen in das soziale Leben und das Bemühen, diesem Impuls Nachhaltigkeit zu verleihen und ihn dauerhaft im Leben zu verankern. In diesem Spannungsfeld zwischen Geistigem und Materiellem, Irdischen bewegen wir uns in der institutionellen Selbstverwaltung.

In der Sprache der Philosophie der Freiheit R. Steiners hat der eine Pol mit moralischer Intuition zu tun, der andere mit sozial-moralischer Technik. Dazwischen liegt der künstlerische Prozess der Sozialgestaltung, der aus moralischer Phantasie erwächst.

Das dritte Begriff, von dem wir hier reden, liegt also zwischen dem Impuls und dem Alltag der Organisation: Die Selbstgestaltung. Sie vermittelt zwischen Geistigem und „Irdischem“ durch Gestaltung und hat immer einen künstlerischen Charakter. Sie bezieht sich auf zwei Bereiche: die aufgabengerechte Gestaltung der von der Organisation bereitgestellten Beziehungsdienstleistung und die aufgabengerechte Sozialgestaltung der Einrichtung.

Ein Impuls drängt in die Formbildung, die nur gelingen kann, wenn sich Menschen zusammenschließen. Nur so entsteht ein Innenraum, in dem etwas verwirklicht werden kann. Für die Verwirklichung reicht die Begeisterung der Impulsgebärde nicht aus. Jetzt wird es konkret: Eine 1., eine 2., eine 4. Klasse muss entstehen. Der Impuls muss umgesetzt werden am Leistungsort, am Aufgabenort. Dabei bildet er Formen, sprich: Strukturen aus.

7. Fachliche Aspekte

Auch wenn jeder Beruf anders ist: Immer ist es die Anerkennung seiner professionellen Kompetenz, die dazu führt, dass wir jemandem berufliche Verantwortung zusprechen. Gestaltungskompetenz muss Teil der Anerkennung der beruflichen Kompetenz sein, sie bedarf darüber hinaus keiner zusätzlichen Anerkennung.

Die Frage, wie mit dem Zusprechen von Kompetenz umzugehen ist, ob und für welche Bereiche die Fähigkeitsgrundlage vorhanden ist, gehört nicht hierher. Im Normalfall ist der Lehrer schlicht Lehrer und damit fachkompetent – was die schöpferische „erziehungskünstlerische“ Gestaltungskompetenz für seinen Unterricht einschließt. Die Lehrerpersönlichkeit ist es, die in der Lage sein sollte, in unmittelbarer Weise Antwort zu geben auf die Probleme „ihrer“ Schülerinnen und Schüler, und die darum die direkte Verantwortung hat, die ihr auch kein anderer Lehrer abnehmen kann! Berufskollegen können sich gegenseitig helfen, müssen dabei aber gegenseitig ihre Verantwortungsräume achten. – Wir reden hier vom Normalfall, nicht vom Grenzfall.

Assistenz und Integration (Teambildung, Arbeitsleitung)

Die geschilderte Situation der direkten Einzelverantwortung ist aber nicht immer und überall gegeben. Es gibt Aufgaben, die niemand alleine lösen kann, für die er z.B. Assistenz braucht oder die nur im Team zu bewältigen sind. Assistenz ist durchaus eine Form von Verantwortlichkeit. Man sollte jedoch nicht einzelne Tätigkeiten zur Aufgabe hochstilisieren. Eine Aufgabe ist selten nur punktuell zu fassen, da es sich um Tätigkeitskomplexe handelt. Das Saubermachen des Klassenraums z.B. ist eine Form von Assistenz, die in die Gesamtaufgabengestaltung einfließt. Den zahlreichen Anhängern einer „Esoterik des Putzens“ wird diese Aussage zwar nicht gefallen, sie sei aber dennoch gewagt. Assistenzen gruppieren sich um Sachzusammenhänge.

In Schulen kennen wir zwar den Assistenzlehrer – und auch über die Inklusionsfrage werden wir auf neue Formen der Zusammenarbeit von und mit Lehrern verwiesen. Dennoch ist in Schulen das berufliche Kompetenzspektrum der Mitarbeitenden ähnlich und liegt auf der gleichen Ebene. In den meisten Wirtschaftsunternehmen, aber auch schon in einem Heim ist das anders. Der Therapeut hat eine andere Stellung im Ganzen inne als die Hilfskraft. In einem Krankenhaus braucht eine Ärztin Schwestern und Pfleger als Assistenz, deren Arbeit vom Tätigkeitsinhalt aber nicht unmittelbar mit der ärztlichen, auch nicht der mit assistenzärztlichen, vergleichbar ist. Das hat nichts mit einer höheren oder geringeren Wertigkeit zu tun, sondern damit, dass die Assistenz geleitet werden wird durch diejenigen, die aufgrund des Inhalts ihrer Tätigkeit die Aufgabe zusammenfassen müssen.

Wohlgemerkt: Arbeitsleitung bedingt keine Hierarchie – nur die Arbeit wird (an)geleitet, nicht die Menschen – die Assistenz und nicht die Assistenten. Beide blicken unter sachlichen Gesichtspunkten auf die Aufgabe und nehmen im Hinblick auf diese eine Verantwortung wahr. Aber das Verhältnis ist nicht wie das zwischen Ärzten ein peer to peer-Verhältnis. Es gibt da natürlich interessante Grenzfälle, an denen sich häufig Konflikte entzünden. Der Arzt verordnet Heileurythmie

– darf er nun dem Heileurythmisten Anweisungen geben, wie er alles zu machen habe? Hier greifen deutlich zwei Kompetenzen ineinander – und eigentlich geht es um das Thema Gespräch und Verständigung. Aus der Aufgabe ergibt sich die Struktur, Struktur ist kein Selbstzweck. Bei alledem sind die individuellen Fähigkeiten der Menschen, das Maß ihrer Verantwortungskräfte sowie die konkrete Situation der bestimmten Einrichtung zu berücksichtigen.

Hier geht es um Verknüpfungen, auf denen ein lebensnahes peripheres Bewusstsein basiert, vergleichbar dem Vegetativum im menschlichen Organismus. Es wäre absurd, eigene Bewusstseinsorgane und Regularien für etwas zu entwickeln, was nebenbei immer mitlaufen und deshalb in Fleisch und Blut übergegangen sein sollte. Erst bei komplexeren, nicht mehr „nebenher“ zu bewältigenden Aufgaben wird Delegation wichtig. Stundenpläne kann man nicht nebenher locker verabreden.

8. Soziale Aspekte – Ebenen der Mitverantwortung für die Organisation

Koordinationsverantwortung

Aber es gibt nicht nur diese Form des Ineinander-greifens, die aus der Organisation des Zusammen-wirkens fachlicher Kompetenzen erwächst, die sich unmittelbar auf den Impuls beziehen: auf das Heilen, das Erziehen, das Bestellen des Bodens usw. Am Tätigkeitspol, am Pol der fachlichen Leistung, haben wir die stärkste Differenzierung. Je stärker sich diese geltend macht, umso mehr besteht die Notwendigkeit einer Integrationsfunktion. Die Organisation muss in all ihrer Differenziertheit eine lebendige Ganzheit bleiben – oder werden, an Stellen, an denen sie sich zu sehr zersplittert hat.

Hier ist nun neben der beruflich-fachlichen Verantwortung eine Mitverantwortung für die Organisation vonnöten. Diese Mitverantwortung hat zwei Ebenen, deren Vermischung übrigens eine Quelle der „Wucherungstendenzen“ in der Selbstverwaltung ist. Die untere Ebene kann man als Koordinationsverantwortung bezeichnen. Mitverantwortung für die Organisation beinhaltet direkten Verantwortung dafür, dass bei jeder beruflichen Handlung auf das Davor und Danach geachtet wird: Welche Vorbereitungen sind nötig? Muss beispielsweise ein Raum reserviert werden? Welche Absprachen sind zu treffen, wer ist gegebenenfalls um Rat oder Hilfe zu fragen, wer ist mit zu informieren – oder nachträglich zu unterrichten –, wie muss der Nachfolger den Raum vorfinden, den ich benutzt habe – wer räumt z.B. auf?

Jede noch so einfache Tätigkeit muss im Zusammenhang mit dem Umfeld, mit dem Ganzen, gesehen werden, mit dem sie organisch und nicht künstlich verknüpft ist. Dann lösen sich viele „Schnittstellenproblematiken“ durch die Beteiligten – und nur dadurch, nicht durch strukturelle Automatismen – wie von selbst. Wenn jeder seinen Informationspflichten genügt, hört das Klagen über Informationsdefizite von selbst auf.

Für die Lösung dieser Fragen muss kein Zentralbewusstsein bemüht werden. Es handelt sich um Dinge, die gar nicht in Gremien gehören. Wenn man das ignoriert, darf man sich nicht wundern, wenn die Gremien überlastet sind und am Detail schier ersticken.

Organisations-Know How, Professionalisierung (Selbstgestaltung im Rahmen des Mandats)

Die Koordinationsverantwortung setzt eine Organisation voraus, die als Ganzes nicht so „nebenher“ verwaltet werden kann. Man kann sich ihrer nicht schlicht bedienen, sondern sie muss zukunftsfähig gestaltet werden. Hier kommt Organisationsverantwortung ins Spiel.

Um Organisationsverantwortung wahrnehmen zu können, braucht es inzwischen oft ein spezielles Know-how, also diverse Fachkompetenzen auf dem Gebiet der Organisation. Daher gibt es in einer Schule oder einem Heim nicht nur Mandate, die direkte Verantwortung für das Lehrer- oder Therapeut-Sein zum Inhalt haben, sondern auch solche für Aufgaben der Buchhaltung, der Geschäftsführung usw. Das ergibt sich aus dem Wachstum der Organisationen und der Entwicklung des gesellschaftlichen Umfeldes. Ohne Fachwissen kann man keine Gehälter auszahlen und buchen, keine Landesmittel beantragen usw. Wie kompliziert ist z.B. das Refinanzierungssystem in der Heilpädagogik (und im Krippenbereich) geworden!

So unbestreitbar das ist, so erwächst daraus doch auch die neue Problematik von Ansprüchen, die aus der Fachkompetenz für die Organisation abgeleitet werden: Der Geschäftsführer soll die Geschäfte führen, nicht die Schule. Diese soll sich selber steuern und dabei die Richtung immer neu aus der Aufgabe heraus gewinnen. Das aber ist keine ökonomische, sondern eine pädagogische Leistung, die freilich ökonomische Aspekte hat, für die ökonomischer Sachverstand nötig ist. Die Organisation darf sich nicht gegenüber dem Impuls verselbstständigen. Dass ein Lehrer in Teilzeit oder ein ehemaliger Lehrer die Geschäftsführung innehat, ist sicher ein Idealfall, der oft unrealisierbar ist. Dass ein Geschäftsführer mit der Pädagogik vertraut ist oder wird und in den kollegialen pädagogischen Diskurs einbezogen wird, ist eine Notwendigkeit. Die Konstruktion, dass das Kollegium allein für die Pädagogik zuständig ist, und Vorstand und Geschäftsführung allein für die Organisation, ist in dieser Form problematisch, zumal sich die Bereiche durchdringen: Eine Entlassung ist eine fachliche, aber auch eine rechtliche Frage, eine pädagogische Entscheidung hat finanzielle Folgen usw.

Bewusstseinspol – kollegiale Führung als Gestaltungsaufgabe

Ich komme an dieser Stelle zurück auf unsere Betrachtung über die Identität einer modernen Gemeinschaft. Wir sagten da, Eigenverantwortung heißt, sich selbst die Richtung geben zu können. Institutionelle Eigenverantwortung bezeichnet demnach die Fähigkeit der Selbststeuerung einer Institution, weshalb die Frage nach der institutionellen Eigenverantwortung die Führungsfrage impliziert, jedoch nicht mehr als Herrschaftsfrage, sondern als Frage nach dem Handeln aus dem Leitbild heraus unter dem „Motto der Sozialethik“.

Hierfür bedarf es als Gegenpol zum spontanen Leben der Einrichtung eines Bewusstseinspols, eines Bewusstseinsorgans also, in dem sich dieses Leben spiegelt und das damit Organ der kollegialen Führung sein kann. Konferenzen auf den verschiedensten Ebenen sind solche Bewusstseinsbildungs-orte. Dieses sich dergestalt bildende Bewusstsein hat eine promethäische, vorausblickende und eine epimethäische, rückschauende Seite. Zwischen gemeinsamer Vorschau und Rückschau muss der „Einzelseele Kraft“ frei wirken können. Wesentlich in der Organbildung ist, dass sich ein Bewusstsein des Ganzen bilden kann. Ob dieses aus einer Organquelle fließt, die in sich die verschiedenen Aspekte des Ganzen fasst – die fachliche Verantwortung z.B. in der pädagogischen, die organisatorische in der Verwaltungskonferenz, ist demgegenüber nachrangig. Richtig ist, was in der konkreten Situation der Aufgabe am besten dient.

Repräsentanz, Außenorgan – Strategisch-operativ

Die Einrichtung ist in ihrer aus der Aufgabe erwachsenden Selbstidentität, wie wir sahen, zugleich eine juristische Person. Daraus entsteht die Frage: Wer repräsentiert diese Person? Obliegt die Repräsentanz dem Vorstand als Organ? Oder einem Aufsichtsrat? Gibt es einen „Herrn oder Frau Schule“, der oder die für alle spricht bzw. nach außen auftritt? Das gibt es so nicht. Was es gibt und oft auch geben muss, ist das Mandat für einen Sprecher gegenüber der Presse oder für die Verhandlung mit Behörden. Das kann durchaus das Mandat des Vorstandes sein. D.h. aber nicht, dass nicht jeder in einer Einrichtung Tätige in seiner Art die Schule oder die Klinik repräsentiert.

Wir müssen achtgeben, dass das Mandat der Außenvertretung nicht zur Machtposition nach innen wird. Es ist gefährlich für das Prinzip der institutionellen Eigenverantwortung, wenn einem Gremium, das aus Menschen besteht, die nicht in die konkrete Tätigkeit der Institution involviert sind und mit dem Impuls nicht wirklich verbunden sind, sondern allenfalls mit ihm sympathisieren, die strategische Führungskompetenz zugeteilt wird und den Tätigen nur die operative Führung bleibt.

Dem Konzept des New Public Management entspricht es, eine solche Spaltung nicht nur von den

Einrichtungen zu fordern, sondern sogar die öffentliche Mitfinanzierung davon abhängig zu machen, dass dieser Forderung Genüge getan wird.

Das ist ein Angriff auf die Substanz des Gedankens institutioneller Eigenverantwortung. Denn diese entsteht aus der Impulsverantwortung und dem daraus resultierenden tätigen Engagement. Dem widerspricht das Konzept einer „geleiteten Schule“, in der die einen den anderen sagen, „wo es lang geht“.

Institutionelle Eigenverantwortung heißt aber auch nicht, dass jeder macht, was er will, sondern bedeutet vielmehr individuell zu handeln auf einem gemeinsamen Beratungs- und Verabredungsboden. Fachkompetenz kommt nicht ohne Sozialkompetenz aus, Sozialkompetenz ohne Fachkompetenz nützt niemandem.

9. Der Geist der Gemeinschaft muss ausstrahlen

Das Selbst der Selbstverwaltung kann, wie schon gesagt, als Geist der Gemeinschaft bezeichnet werden. Durch unser verantwortliches Denken und Handeln rufen wir einen guten Geist der Gemeinschaft herein, ihren – wenn man so formulieren will – Genius. Das Aufgabenbewusstsein ist ein Gefäß, das wir für ihn bilden. Wenn die Arbeit an Aufgabenbewusstsein, Selbstverwaltung und Sozialgestaltung unterbleibt, gewinnt der „Doppelgänger“ der Gemeinschaft an Kraft.

Selbstverwaltung kann durch uns eine Strahlkraft erlangen, die die Arbeit jeder Einrichtung immer neu zu einer Kulturtat werden lässt, die revolutionierend und reformierend im gesellschaftlichen Leben wirkt.

Apfel gegen Rose

Zur Ambivalenz westlicher Unternehmens- strategien in China

Teil II

Roland Benedikter

(In Teil I im letzten Heft behandelt: Apple und China: Eine symptomatische Hassliebe – Der individualistischste Konzern der Welt – im konfuzianischsten Land der Welt – Chinas Verhalten ändert sich nach dem Ende der Billiglohnphase – Apples Grundstrategie – Wie Symbolpolitik heute funktioniert: Verwandlung des Unternehmens zum „reinen Zeichen“)

Drei Regeln erfolgreicher Symbolpolitik

Erfolgreiche Symbolpolitik hat in der heutigen post-industriellen Aufmerksamkeitsökonomie in der noch vom Westen bestimmten Weltöffentlichkeit drei Grundregeln.

Die erste Regel ist: Name. „Die Ehre der Namen retten“ (in paradoxaler, ja sogar ironischer Variation von Jean-Francois Lyotard¹, nun im reduktionistischen Sinn eines identifikationsfähigen Markennamens): Das ist die Grundlage. Der Name „Apfel“ ist universal, einzigartig und wiedererkennbar.

Die zweite Regel ist: Der Name darf nicht als gegebenes Wort erlebt werden, das man als feststehende Buchstabenfolge einfach vorgesetzt bekommt, sondern als individualisierter Akt – als Imagination, die durch die Inspiration der Wiedererkennung und Schlussfolgerung verinnerlicht werden muss.

Und die dritte Regel lautet: Der Name muss eine scheinbar eigenständige, vom Ich des Betrachters vollzogene persönliche Hervorbringungsleistung ermöglichen. Damit ist der Schritt von der passiven (Werbung) zur aktiven Identifikation (Identifikation des reinen Zeichens mit seinem Wort) verbunden.

Der Gesamtvorgang mit anderen Worten: Das reine Zeichen bringt im „Ich“, das ihm gegenübertritt, seinen wiedererkennbaren Namen hervor. Und der Akt des Wiedererkennens ist mit Erleichterung, ja sogar Aktivierung der „Belohnzentren“ im Bewusstsein des Betrachters, verbunden.

Was würde besser zu dem „I“ in allen Apple-Produkten passen als dieser Gesamtvorgang? Das „I“ bringt den Vorgang erfolgreicher Symbolpolitik perfekt auf den Punkt: Die Betonung liegt auf Prozess und nicht mehr auf Struktur sowie auf aktivem Hervorbringen statt passivem Aufnehmen (wie bei der bisherigen Werbung, die bloß auf das Unterbewusste abzielte). Das ist es, was Apple so glaubwürdig macht – und als Folge davon heute zum wertvollsten Unternehmen der Welt.

Dabei ist Apple nur Vorreiter. Andere, wie etwa Red Bull, folgen dem Trend – und haben von Apples Erfolgsgeschichte, insbesondere von seiner „Charisma-Strategie“, dem Aufrufen des aktiven statt Ansprechen des passiven Ich, gelernt. Das Aufrufen des aktiven statt passiven wie auch das Ansprechen eines einzelnen statt eines kollektiven Ich passen zu einem „sportlichen“ Image – wie die Macher glauben relativ unterschiedslos in allen Regionen der Erde.

Doch damit könnten sie sich verschätzt haben. Chinas Widerstand zeigt wachsende Brüche in ihrer Strategie auf, die sie offenbar so nicht erwartet haben.

Chinas Frage nach der vergessenen Bedeutungsdimension: Was sagt Apples Symbol inhaltlich aus?

Zweifellos gilt: Als eine der ersten Firmen in Silicon Valley hat man bei Apple die Bedeutung von Symbolen für Marktmechanismen in der in Echtzeit globalisierten „Aufmerksamkeitsökonomie“ verstanden. Aufmerksamkeit und Wiedererkennung durch einen Akt der Aneignung im Individuum, sind wichtigere Werte als das reine Produkt. Dadurch entsteht ein Primat des Signifikanten über das Signifikat. Das ist typisch „postmodern“. Das Zeichen, konzipiert als Vollzugsakt des Betrachters, der den Namen selbst dazugeben muss, wird wichtiger als sein Inhalt. Die Tatsache, dass sich die chinesische Jugend verschuldet, um an dieser Magie des Apfel-Zeichens – und anderer westlicher Konsumsymbole – teilzuhaben², macht China aus Sicht westlicher Unternehmer heute zum „Kontinent, der kauft“ wie

² PBS Newshour: Why China's Youth Find Western Culture Attractive, February 13, 2012, http://www.pbs.org/newshour/bb/world/jan-june12/china_02-13.html.

¹ J.-F. Lyotard: Der Widerstreit

im Rausch. Das Überhandnehmen der Form über den Inhalt, des symbolischen Aktivismus über eine klare Bedeutung findet scheinbar auch in China Bestätigung – und führt bis zu einem gewissen Grad in seine „Postmodernisierung“, d.h. in die Verwestlichung.

Doch das traditionelle China erweist sich als weit stärker, als Apples Strategen erwartet haben. Seine Grundfrage ist dieser Entwicklung genau entgegengesetzt und lautet: Was sagt das Apple-Symbol inhaltlich aus? Wofür steht der Apfel in seiner symbolischen und metaphorischen Funktion? Worum geht es bei diesem Symbol, sei es nun bewusst oder unbewusst? Gibt es einen Inhalt hinter der Form? Und wenn ja: In welcher Beziehung stehen beide zueinander und zur Balance des Ganzen? Sind sie im Einklang miteinander, oder stehen sie im Widerspruch zueinander?

Diese Fragen beruhen nicht so sehr auf logischen Überlegungen als vielmehr auf Empfindungswahrnehmungen basierend auf den tiefliegenden konfuzianischen Grundlagen Chinas. Sie sind überraschenderweise den ursprünglichen prinzipiellen Überlegungen des Firmengründers Steve Jobs gar nicht so fern, wie es scheinen mag.

Jobs wählte laut seiner Eigendarstellung das Apfelsymbol schlicht und einfach, weil er gerne Äpfel aß. Macintosh, eine der wichtigsten Apfelsorten der USA und Kanadas, die man in Europa wenig bis kaum erhält, war sein Lieblingsapfel – daher der Name seines Computers, der die Welt revolutionieren sollte, und das Logo vom angebissenen Apfel. Es wird behauptet, dass der Biss im Apfelsymbol erst später dazu kam, damit das Logo nicht mit einer Tomate verwechselt würde. Dieses Logo verteidigte Jobs über Jahre in erbitterten Rechtsstreitigkeiten unter anderem gegen die Erben der Beatles (Paul McCartney), die das Symbol im Zusammenhang mit einem Plattencover für sich beanspruchten. Mittlerweile ist der stilisierte Macintosh-Apfel das wertvollste Symbol der Welt geworden – frei in Anlehnung an die Beatles: Bekannt wie Kreuz, Halbmond oder Buddha. Die Frage ist, ob sich das Unternehmen der damit verbundenen Verantwortung in Zeiten wachsender Bedeutung von Symbolpolitik als nationalen- und grenzübergreifender Kontextpolitik bewusst ist – ja, ob es überhaupt realisiert, was sein Symbol inhaltlich aussagt. Mehr noch: Ob es weiß, was ein Apfel eigentlich ist. Die Stärke der Empfindung im Zusammenhang mit diesen Fragen mag in China dank der kulturellen Grundlage und der aktuellen Entwicklungsphase stärker sein als im Westen – sie nimmt jedoch auch weltweit zu.

Vor allem wenn man die globalen Praktiken Apples mit den vermuteten und tatsächlichen Gehalten seines Symbols vergleicht, wachsen Zweifel an seiner Lebensstil- und Identitätspolitik.

Der Apfel hat symbolologisch außergewöhnlich vielfältige Bezüge. Für den Westen ist er, genauso wie die Schlange, das Symbol der biblischen Versuchung. In der Genesis steht allerdings nichts von einem Apfel

geschrieben, es steht lediglich Frucht. Im europäischen und globalen Süden wird der Apfel häufig als Granatapfel dargestellt, der jedoch nicht mit dem Apfel verwandt ist – was eher zurückzuführen ist auf die Bildsprache frühchristlicher Fresken als auf Überlieferungen.

Nichtsdestotrotz ist der Apfel, so banal er uns im Alltag erscheinen mag, derart verwurzelt und verwachsen mit der menschlichen Kulturgeschichte, dass er nicht wegzudenken ist. Das gilt nicht nur für den deutschsprachigen Raum, dessen ausgesprochenes Lieblingsobst er ist, sondern auch für den chinesischen und asiatischen.

Apfel, China und Apple

Das Apfelsymbol enthält weltpolitische Bezüge, die es in der heutigen Übergangssituation zwischen Ost und West im Rahmen der „ersten Reifephase“ der Globalisierung besonders aktuell machen. So steht der Apfel als Symbol kulturhistorisch genau an der Grenze zwischen China, wo der moderne Apfel entstanden ist, und dem Westen, wo er den industriellen und nahrungspolitischen Durchbruch erzielte. Der heutige Kulturapfel „*Malus domestica*“ stammt vom asiatischen Wildapfel („*Malus sieversii*“) ab. Die genetische Urquelle dieser Äpfel liegt in den Bergen Zentralasiens, das sich vom südlichen Kasachstan über Kirgisistan und Tadschikistan bis in die chinesische Provinz Xinjiang erstreckt.

Im Altaigebirge wurde der deutsche Naturforscher Carl Friedrich von Ledebour 1833 zum ersten Mal auf diese Abstammung aufmerksam. Von dort hat der Apfel wahrlich eine lange Reise hinter sich – bis er schließlich in Kalifornien bei Steve Jobs landete: Von den Bergregionen Asiens stammend über Handelswege nach Europa eingeführt, wurde er von den ersten Einwanderern nach Nordamerika gebracht. Von da aus begann er seinen globalen Siegeszug über drei für Amerika typische Stationen: 1. Symbolische Vermenschlichung. 2. Abstraktion. 3. Globalisierung der Abstraktion. Wie man gesehen hat, führt Punkt 3 im heutigen China, in das die Abstraktion des ihm entstammenden Apfels zurückkehrt, zu einer Eingrenzung, wenn nicht gar Beschneidung oder Umkehrung von Punkt 1. Inwiefern?

Wie alle Symbole, die eine Bedeutung haben, ist der Apfel zunächst eine Verkörperung des Menschen – das war er bereits lange vor seiner Ankunft in Amerika, aber danach noch viel mehr. Äpfel können, wie Menschen, Stoffwechselstörungen, Krebs oder Läuse haben. Wie sie können sie süß, sauer oder bitter schmecken. Wenn sie alt werden, kriegen sie Falten. Sie haben Fleisch, ein Skelett und ein Herz. Die Kerne, die man bei der Apfelsorte McIntosh klackern hört, wenn man einen von ihnen schüttelt, verweisen auf ein vom Menschen als spielerisch wahrgenommenes Element, das Apple gerade in seiner Pionierzeit in der Person von Steve Jobs und Steve Wozniak mehr als andere aufgriff.

Dabei sind im Gefolge der „Humanisierung“ durchaus weitere lockere Assoziationen zwischen Apfel- und Computerindustrie möglich und nicht unmittelbar von der Hand zu weisen. Das Pfropfen zum Beispiel wird als Veredelungstechnik bei verschiedenen Zier- und Obstbäumen genutzt. Zur Vermehrung oder zum Erhalt einer Einzelpflanze wird dabei ein Edelreis mit einer Unterlage – meist einem Stamm mit Wurzeln – zusammengefügt. Häufig wird dabei ein angespitzter Zweig in den ab- und eingeschnittenen Stamm einer Jungpflanze gesteckt. Auch die Computer-Industrie versucht jeweils die besten Eigenschaften miteinander zu verknüpfen, indem sie Bausteine, die manchmal aus ganz unterschiedlichen Bereichen kommen und zunächst wenig miteinander zu tun haben, „ineinander steckt“. Das Ergebnis ist eine Veredelung: ein größerer Wert, eine bessere Performance und ein besseres Produkt.

Betrachtet man jedoch die Hungerlöhne, die Apple den Arbeitern in den Produktionsstätten in China zahlt, bekommt der berühmte Satz „An apple a day keeps the doctor away“ eine ganz neue Bedeutung. Die vielen Selbstmorde aufgrund der unmenschlichen Arbeit in den Zulieferfirmen machen, so die Spötter, jeden Doktor überflüssig. Und die zynische, längst zum geflügelten Wort gewordene Frage der chinesischen Belegschaften in Apples Zulieferfirmen lautet nicht, warum sie nicht mehr verdienen, sondern: Warum hat Apple nicht gleich auch den „iTod“ erfunden – wenn kein geringerer als Steve Jobs höchstpersönlich, selbst bereits schwer krank, ihn in seiner berühmten Stanford-Rede doch als die „größte Erfindung der Welt“ pries?³ Die Arbeiter in Apples chinesischen Produktionsstätten lesen diese Rede ganz anders, als sie im Westen von Akademikern und Technologiephilosophien aufgenommen wurde.

Eine weitere mögliche Assoziation im deutschsprachigen Raum hängt mit dem „Apfel des Jahres“ 2013, dem Holzapfel, zusammen. Der „Tag des deutschen Apfels“ wurde von den Apfel-Erzeugerorganisationen Deutschlands ins Leben gerufen. Es ist der 11. Januar. Zahlreiche Unternehmen unterstützen den Aktionstag, der im Rahmen der Kommunikationskampagne „Apfel aus Deutschland. Genau Dein Obst“ stattfindet. Am 11. Januar 2010 wurden kostenlos 40.000 Äpfel in den fünf Großstädten Berlin, Hamburg, Köln, Leipzig und München verteilt. Ziel der Maßnahme war es, auf deutsche Äpfel aufmerksam zu machen und das Wissen um die verschiedenen Sorten und ihre Anwendungsbereiche zu vergrößern. Dem Vernehmen nach ist der Export dieses Tages nach China in Planung. Da der Holzapfel der Apfel des Jahres 2013 ist, liegt aufgrund der Verschränkung zwischen „Verichung“,

3 S. Jobs: 'You've got to find what you love,' Jobs says. Full text and videostatement of commencement address, Stanford University on June 12, 2005. In: Stanford Report, June 14, 2005, <http://news.stanford.edu/news/2005/june15/jobs-061505.html>.

Zitate

- „Adam war ein Mensch – das erklärt alles. Er wollte den Apfel nicht des Apfels wegen, sondern nur, weil er verboten war.“
Mark Twain, The Tragedy of Pudd'nhead Wilson, chapter 2
- „Einst hatt ich einen schönen Traum; // Da sah ich einen Apfelbaum. // Zwei schöne Äpfel glänzten dran, // Sie reizten mich, ich stieg hinan.“
Johann Wolfgang von Goethe, Faust I, Vers 4128 ff. / Faust
- „Der Äpfelchen begehrt Ihr sehr, // Und schon vom Paradiese her. // Von Freuden fühl ich mich bewegt, // Dass auch mein Garten solche trägt.“
Johann Wolfgang von Goethe, Faust I, Vers 4132 ff. / Die Schöne
- „Jemandem, der einen Apfel schält, vorzuwerfen, er befasse sich mit der Schale, ist reine Unkenntnis, auch wenn es so aussieht, als sei die Situation richtig beschrieben.“
Rabi'a al-Adawiyya
- „Viel Obst ist ungesund, wir kauen alle dran, // Was eines Apfels Kost für Leid uns angetan.“
Friedrich von Logau, Sinngedichte

Abstraktion und Arbeitsglobalisierung des Apfelsymbols bei Apple die Frage nahe, ob Apple, bei allem Erfolg, mit einigen seiner heutigen Verfahrensweisen nicht vor allem in China mittel- bis langfristig auf dem Holzweg ist. Warum?

Der Apfel ist die verborgene Rose – auch und gerade in China

Was die jetzige Apple-Führung um Tim Cook offenbar nicht weiß: Der Apfel ist – vor allem anderen – in seiner Essenz ein Rosengewächs. Das bedeutet: Jeder Apfel enthält eine verborgene Rose. Die Rose ist in den geistigen Traditionen des Westens das Symbol der Menschlichkeit. Sie ist das Symbol für das gereinigte Blut, das den zur Menschlichkeit reifenden Einzelnen versinnbildlicht. Sie umfasst die Einheit von Wahrem, Schönerem und Gutem wie auch das Prinzip der Transformation und Transfiguration selbst, also den Form- und Entwicklungsprozess sinnvoller Geschichte.

Das Rosensymbol ist so gesehen deutlich europäischen Ursprungs, wird später jedoch zentral mit dem politischen Angelsachsentum in der Welt in Verbindung gesehen, was vor allem der modernen Organisation des weltzugewandten politischen Rosenkruzertums zu verdanken ist, einer Spielart der Freimaurer, die am Ursprung der amerikanischen Verfassung 1776 steht und später die Ideale der Französischen Revolution 1789 mit inspirierte. Die

US-Verfassung wurde nicht zufällig in Alexandria entworfen, bis heute die Stadt mit dem wichtigsten rosenkreuzerisch-freimaurerischen Tempel der Welt; und es ist kein Zufall, dass sich im Zusammenhang damit ein Grieche und ein Römer am Eingang des Kapitols, umgeben von den wichtigsten Freimaurersymbolen, die Hand reichen.

Spätestens seit Mitte des 18. Jahrhunderts bestand die Mission des Angelsachsentums, zunächst des britischen, dann des amerikanischen Weltreichs, darin, dem am weitesten entwickelten Ich, sprich: dem seiner selbst und seiner moralischen Gestalt bewusst gewordenen, kathartisch gereinigten und dabei radikal individualisierten und auf sich selbst gegründeten Ich, sowie den aus ihm ausfließenden Gesellschaftsformen in der Welt zur Vorherrschaft zu verhelfen und sie an der Macht zu halten, sowohl im wirtschaftlichen wie auch im militärischen Bereich – dies jedoch keineswegs nur für sich selbst, sondern zum Wohle der gesamten Menschheit.

Hier liegt der Ursprung und der tragende Grundgehalt der „thin red line“ des britischen Weltreichs des 18. und 19. Jahrhunderts ebenso wie der „city upon the hill“ des darauf folgenden amerikanischen Weltreichs im 20. und 21. Jahrhundert. Einige der wichtigsten modernen Denker, die dieser Mission beispielhaft und stellvertretend Ausdruck gaben, waren Arnold Toynbee (1889-1975)⁴ und sein Schüler und Kollege Carroll Quigley (1910-1977)⁵, den der Rhodes-Scholar und ehemalige US-Präsident Bill Clinton in seiner Autobiographie „Mein Leben“ aus dem Jahr 2004 nicht zufällig als „meinen einzigen Lehrer“ bezeichnete.⁶ Er konnte das tun, weil er als Liberaler die „Rosentradition“, die am Ursprung der globalen Rolle des Angelsachsentums steht, aktiv zu verkörpern versuchte – im Gegensatz zum archaischen und buchstabengetreuen, atavistischen und „unitarischen“ Religions- und Missionsverständnis seines Nachfolgers George W. Bush.⁷

Schein und Realität: Die zum Apfel stilisierte Rose ist mit unmenschlichen Arbeitsbedingungen, Massenselbstmorden und zweifelhafter Steuermoral verbunden

Die Frage muss erlaubt sein: Weiß das wertvollste Unternehmen der Welt, dass jeder Apfel eine Rose enthält? Symbolpolitik, Produktionsbedingungen und Marktethik in China sagen nein. China hat das längst

4 W. H. McNeill: Arnold J. Toynbee: A Life, ACLS Humanities E-Book 2009. Siehe auch: The Toynbee Prize Foundation, <http://toynbeeprize.org/toynbee-prize-foundation/>

5 Carrollquigley.net: <http://www.carrollquigley.net/>

6 B. Clinton: Mein Leben, Berlin 2005. Cf. Videomitschnitt: Bill Clinton speaks of Carroll Quigley at 1992 Democratic National Convention. In: http://www.youtube.com/watch?v=GMVVQLA_dGg

7 R. Benedikter: Freiheit - ja, aber welche? George W. Bushs Freiheits-Doktrin für das 21. Jahrhundert – und die Perspektiven. In: Kulturzeitschrift „Die Drei“. 75. Jahrgang, Heft 5/2005. Schwerpunkt: Friedrich Schiller und die Freiheit. Frankfurt am Main 2005, S. 7-12.

durchschaut – nicht nur die Regierung, sondern auch Chinas Dissidenten.⁸

Die Finanz- und Produktionspraktiken von Apple, nicht nur im Hinblick auf seine „egoistische“ Symbolpolitik, sondern auch auf die „Humanpolitik“, die gerade für „global player“ immer wichtiger wird – auch 2013, trotz aller Avantgarde – ist noch immer ein Paradebeispiel dafür, wie sich Konzerne in Zeiten des Neoliberalismus bereits seit den 1980er Jahren verhalten: Gewinnmaximierung bei herausragender Qualität ohne moralische Rücksichten auf den Menschen. Diese Praktiken lassen die Rose im Apfel zurücktreten – übrig bleibt die reine Abstraktion des Apfels: der Apfel von Apple. Dass er angebissen ist, betont zwar künstlich den ikonologischen Aspekt der „Vermenschlichung“, denn die Bissspur ist eindeutig die eines Menschen. Der Apfel von Apple will also ein vermenschlichter Apfel, ein individualisierter, angeeigneter Apfel sein. Aber Apples Verfahrensweisen in der Realität lassen Zweifel an der Rose im Apfel wie auch an der Stellung des Menschen bei Apple aufkommen. Die Globalisierung technologischer Abstraktion scheint den Menschen aus dem Sichtkreis der Unternehmensführung verdrängt zu haben – hat ihr in der komplexen globalen Konstellation gewissermaßen die Bodenhaftung zwischen Symbol und Realität geraubt.

Die Menschlichkeit von Apple lässt nicht nur in Bezug auf die Gemeinschaftsorientierung, die sich unter anderem in der Steuermoral zeigt, sondern auch im Hinblick auf die Produktions- und Distributionsbedingungen sehr zu wünschen übrig – in seinem Mutterland Amerika genauso wie in China. So zahlte Apple laut seiner eigenen Jahresmeldung an die US-Börsenaufsicht Securities and Exchange Commission außerhalb der USA auf seine Gewinne von 2011-12 im Umfang von 36,87 Milliarden Dollar weniger als 2% Steuern, nämlich 713 Millionen Dollar. Da Apple die Gewinne im Ausland bei Rückführung in die USA mit etwa 35% versteuern müsste, belässt die Firma die Gewinne im Ausland, was jedoch nicht unbedingt Reinvestition bedeutet – unterproportional in „schwierige“ Länder wie China, und schon gar nicht in deren Arbeiterschaft.

Obwohl Apple seine Produkte kontinuierlich verbessert und Arbeitsabläufe auch mittels Investitionen kontinuierlich zu optimieren sucht, bleiben die von seinen Zuliefererfirmen bezahlten Löhne mit die niedrigsten der Welt. Die taiwanesischen Zuliefererfirma Foxconn, die in ihrer Firmenniederlassung in Shenzhen iPhone und iPad zusammensetzt, produziert in ihren chinesischen Werken in Akkordarbeit mit einem Standard von 12-Stunden-Tagesschichten und einer Wochenarbeitszeit von 72 Stunden: Eine Arbeiterin muss z.B. 3000 bis 6000 iPad-Rückseiten pro Tag reinigen für 7-16 Dollar pro Tag.⁹

8 J. Boudreau: Chinese legal dissident Chen Guangcheng calls on Apple and other Silicon Valley companies to advocate for human rights in China. In: Mercury News, March 19, 2013, http://www.mercurynews.com/business/ci_22819297/chinese-ldissident-chen-guangcheng-calls-apple-human-rights-china

9 R. Cooper: Inside Apple's Chinese 'sweatshop' factory where workers are paid just £1.12 per hour to pro-

Die Arbeitsbedingungen der mehr als 270.000 in Shenzhen beschäftigten Arbeiter sind oft gefährlich: Maschinenversagen, Verseuchung, Vergiftung, Explosionen, Zusammenbrüche von Arbeitern aus Erschöpfung sowie Depressionserkrankungen sind an der Tagesordnung. Chinesische Arbeiter sagen in unabhängigen Berichten internationaler NGO's: „Wir wachen vor den Hühnern auf, gehen nach den Hunden schlafen und essen schlechter als die Schweine.“¹⁰

Während Foxconn meist als der alleinige Schuldige an dieser Misere dargestellt wird, verteidigt sich seine Führung unter Verweis auf die Tatsache, dass Apple in China derart großen Druck bei extrem geringen Margen und großen Produktionsmengen ausübe, dass Foxconn praktisch nichts anderes als Ausbeutung übrigbleibe, um überhaupt noch Arbeit anbieten zu können. Trotz dieser Tatsache, so Firmenvertreter, werde aber nur auf Foxconn mit dem Finger gezeigt, Apple bleibe außen vor und erleide imagemäßig keinen oder nur wenig Schaden. Dabei kalkuliert Apple laut Berichten unabhängiger NGO's weiterhin mit maximal 8 Dollar Gesamtkosten für den Zusammenbau eines iPhone 5 – ein Hauptgrund für seine riesigen globalen Gewinne.¹¹

Im September 2012 rebellierten mehr als 2.000 Arbeiter in einer Foxconn-Fabrik. Es kam unter Einbeziehung von bis zu 10.000 Menschen, auch aus der Umgebung, zu Massenschlägereien, woraufhin der Werk zeitweise geschlossen werden musste – eine der Folge dieser „pragmatischen“ Praxis des Westens in China. Eine andere Folge ist, dass bereits seit Jahren mit Massenselbstmorden gedroht wird und reale Selbstmorde in den Tag und Nacht arbeitenden Fabriken verübt werden. In den Fabriksiedlungen schlafen Menschen aus Kostengründen schichtenweise in ein und demselben Bett und können nichts tun außer arbeiten, essen und schlafen – in der Regel sind sie sogar zu müde zum Fernsehen – nur, um nach wenigen Jahren ersetzt zu werden durch frische Gesichter. Dass Foxconn auf vorausgegangene Selbstmordserien damit reagierte, die Arbeiter per Vertrag zum „Verzichten auf Selbstmord“ zu verpflichten¹², hatte keine Änderung gebracht, sondern die Dinge eher verschärft. Eine dritte Konsequenz dieser Praktiken ist, dass im Anschluss an den Giftskandal im Wintek-Werk in Shenzhen 2011 mehr als 120.000 Menschen in einer Petition Apple zu einer verbesserten Produktionsethik und zu Entschädigungszahlungen aufforderten, und dass diese Petition 2012 in aktualisierter Form erneuert wurde.¹³ Eine vierte Konsequenz ist, dass

duce iPhones and iPads for the West. In: Mail UK online, 25 January 2013, <http://www.dailymail.co.uk/news/article-2103798/Revealed-Inside-Apples-Chinese-sweatshop-factory-workers-paid-just-1-12-hour.html>

10 Weltnetz.tv: Die Wahrheit über das Apple iPad. Die iPad Produktion bei Foxconn, 14.10.2012, <http://weltnetz.tv/video/413>

11 Z. Keck: Apple and China, loc cit.

12 N-tv: Angestellte sollen auf Suizid verzichten. Foxconn ergreift Massnahmen, 26.05.2010, <http://www.n-tv.de/wirtschaft/Foxconn-ergreift-Massnahmen-article889669.html>

13 China Labour Watch: Petitioned Tim Cook. Apple: Stop gaining extravagant profits from sweatshops in

es in Asien heute die Bürgerbewegungen „Bloody Apple“ und „No more iSlaves“ gibt, die mit der Initiative „Students and Scholars Against Corporate Misbehavior“ (Sacom) in Hongkong zusammenarbeiten. Sie schieben die Schuld nicht auf Foxconn oder andere Zulieferer, sondern zeigen direkt auf Apple.¹⁴ Dass es Vorwürfe der Kinderarbeit gibt – die Rede war von 14- bis 16-jährigen –, die direkt Apple zugutekommen soll, ist schließlich eine Kulmination der „alten“ chinesischen Verhältnisse. Apples Betriebsführung verleugnet sie, verdrängt sie oder verschiebt sie auf seine Zulieferer, weil der Konzern genau weiß, dass jede Art der Stellungnahme ihn nur tiefer in die Thematik hineinreißen – und damit sein „Image“, auf das er ja so übergroßen Wert legt, verschlechtern würde.

Das Problem ist, dass immer mehr Kunden und Regierungen diese Zusammenhänge erkennen – nicht nur in China. Überdurchschnittlich teuren Produkten steht die unterdurchschnittliche Bezahlung der Produzenten gegenüber. Apple hat die höchsten Preise der Branche aus zwei Gründen standardmäßig global festgesetzt: erstens, um höchstmögliche Gewinne zu machen, zweitens, um beispielhafte Innovationen vorzufinanzieren, die ihm die Weltführungsrolle sichert, was wiederum höchstmögliche Gewinne garantiert. China war in den vergangenen Jahren, ganz im Gegensatz zu den „Liebes“-Bezeugungen Tim Cooks, nur ein Rad im System. Doch ironischerweise hat Apple damit entscheidend dazu beigetragen, den chinesischen Gewerkschaften eine unerwartete Renaissance zu bescheren, die sie 2013 systemintern auf dem Aufstieg sieht.¹⁵ Die Frage lautet, wie lange Apples ebenso anspruchsvolle wie verwöhnte Kunden unter dem Eindruck wachsender Ost-West-Spannungen die damit entstehenden Konfliktfelder zugunsten ihres gewohnten Kaufverhaltens verdrängen werden.

Sicher ist: Sobald das Kaufverhalten einer ausreichenden Schicht von Kunden ein kritisches Niveau erreicht haben wird, dadurch dass mehr Elemente zusammenschaut werden als bisher und das „I“ im „iPhone“ nicht mehr nur dem Ego gilt, sondern – frei nach dem Wahlspruch der altehrwürdigen Tulane Universität – sich die Einsicht durchsetzt: „Not for oneself, but for one's own“ („Nicht für sich selbst, sondern für das Selbst“), werden sich die Dinge zu verschieben beginnen. Apple könnte plötzlich „überholt“ sein und sich die Augen reiben. Dies wird vor allem dann der Fall sein, wenn eine „erwachsenere“

China! In: Change.org, June 2012, <http://www.change.org/petitions/apple-stop-gaining-extravagant-profits-from-sweatshops-in-china>

14 J. Green: 'No more iSlaves': An activist fights for iPhone workers. Debby Chan, a human rights activist based in Hong Kong, has led the battle to improve conditions for employees of China's giant contract manufacturers. In: Cnet, September 25, 2012, http://news.cnet.com/8301-13579_3-57516096-37/no-more-islave-an-activist-fights-for-iphone-workers/. Vgl. Ö1: No more iSlaves: Ausbeutung in der IT-Industrie. Sendung: Matrix, 13.11.2011, u.a. in: <http://ullaebner.wordpress.com/2011/11/10/no-more-islaves/>

15 N. Mastroli: Apple, Trade Unions and Power in China. In: European Centre for International Affairs (ECIA) Briefing, April 02nd, 2013, <http://www.european-centre.org/wp-content/uploads/2013/04/EB-02-04-2013.pdf>

Käuferschaft nicht nur im demokratischen Westen, sondern auch in aufsteigenden Konsumländern wie dem heutigen China oder den BRIC-Ländern insgesamt entsteht. Dann könnte sich die bisherige Strategie von Apple als auf Sand gebaut erweisen und die überzogen präsentierten Philanthropie-Projekte des Konzerns als Makulatur erkannt werden – die sie tatsächlich sind, im Vergleich zu den Möglichkeiten, die Apple dank seiner Gewinne und Überschüsse hat und die einer vernünftigen, nüchternen und sachlichen Verwirklichung der „Rose im Apfel“ dienen könnten.

Das inzwischen – nicht zuletzt aufgrund der „ernsten Maßnahmen“ Chinas gegen den Konzern – wachsende Bewusstsein sowohl in China wie in den USA zeigte bereits vor einigen Jahren das Beispiel des Theaterstücks „The Agony and Ecstasy of Steve Jobs“: ein Monologs des Schriftstellers und Schauspielers Mike Daisey. Das Stück wurde am New Yorker Public Theater im Herbst 2011 wegen großen Erfolgs um mehrere Wochen verlängert wurde.¹⁶ Daisey hatte die Apple-Zuliefererstätten in China besucht und mit den Arbeitern selbst gesprochen. Laut eigenen Angaben will er mit seinem „öffentlichen Monolog“ nicht die Leistung von Steve Jobs schmälern, wohl aber die Schattenseiten des globalen Imperiums Apple beleuchten – darunter nicht zuletzt den bleibenden Schaden für die chinesisch-westlichen Beziehungen, den es mutmaßlich seit Jahren anrichtet. Wie die „Frankfurter Rundschau“ berichtete, „hat sich der Künstler vom Tod Steve Jobs‘ nicht beirren lassen. Daiseys Geschichten sind erschütternd. So erzählt er etwa von dem 12-jährigen Mädchen, das Handydisplays poliert, oder dem Mann, dem die Hand durch Überbeanspruchung zu einer Klaue verwuchs. Steve Wozniak, der Mitbegründer von Apple, gab in der New York Times zu Protokoll, dass er mit den Tränen gekämpft habe: ‚Nach dieser Aufführung werde ich nie wieder derselbe sein.‘ Es wird allerdings auch von Apple-Fans berichtet, die vollkommen empört waren über so viel Gotteslästerung – oder, wie sie es nannten, Leichenfledderei.“¹⁷

Was Wozniak zu Protokoll gab, hätte wohl auch der nach eigenen Angaben stark spirituelle Steve Jobs unterstrichen. Für ihn war der Tod die „größte Erfindung“, aus der heraus er alles andere auf seine letzte Sinnhaftigkeit hin zu beurteilen suchte. Warum tut das die heutige Apple-Führung nicht?

Fazit und Ausblick

Was bedeutet das? Und wo liegt die sich daraus ergebende Perspektive für das Verhältnis des westlichen Kapitalismus zu China?

Zumindest sieben Aspekte kommen zur Beantwortung dieser Fragen in Betracht.

Erstens: China könnte sich als ein Stolperstein für die weitere Entwicklung von Apple erweisen – und auch für andere westliche Firmen, die sich zu stark vom Reich der Mitte abhängig gemacht haben. Die Probleme von Apple in China, aber auch die Fremdheit seines nicht angepassten Individualitätskults in der konfuzianisch geprägten Kultur zeigen nicht nur die Ambivalenz westlicher Unternehmensstrategien in China, sondern weisen auch auf bevorstehende diesbezügliche Änderungen hin, die durch Chinas wachsenden globalen Einfluss unausweichlich werden. Wenn Firmen wie Apple China verändern, verändert China umgekehrt auch diese Firmen.

Zweitens: Die Produktions- und Arbeitspolitik sowie die Unternehmensethik sollten Schein und Realität, das heißt Signifikant und Signifikat nicht mehr so radikal voneinander trennen, wie dies von den „postmodernen“ Symbolpolitiken vorgemacht wurde – weder auf der nationalen noch auf der internationalen Ebene. Wenn der Apfel ein Rosengewächs ist und eine verborgene Rose zu sein seine eigentliche Bedeutung ist, dann muss sich der symbolische Gehalt im Handeln derjenigen widerspiegeln, die das Symbol mit so großem äußeren Erfolg vertreten. Ein Unternehmen wie Apple muss sich der Frage nach menschlichen Produktionsbedingungen auf einem Zukunftsmarkt und einem potentiellen strategischen Partner gegenüber konsequenter als bisher stellen. Der Konzern muss sich fragen, wie Partizipation an seinem Erfolg für mehr Chinesen als bisher möglich ist – sei es in Form von Preisen oder Service für Käufer oder Löhne für die realen Produzenten. Beteiligung am Erfolg, Streuung und Reinvestition von Gewinn könnte der Schlüssel zu langfristigem Erfolg sein. Das hieße, im Apfel wieder die Rose zu entdecken.

Drittens: Symbolpolitik des Westens muss nicht nur in China, aber auch dort – und durch den dortigen Widerstand angeregt – anders funktionieren. Die globale Aufmerksamkeitsökonomie und ihr Trend zur Symbolpolitik müssen ihr einseitiges Setzen auf den performativen Akt der Übersetzung vom Unbewussten ins Bewusste wieder mit der inhaltlichen Bedeutung von Symbolen ausbalancieren. Sie müssen beide Pole gleich gewichten, damit sie wieder zusammenpassen. Aufgrund der Überbetonung des „Wiedererkennungswertes“ einer Marke mittels der Ablegung des Namens und der Verwandlung in ein „reines Zeichen“ ohne Bezug zum Inhalt ist im Westen ein tiefer Bruch zwischen Signifikant und Signifikat entstanden. China kann sich damit nicht abfinden. Der Gehalt der Symbole wurde von ihrer Bedeutung radikal abgetrennt – wie im Fall des Apfels von Apple. Eine Sich-Wiedererinnern an das, was mit dem Symbol eigentlich versinnbildlicht wird,

16 C. Isherwood: Moral issues behind iPhone and its makers. In: The New York Times, October 17, 2011, http://theater.nytimes.com/2011/10/18/theater/reviews/the-agony-and-the-ecstasy-of-steve-jobs-review.html?_r=0. Vgl. allerdings die detaillierte Kritik bei: C. Kimek: Mike Daisey, Unreliable Narrator. In: The Washington City Paper, July 13, 2012, <http://www.washingtoncitypaper.com/articles/42968/mike-daisey-unreliable-narrator-the-agony-and-the-ecstasy-of/>.

17 C. Schlüter: Kritik an Apple: Gotteslästerung. In: Frankfurter Rundschau, 01. November 2011, <http://www.fr-online.de/kultur/kritik-an-apple-gotteslaesterung,1472786,11084180.html>.

tut der globalen Wirtschaft gut – vor allem dann, wenn sie in China Erfolg haben will.

Viertens: Wer zur Nr. 1 aller Unternehmen der Welt aufsteigt, muss sich mehr Fragen gefallen lassen als andere, weil er eine größere Verantwortung hat. Wer so wichtig ist, muss sich damit abfinden, dass er genauer beobachtet und geprüft wird – wie ein seltener Apfel vor dem Kauf. Oder wie es Johann Wolfgang von Goethe ausdrückte, kongenial mit Steve Jobs: „Über Rosen lässt sich dichten, in Äpfel muss man beißen“ (Faust II, Vers 5168 f. / Gärtner). Das gilt auch für die verstärkte Prüfung von Apple durch die chinesische Regierung.

Fünftens: Identitätspolitiken funktionieren in China anders als bei westlichen Globalspielern. Die Politiken von Apple und anderen Konzernen waren in den vergangenen Jahren eher Argumente gegen die Globalisierung – und gegen den Import westlicher Werte wie Individualismus und Demokratie. Die „I“-Manie von Apple hat dem Westen in China mehr geschadet als genützt – gesellschaftspolitisch wie moralisch.

Sechstens: Wenn sich Apples Strategien nicht ändern, wird sich Chinas Hassliebe zu Apple und anderen Trendfirmen des Westens verstärken, die China überschwemmen, aber aus seiner Sicht seine konfuzianischen Grundlagen entweder ignorieren oder untergraben. Die neue chinesische Regierung wird als Folge so schnell wie möglich eigene Firmen an die Seite oder an die Stelle der westlichen Marktführer setzen, wie sie es unter anderem bei Google erfolgreich vorgeführt hat – um ihre eigenen konfuzianischen Autoritätsgrundlagen und so die Rolle der Regierung an sich zu schützen. Apples Ich-Politiken erweisen sich in China gerade in ihrer Reduktion auf Symbolpolitiken als politisches Moment im engeren Sinn: Sie gefährden den langfristigen Ordnungsgedanken der Regierung, der auf Kollektivismus und Autoritätsgehorsam beruht.

Zusammengenommen in einen Satz heißt das siebtens: Apple muss einen Weg finden, die Rose in Amerika und in China in seinem Apfel wiederzuentdecken und aufzuwerten. Dann kann das Unternehmen langfristig auch die Nr. 1 in China bleiben und das Land zu seinem weltgrößten Markt ausbauen – trotz einer zusehends kritischeren Käuferschaft. Erst dann wird die chinesische Regierung bereit sein, die Trendverantwortung zu tolerieren, die mit Apples globaler Symboldominanz gegeben ist. Und erst dann wird Apple seine chinesischen Kunden, die zu den umworbenen Kunden der Welt gehören und die zu murren beginnen, wieder über jene idealistische Ebene anziehen können, für die Apple in der Person von Steve Jobs immer stand und aufgrund derer es groß geworden ist. Davon hängt die künftige wirtschaftliche Stellung des Konzerns auf entscheidende Weise ab. Auch in China.

In Bezug auf all diese Aspekte ist Apple nur ein Beispiel unter vielen im Kontext der heutigen chinesisch-westlichen Wirtschaftsbeziehungen - die zunehmend zu konflikthafter Kulturbeziehungen werden.

Weitere Beispiele von anderen Firmen werden folgen. China wird alles tun, sie durch eigene, chinesische Alternativen zu assimilieren, zu verdrängen oder zu ersetzen, sobald es sein Entwicklungsniveau erlaubt.¹⁸ Die Firmen des Westens werden schon bald mit der wachsenden Bedeutung des Mottos konfrontiert werden: „Zizhu chuangxin“, Innovation aus eigener Kraft. Denn das bedeutet Innovation ohne größere Veränderung der eigenen Kultur.

Roland Benedikter

forscht am Freeman Spogli Institute for International Studies der Stanford Universität in Silicon Valley. Kontakt: rben@stanford.edu

¹⁸ S. Schultz und B. Riedmann: Internet-Boom: China baut sich sein Silicon Valley. In: Spiegel online, 19.02.2012, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/zhongguancun-ist-chinas-silicon-valley-a-815727.html>

Betrachtungen, Berichte, Initiativen

Jahre das Handelskontor Willmann (HAKO), das heute noch als regionaler Großhändler vorrangig Demeter-Waren in die Naturkostläden liefert.“

Für Gothart Willmann hatte biologisch-dynamische Landwirtschaft immer auch eine soziale Seite: Er war Teilnehmer einer Reihe von Seminaren des Instituts für soziale Gegenwartsfragen zu sozialen Fragen. Kooperation statt Konkurrenz, d.h. assoziatives Wirtschaften im Sinne der Dreigliederung war ihm ein Anliegen. Dieser Geist lebt nicht zuletzt dank ihm bei vielen Mitarbeitern des Handelskontors und der Gärtnerei. Wir bleiben mit ihm in Dankbarkeit für sein Wirken verbunden.

Gedenken

Gothart Willmann

Am 26. Juli verstarb, 85-jährig, der Demeter-Pionier Gothart Willmann. In einer Würdigung des Demeter-Bundes¹ heißt es:

„Mit seiner ansteckenden Begeisterung für die Sache hat er immer wieder wichtige Impulse für die Weiterentwicklung von Demeter gegeben. [...] Gothart Willmann war nicht nur der Impulsgeber, Gründer und maßgebliche Träger der Gärtnerei Willmann in Vaihingen/Enz und Ingersheim sowie des Handelskontor Willmann in Vaihingen/Enz, sondern auch vielfältig für Demeter engagiert. – Er war Mitbegründer der Vereinigung für Biologisch-Dynamische Wirtschaftsweise Baden-Württemberg und lange Zeit im Vorstand tätig. Viele Jahre arbeitete Gothart Willmann in Vorstandsgremien von Demeter Bund und Forschungsring mit, hielt Vorträge bei Einführungskursen und bereicherte das Grundlagenforum des Verbandes mit seinen fundierten Hinweisen auf Steiners Impulse. – Geprägt durch ein anthroposophisches Elternhaus, die Waldorfschule und frühen Kontakt zu Demeter-Erzeugern besuchte der junge Gärtner bereits im Januar 1947 den vierwöchigen Einführungskurs in die Biodynamische Wirtschaftsweise. – 1952 pachtete er mit seiner Frau Ingemarie eine kleine Gärtnerei in Kleinglattbach, einem Ortsteil von Vaihingen/Enz. Hier entstand die Keimzelle der Gärtnerei Willmann und auch die erste Vermarktungsstruktur. Gothart Willmanns Mutter verkaufte das selbst erzeugte Gemüse in Stuttgart an der Waldorfschule Uhlandshöhe im eigens dafür errichteten Häuschen, dem ‚Gemüseanum‘. Die Gärtnerei pachtete Flächen dazu, bildete Lehrlinge aus, sorgte durch gemeinsame Arbeit an Steiner-Texten und künstlerische Elemente wie die Aufführung der Oberuferer Weihnachtsspiele für Entwicklung, verband sich mit einem Trägerverein und gründete schließlich Anfang der 1980ziger

Zum Stellenwert eines gesetzlichen Mindestlohns

Positionen aus einem Forschungskolloquium zur sozialen Sicherung

(cs) Am 1. Mai dieses Jahres fand im Stuttgarter Forum 3 ein Forschungskolloquium unter dem Titel „Soziale Sicherung in Deutschland: Mindestlohn – Grundeinkommen – Wege aus der Altersarmut“ statt. Ein interessanter Kreis von Experten aus unterschiedlichen Richtungen und mit unterschiedlichen Ansätzen, aber verbunden im Willen zum echten Erkenntnisgespräch und zur Kooperation für soziale Erneuerung, war auf Einladung des Instituts für soziale Gegenwartsfragen zusammengekommen. Am Vorabend des eigentlichen Kolloquiums fand ein öffentliches Werkstattgespräch statt, fulminant eingeleitet von Prof. Dr. Michael Opielka („Zukunftssicherung und soziale Gerechtigkeit – Widerspruch oder Aufgabe?“) und Udo Herrmannstorfer („Die seelisch-geistigen Bedingungen sozialer Sicherheit“) und, wie gewohnt, souverän moderiert von Ulrich Morgenthaler.

Das eigentliche Forschungskolloquium begann mit der Vorstellung eines Buchprojekts des Instituts für soziale Gegenwartsfragen durch C. Strawe und H. Spehl. (Inzwischen stehen ca. 150 Manuskriptseiten im Rohentwurf, die Fertigstellung verzögert sich jedoch noch – aufgrund der Überlastung der Beteiligten. Wir werden über den Fortgang informieren).

Die weiteren Gesprächsabschnitte behandelten die Zukunft des öffentlichen Sektors und seiner Finanzierung (einleitende Statements und Fragestellungen: Prof. Dr. Christoph Strawe, Prof. Dr. Dirk Löhr), Grundeinkommen und Sozialsysteme (Einleitung Udo Herrmannstorfer, Prof. Dr. Sascha Liebermann), Mindestlohn und Grundeinkommen (Einleitung Prof. Dr. André Bleicher, Prof. Dr. Harald Spehl) und die Frage nach Lösungen für das Problem der Altersarmut sowie den Vorschlag eines Kindergrundeinkommens

¹ <http://www.demeter.de/Verbraucher/Aktuell/Trauer%20um%20Gothart%20Willmann>

(Prof. Dr. Harald Spehl). Es folgte eine abschließende Vertiefungsrunde, die von U. Herrmannstorfer und Prof. Dr. Roland Geitmann eingeleitet wurde.

Für die meisten Themen lagen Thesenpapiere der einleitenden Referenten vor.

An dieser Stelle dokumentieren wir drei Beiträge, die das Thema eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns behandeln. Nicht zuletzt im Wahlkampf war es heiß umstritten, allerdings häufig sehr vordergründig diskutiert worden. Die hier abgedruckten Beiträge versuchen zu differenzieren, substantielle Fragen zu stellen und das Bewusstsein für den Gesamtzusammenhang und das Problem zu schärfen.

Mindestlohn und Grundeinkommen

Sieben Thesen

Harald Spehl

1. Die gesetzliche Festlegung von Mindestlöhnen in Deutschland ist ein wesentlicher Schritt zur Sicherung eines Mindesteinkommens für die Menschen, die in abhängigen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten.

2. Ein Mindestlohn von 8.50 € /Stunde, d.h. bei einer 40-Stunden-Woche ein Bruttoeinkommen von 1.360 € /Monat ist aktuell ein sinnvoller Wert. Vorliegende empirische Untersuchungen stützen die Erwartung, dass keine nennenswerten Arbeitsplatzverluste zu erwarten sind.

3. Auch nach Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns bleiben viele Probleme der sozialen Sicherung ungelöst, z.B.:

- Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung werden auf dieser Grundlage sehr gering sein.
- Die Ausrichtung der sozialen Sicherung auf die Erwerbsarbeit bleibt bestehen.
- Gering verdienende Selbständige sind nicht einbezogen.

4. Die grundsätzliche Problematik, dass Arbeitsentgelte an „Arbeitsmärkten“ von Angebot und Nachfrage bestimmt sind bzw. zwischen „Arbeitgebern“ und „Arbeitnehmern“ aushandelt werden und von den Unternehmen als Kosten betrachtet werden, wird durch die Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen nicht gelöst. Erforderlich wäre, den „Arbeitsmarkt“ als „Scheinmarkt“ (Udo Herrmannstorfer) zu erkennen und zu einer Ertragsteilung überzugehen.

5. Die Ausrichtung der Gesellschaft auf die Erwerbsarbeit und die Marktorientierung der Wirtschaft ändern sich durch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns nicht. Es bedarf grundlegender Änderungen, die mit den Stichworten:

- Trennung von Arbeit und Einkommen
- Übergang zu einer kooperativen bzw. assoziativen Wirtschaft
- Veränderung der Eigentumsverhältnisse von Boden und Produktionsmitteln

nur kurz charakterisiert werden können und einer umfangreicheren Darstellung bedürfen.

6. Das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) ist grundsätzlich der richtige Weg, um das Menschenrecht auf soziale Teilhabe an der Gesellschaft, unabhängig von der Erwerbsarbeit, zu sichern.

Zu seiner Ausgestaltung liegen vielfältige, z.T. kontroverse Vorschläge vor, die der Prüfung und Entscheidung bedürfen (Kreis der Berechtigten, Höhe des BGE, Art der Finanzierung, Bedeutung der sozialen Infrastruktur u.a.m).

7. Ein wesentliches Hindernis für den Übergang vom historisch gewachsenen System der Sozialen Sicherung zu einem BGE ist, neben grundsätzlichen Einwänden (Finanzierbarkeit, individuelle, soziale und ökonomische Wirkungen), die Angst vor den Risiken einer schlagartigen Umstellung. In einem gesonderten Papier wird daher ein Vorschlag gemacht, mit einem BGE für Kinder zu beginnen.

(Harald Spehl ist emeritierter Prof. für Volkswirtschaftslehre an der Uni Trier und Vorstandsmitglied des Instituts für soziale Gegenwartsfragen in Stuttgart. Er lebt in Mainz, haraldspehl@freenet.de)

Bedingungsloses Grundeinkommen und Mindestlohn:¹

Gemeinsames und Gegenläufiges

Sascha Liebermann

1. Das Bedingungslose Grundeinkommen und der Mindestlohn zielen auf etwas Gemeinsames, ein Mindesteinkommen, folgen aber dennoch normativ gegenläufigen Zwecken.

2. Das Bedingungslose Grundeinkommen richtet sich an den Einzelnen als tatsächlichen (Staatsbürger) oder möglichen Angehörigen eines Gemeinwesens, es setzt einen Status voraus.

3. Der Mindestlohn richtet sich an Erwerbstätige, er setzt ein bestimmtes Leistungsverhältnis voraus.

4. Das Bedingungslose Grundeinkommen stärkt den Einzelnen, was auch immer er tut.

¹ Nachfolgende Thesen beziehen sich stets auf einen Mindestlohn, der gesetzlich geregelt wäre und nicht Mindesteinkommensvereinbarungen, die sich z.B. auf betrieblicher Art langfristig einspielen könnten, weil die Mitarbeiter sie für sinnvoll und wichtig erachten.

5. Der Mindestlohn stärkt den Einzelnen, wenn er erwerbstätig ist.

6. Das Bedingungslose Grundeinkommen egalisiert heute normativ hierarchisierte Tätigkeitsformen und -felder, ohne ihre Unterschiede aufzugeben. Sie erhalten den gleichen Rang.

7. Der Mindestlohn behält die normative Hierarchie zwischen Erwerbstätigkeit und anderen Tätigkeitsformen und -feldern bei.

8. Das Bedingungslose Grundeinkommen anerkennt den Einzelnen und das Gemeinwesen als Zweck um ihrer selbst willen.

9. Der Mindestlohn betrachtet den Einzelnen als Zweck für anderes.

10. Das Bedingungslose Grundeinkommen verschafft Verhandlungsmacht, das bleibt nicht ohne Folgen für alle Tätigkeitsformen und -felder.

11. Der Mindestlohn verschafft keine Verhandlungsmacht.

12. Werden Bedingungsloses Grundeinkommen und Mindestlohn gemeinsam angestrebt, wird die normative Hierarchie zwischen Erwerbstätigkeit und Nicht-Erwerbstätigkeit fortgeführt: Erwerbstätige werden doppelt abgesichert, Nicht-Erwerbstätige einfach. Das Ziel des Bedingungslosen Grundeinkommens wird konterkariert.

13. Der Mindestlohn, weil er an der normativen Vorrangstellung von Erwerbstätigkeit festhält, öffnet keine Tür zum Bedingungslosen Grundeinkommen, er versperrt sie eher.

(Sascha Liebermann ist Prof. für Soziologie an der Alanus Hochschule Alfter, sascha.liebermann@alanus.edu)

Fenster zu möglichen Welten?

Bemerkungen zum Mindestlohn¹

André Bleicher

1. Das Ausgangsproblem: Kommodifizierung der Arbeit

(1) Kommodifizierung der Arbeit findet auf zweierlei Weise statt: einerseits als Verdinglichung lebendiger Arbeit im Wertschöpfungsprozess und andererseits

als Reduktion des Menschen zur Ware im Zuge des Vermarktungsprozesses.

(2) Für Karl Marx sind die Fronten (allzu) klar: In der Sphäre der Zirkulation (also auf dem Markt) herrschen „Freiheit, Gleichheit und Bentham“, dort gibt es nur Käufer und Verkäufer und die „einzige Macht, die sie zusammen und in ein Verhältnis bringt, ist die ihres Eigennutzes...“ (Marx, MEW 23, 190). Somit konzentriert sich Marx bei der Analyse von Arbeitskämpfen auf den Widerstand gegen die maximale Vernetzung der Arbeit in der Produktion. Dort – so Marxens Analyse – wird es geradezu zwangsläufig zum Widerstand kommen, da Arbeiter ein vitales Interesse daran haben müssen, ihre Arbeitskraft zu erhalten, verfügen sie doch über keinerlei andere Einkommensquelle.

(3) Karl Polanyi und Rudolf Steiner (GA 23) hingegen bezeichnen Arbeitskraft – wie auch Boden und Kapital – als fiktive Waren, da sie nicht für den Markt produziert wurden. Ihre Behandlung als Waren führt notwendigerweise zu einer Umwandlung der Gesellschaft in ein Anhängsel der Ökonomie, was – ohne entsprechende Gegenmaßnahmen – zu einer Zerstörung der gesellschaftlichen Grundlagen führt.²

(4) Zu unterscheiden sind also zwei Formen der Kommodifizierung: Auf Arbeitsmärkten wird Arbeit zur Ware reduziert, in der Produktion wird diese Ware dann bewirtschaftet, d.h. ernetzt. Beide Formen der Kommodifizierung rufen Widerstand – Arbeitskämpfe – hervor. Beverly Silver nutzt diese Differenzierung in marx-typische und polanyische Arbeitskämpfe, um in ‚Forces of Labor‘ die Dynamik und Muster der Gegenbewegungen zu ordnen. Historisch sehr verkürzt kann konstatiert werden (Michael Burawoy), dass es den Gegenbewegungen im 19. (hier insbesondere den Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegungen) und im 20. Jahrhundert (zu nennen sind die letztlich auf staatlichem Handeln basierenden Gegenbewegungen des New Deals, der keynesianisch geprägten Sozialdemokratie, aber eben auch des Faschismus und Stalinismus) gelungen ist, sowohl der ersten als auch der zweiten „große Transformation“ Einhalt zu gebieten und sie zurückzuschlagen.

(5) Während Karl Polanyi davon ausging, dass die Gesellschaften mit der Katastrophe des zweiten Weltkrieges ihre Lektion gelernt hätten und die Kommodifizierung zu einem Ende gelangt sei, ist festzustellen, dass mit der neoliberalen Revolution eine erneute, dritte große Transformation ihren Siegeszug angetreten hat. Seitdem wächst die Sehnsucht nach neuen Gegenbewegungen. Beverly Silver bleibt in ihrer Suche nach einem neuen ‚product fix‘, i.e. einer erfolversprechenden neuen Gegenbewegung, zwar erstaunlich optimistisch, letztlich indes auch erfolglos. Michael Burawoy hingegen zeichnet mit unsicheren und vorläufigen Strichen ein pessimisti-

¹ Ich klammere in diesem Thesenpapier die Auseinandersetzung mit dem Grundeinkommen aus. Meine Position zum Grundeinkommen als Scheinlösung habe ich zuletzt auf der von EMES ausgerichteten Karl Polanyi Conference in Paris (15. 02.2012) vorgetragen: André Bleicher: The de-comodification of labor as a fallacy – The German basic income debate revisited.

² Polanyi und Steiner unterscheiden sich nicht hinsichtlich ihrer Aussage, wohl aber in ihrer Analyse: Während Polanyi methodisch ein historisch-empirisches Vorgehen wählt, greift der Essentialist Steiner zu einer organismisch-funktionale Analyse.

sches Bild, wonach es dem Kapitalismus gelungen sei, mittels intelligenter Kombinationen der jeweiligen Kommodifizierungsformen von Arbeit, Kapital und Natur, alle Gegenbewegungen nachhaltig ihrer Substanz zu berauben.

Kompromisslos pessimistisch im Sinne Burawoys wäre es indes auch, erst einmal zu untersuchen, weshalb sich die vormaligen ‚fixes‘ als weniger nachhaltig erwiesen haben, als zu hoffen gewesen wäre. Oder anders formuliert: Was waren die ‚Sollbruchstellen‘, die dazu führten, dass die ‚fixes‘ der Transformation nicht standhielten? Ursachen der unzureichenden ‚fixes‘:

(6) An erster Stelle zu nennen wäre ein verkürztes Verständnis der globalen Arbeitsteilung. Arbeitsteilung wird nicht begriffen als – so Hans Georg Schweppenhäuser – ‚struktureller Altruismus‘; gemeint ist damit eine globale Struktur der Wertschöpfung, die dazu führt, dass sich global alle erbrachten Leistungen wechselseitig bewerten. Mit der Entwicklung der globalen Arbeitsteilung hat die Entwicklung der arbeitspolitischen Organe nicht Schritt gehalten. Zwar hatten sowohl Genossenschafts- wie Gewerkschaftsbewegung Formen der Solidarität entwickelt. Diese haben sich jedoch als zu – im Wortsinne – borniert erwiesen, handelte es sich in der Regel doch um exklusive Solidarität, d.h. Solidarität die nur auf eine begrenzte Menge von Akteuren gerichtet war und alle anderen Akteure ausschließt. So exkludieren etwa Arbeitsplatzbesitzer Arbeitslose, Akteure des Zentrums die der Peripherie, Akteure produktiver Branchen diejenigen der weniger produktiven etc. Notwendig gewesen wäre jedoch eine inklusive Solidarität, die sich als nicht ausschließend definiert. Ansatzpunkte von Formen inklusiver Solidarität finden sich in der Idee des Gesamtarbeitsvertrages oder in der Idee eines Welttarifvertrages.

(7) Zweitens wurde der Widerspruch von Kapital und Arbeit in den vormaligen ‚fixes‘ immer nur befriedet – niemals jedoch gelöst. Wie Polanyi jedoch in der ‚Great Transformation‘ zeigte, bedarf eine Marktgesellschaft immer der Integration aller drei Faktormärkte. Soll das Problem der Kommodifizierung nachhaltig gelöst werden, so bedeutet das auch, dass Arbeit, Kapital und Natur aus der Marktform ausgegliedert werden müssen.

(8) Drittens ist das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft in den Fokus zu rücken. Staatliches Handeln erweist sich zunehmend als unfähig, gegenüber ökonomischen Dynamiken auf Augenhöhe zu kommen. Erste Versuche die Kommodifizierung zu bremsen treffen auf einen engagierten Lobbyismus, welcher Veränderungen blockiert. Daher ist nach Möglichkeiten souveränen staatlichen Handelns zu suchen.

2. Der Mindestlohn

(1) Mindestlöhne können entweder in Tarifverträgen vereinbart werden (üblicherweise gelten sie dann für die tarifvertraglich gebundenen Betriebe der jeweiligen Branche), sie können tarifvertraglich vereinbart

und allgemeinverbindlich erklärt werden und erlangen durch die Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Bundesarbeitsministers Gültigkeit für die gesamte Branche, oder aber es können branchenübergreifende Mindestlöhne festgelegt werden (vgl. Anhang).

(2) Aus den Erfahrungen anderer europäischer Länder lassen sich für die Umsetzung eines allgemeinen Mindestlohns folgende Grundprinzipien ableiten: Entgegen einer weitverbreiteten Vorstellung ist es in der Regel nicht einfach der Staat, der die Höhe des gesetzlichen Mindestlohns bestimmt. Die konkrete Festlegung und Anpassung erfolgt vielmehr in enger Kooperation mit Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden. Letztere werden über bi- und tripartistische Beratungsgremien in die Ausgestaltung der Mindestlohnpolitik institutionell eingebunden. Ein besonderer Ansatz wurde in Großbritannien entwickelt, wo eine drittelparitätisch aus Arbeitgebern, Gewerkschaften und Wissenschaft zusammengesetzte Low Pay Commission auf der Grundlage umfangreicher Studien jährlich Empfehlungen zur Erhöhung des Mindestlohns ausspricht.

(3) In zahlreichen europäischen Ländern gibt es außerdem Verfahrensregeln zur regelmäßigen Anpassung des gesetzlichen Mindestlohns. So haben einige Länder einen bestimmten Stichtag festgelegt, an welchem – meistens einmal pro Jahr – der Mindestlohn erhöht wird. In anderen Ländern finden sich zudem inhaltliche Kriterien für die Entwicklung des Mindestlohns. So wird z.B. in Belgien und Luxemburg der Mindestlohn regelmäßig an die Preissteigerungsraten angepasst, während in Frankreich und den Niederlanden darüber hinaus auch die durchschnittlichen allgemeinen Lohnzuwächse als Richtschnur für die Erhöhung des Mindestlohns dienen (Produktivitätswachstum).

(4) Ein branchenübergreifend festgelegter aber nationaler Mindestlohn hat die Funktion, im Arbeitsmarkt ein gesellschaftliches Einkommenslevel zu definieren, welches nicht unterschritten werden darf. Er wird üblicherweise in einem relationalen Verhältnis zum Medianlohn festgelegt. Damit leistet ein solcher Mindestlohn im neoklassischen Arbeitsmarkt zumindest eines: Er definiert eine Schranke, unter welche der Preis für Arbeit nicht sinken darf. Insofern findet eine partielle Dekommodifizierung statt.

(5) Dennoch bleibt die Dekommodifizierung unvollkommen:

- a) Arbeit bleibt Ware, lediglich der Preis der Ware kann – für ein bestimmtes Niveau – garantiert werden.
- b) Mindestlohn kann – wie Heinrich August Winkler kürzlich vorbrachte – zum Spielball der politischen Auseinandersetzung werden. Und der Mindestlohn ist nicht davor gefeit, sich im internationalen Wettbewerb in ein ‚race to the bottom‘-Spiel zu verwandeln. Kommt die nationale Wertschöpfung unter Druck, senkt man das Lohnniveau. Mindestlohn unterliegt vehement der Gefahr, erneut Gruppen exklusiver Solidarität zu begründen, die sich dann wechselseitig bekämpfen.
- c) Der Widerspruch Kapital-Arbeit wird nicht thematisiert.

Welche Ansatzpunkte bietet die Mindestlohndebatte, um wirkliche Dekommodifizierung zu erreichen?

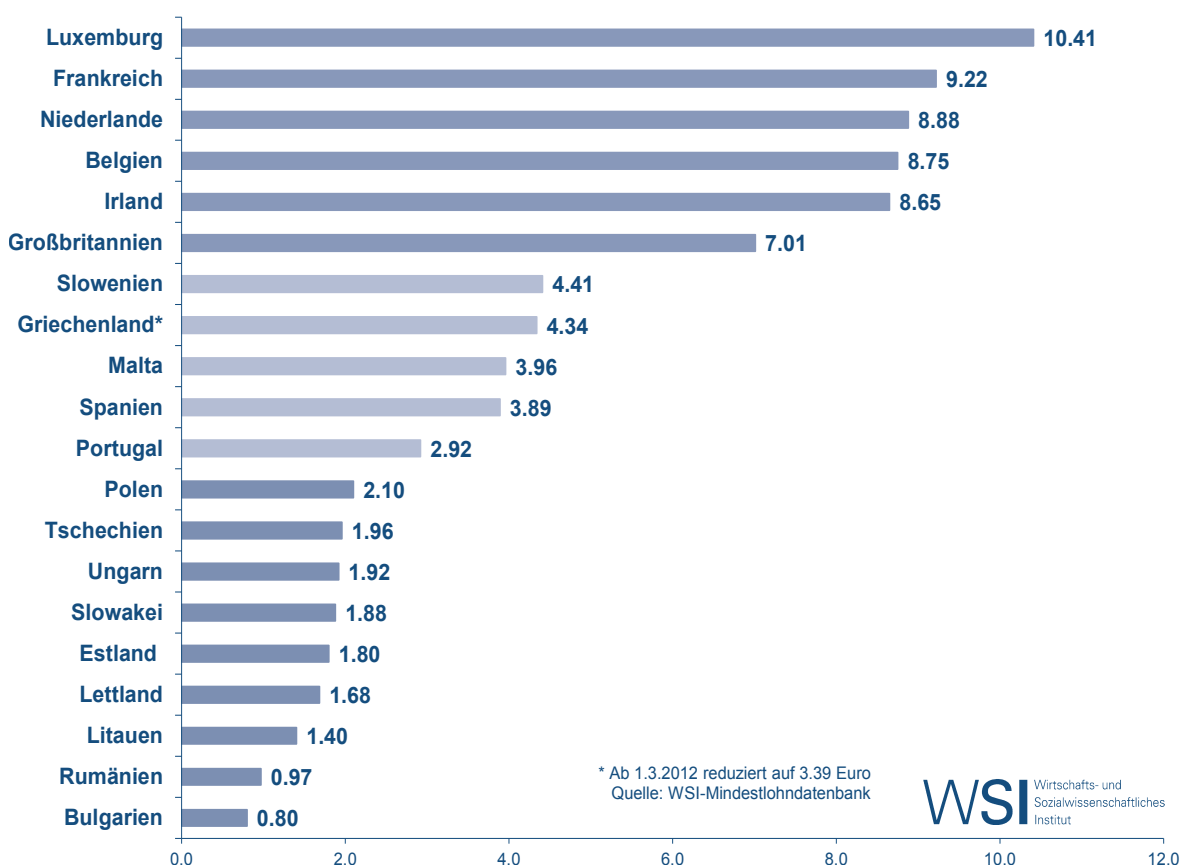
Es existiert ein Fall eines globalen Branchentarifvertrages, welcher starke Elemente inklusiver Solidarität enthält und überdies Ansätze bietet, Quotenverhältnisse im Sinne eines Gesamtarbeitsvertrages zu entwickeln. Diesen Tarifvertrag hat das ITF-Maritime Department mit den entsprechenden Arbeitgeberverbänden ausgehandelt. Ausgangspunkt war die verheerende Niederlage der nationalen Gewerkschaften in den 1980er Jahren gegenüber den unter Billigflagge fahrenden, alle Standards negierenden Reedern. Die Gewerkschaften zogen aus dieser Niederlage jedoch die richtigen Konsequenzen: Der Rahmen – so die Erkenntnis – für einen tarif- und organisationsstrategischen Neubeginn konnte nur die globale Ebene sein. Die Herausbildung einer Weltgewerkschaft für Seeleute vollzog sich in der Form eines Funktionswandels der Internationalen Transportarbeiterföderation ITF bzw. ihres Seeschiffahrtsbereichs. Zunächst klassischer Dachverband von 533 nationalen Verkehrsgewerkschaften aus den Bereichen Flugverkehr, Bahnverkehr, Touristik, Straßentransport, Häfen, Fischerei und Seeschifffahrt, modifizierte die ITF Zug um Zug ihr Maritime Department von einem Branchendachverband zu einer Weltbranchengewerkschaft für Seeschifffahrt.

Die neue gewerkschaftliche Organisation entsteht hier also nicht in Form eines aufwendigen und komplexen mergers mit Zielbestimmung, Zeitplan, Widersprüchen

und Interessenausgleichen sowie Gründungskongress, sondern in Form eines pragmatisch geprägten, durch konkrete Erfordernisse der Gewerkschaftsarbeit induzierten Prozesses, dessen Ergebnis jedoch alle Charakteristika einer Gewerkschaft kennzeichnet. Die ITF (Maritime Department) mit Sitz in London kennt neben zahlreichen mittelbaren Mitgliedschaften über ITF-Mitgliedsorganisationen zunehmend auch unmittelbare Mitgliedschaften von inzwischen 20.000 Seeleuten aus Ländern ohne Mitgliedsgewerkschaft; sie unterhält einen eigenen Apparat mit 120 Gewerkschaftssekretären, sogenannten ITF-Inspektoren zur Betreuung der Seeleute in den wichtigsten Häfen von 40 Ländern. Sie verfügt mit ihrem „fair-practise-Ausschuss“ über eine Welttarifkommission von Seeleuten und Hafenarbeitern und hat mit dem ITF-Vertrag einen globalen Flächentarifvertrag mit Mitteln des Arbeitskampfs (in Verbindung mit Boykottmaßnahmen von Hafenarbeitern) zu erkämpfen.

Als Gegengewicht zu der erstarkenden ITF sahen sich die Reeder gezwungen, einen internationalen Arbeitgeberverband zu gründen, die IMEC, mit der inzwischen der ITF-Vertrag als Welttarifvertrag für Seeleute, allerdings mit dem Erfordernis von Anwendungstarifverträgen (Reeder für Reeder) vereinbart werden konnte. Durch die Herstellung eines Organisationsrahmens, der wieder die gesamte Branche erfasst, können globale Standards definiert werden. Tarifpolitische Erfolge und steigende Mitgliederzahlen

Gesetzliche Mindestlöhne (pro Stunde, in EUR) im Januar 2012



in einer Gewerkschaftslandschaft, die ansonsten von dem Gegenteil geprägt ist, belegen die Richtigkeit dieses Ansatzes (vgl. Anhang).

Die Entwicklung der ITF zu einer globalen Gewerkschaft stellt einen Präzedenzfall dar, der dem oben genannten kompromisslosen Pessimismus eines Michael Burawoy standhält: Auch wenn in

der soziologischen Forschung umstritten ist, wie weit die inklusive Solidarität reicht, stellt der Tarifvertrag ein Moment inklusiver Solidarität dar – er zeigt: Dekommodifizierung von Arbeit ist möglich.

(**André Bleicher** lehrt als Professor an der Universität Biberach Strategische Unternehmensführung.)

APPENDIX (A) ITF Minimum Wage Scale for Crews on MOU's H SEA)

RANK	Scale	Basic Monthly (US\$)	Hourly OT Weekdays 1/135th monthly	Effective 1 January 2012				
				Sats & Suns and Public holidays 1/75th of monthly	Leave Pay	Consolidated Monthly pay inc. OT & Compensation for annual leave		Sat/Su n
						Total Monthly	W/day Overtime	
1. Master	2	2156	1384	2990	517	\$7,047	\$15.97	\$28.75
2. Chief Engineer	1.800	1940	1246	2691	466	\$6,342	\$14.37	\$25.87
Toolpusher	1.800	1940	1246	2691	466	\$6,342	\$14.37	\$25.87
3. Chief Navigating Officer	1.570	1692	1086	2347	406	\$5,532	\$12.54	\$22.57
Driller	1.570	1692	1086	2347	406	\$5,532	\$12.54	\$22.57
4. 2nd Navigating Officer	1.350	1455	934	2018	349	\$4,757	\$10.78	\$19.40
Medic / Safety Co-ord	1.350	1455	934	2018	349	\$4,757	\$10.78	\$19.40
DP Operator	1.350	1455	934	2018	349	\$4,757	\$10.78	\$19.40
5. 3rd Navigating Officer	1.275	1374	882	1906	330	\$4,493	\$10.18	\$18.33
6. 1st Engineer Officer	1.570	1692	1086	2347	406	\$5,532	\$12.54	\$22.57
Technical Supervisor	1.570	1692	1086	2347	406	\$5,532	\$12.54	\$22.57
7. 2nd Engineer Officer	1.350	1455	934	2018	349	\$4,757	\$10.78	\$19.40
Senior Technician	1.350	1455	934	2018	349	\$4,757	\$10.78	\$19.40
8. 3rd Engineer Officer	1.275	1374	882	1906	330	\$4,493	\$10.18	\$18.33
Technician, Hydraulic	1.275	1374	882	1906	330	\$4,493	\$10.18	\$18.33
Technician, Mechanical	1.275	1374	882	1906	330	\$4,493	\$10.18	\$18.33
Technician, Electrical	1.275	1374	882	1906	330	\$4,493	\$10.18	\$18.33
Subsea Equip Engineer	1.275	1374	882	1906	330	\$4,493	\$10.18	\$18.33
Assistant Driller	1.275	1374	882	1906	330	\$4,493	\$10.18	\$18.33
9. Radio Electron Officer	1.350	1455	934	2018	349	\$4,757	\$10.78	\$19.40
Elec. Engineer Officer	1.350	1455	934	2018	349	\$4,757	\$10.78	\$19.40
Chief Steward	1.350	1455	934	2018	349	\$4,757	\$10.78	\$19.40
10. Electrician	1.200	1294	830	1794	310	\$4,228	\$9.58	\$17.25
11. Derrickman	1.150	1240	796	1719	298	\$4,052	\$9.18	\$16.53
12. Bosun	1.120	1207	775	1674	290	\$3,946	\$8.94	\$16.10
AB/ Crane Operator	1.120	1207	775	1674	290	\$3,946	\$8.94	\$16.10
Deck Forman	1.120	1207	775	1674	290	\$3,946	\$8.94	\$16.10
Rig Supervisor	1.120	1207	775	1674	290	\$3,946	\$8.94	\$16.10
Welder	1.120	1207	775	1674	290	\$3,946	\$8.94	\$16.10
Carpenter / Plumber	1.120	1207	775	1674	290	\$3,946	\$8.94	\$16.10
Fitter / Mechanic	1.120	1207	775	1674	290	\$3,946	\$8.94	\$16.10
Chief Cook	1.120	1207	775	1674	290	\$3,946	\$8.94	\$16.10
Roughnecks	1.120	1207	775	1674	290	\$3,946	\$8.94	\$16.10
Storekeeper	1.120	1207	775	1674	290	\$3,946	\$8.94	\$16.10
13. Bosun's Mate	1.040	1121	720	1555	269	\$3,664	\$8.30	\$14.95
Quartermaster	1.040	1121	720	1555	269	\$3,664	\$8.30	\$14.95
Assistant Electrician	1.040	1121	720	1555	269	\$3,664	\$8.30	\$14.95
14. Able Seamen	1.000	1078	692	1495	259	\$3,524	\$7.99	\$14.37
Rigger	1.000	1078	692	1495	259	\$3,524	\$7.99	\$14.37
2nd Cook	1.000	1078	692	1495	259	\$3,524	\$7.99	\$14.37
Motorman/Oiler	1.000	1078	692	1495	259	\$3,524	\$7.99	\$14.37
15. Catering Service Pers*	0.744	802	515	1112	192	\$2,622	\$5.94	\$10.69
16. OS	0.744	802	515	1112	192	\$2,622	\$5.94	\$10.69
17. Junior Rating ***	0.599	646	415	895	155	\$2,111	\$4.78	\$8.61

* The consolidated monthly pay is calculated using the following formula:
Eg. Able Seamen:

Basic	1078	Overtime
OT Mon-Fri 86.66hrs* x Basic/135	692	7.99
OT Wk/end 104hrs** x Basic/75	1495	14.37
Annual paid leave 6 x basic/25	259	
Total Per Month	3524	
1 on 1 off leave sys = Cons *6/12	1762	
2 on 1 off leave sys = Cons *8/12**	2349	

Notes: * 86.66 hours represents 5 days x 4.33 wks/yr x 4 hrs/day

** 104 hrs represents 8 week-end days at 12 hours per day + 8hrs for public hol (ie. 8 PH's x 12 hrs/12 months = 8 hrs/month.)

Ausbruch aus dem Hamsterrad

Wege zu einer neuen Universitätskultur

Ingo Hoppe

Bologna hat aus den Universitäten Zertifizierungsanstalten gemacht. Der „Abschaffung des Geistes“ begegneten aufgebrachte Professoren und Demonstranten mit der Forderung nach „Freier Bildung für alle“. Denn eine Gesellschaft ohne Geist ist wie ein Flugzeug ohne Pilot – sie muss abstürzen.

Heiko Haumann, emeritierter Geschichtspräsident in Basel, strahlt menschliche Wärme aus. Die Säle waren voll, wenn er Vorlesungen hielt, auch die Stehplätze.¹ Doch er gehört zu einer selten gewordenen Sorte von Universitätsprofessoren. Solchen, bei denen man noch freie Hausarbeiten zu Themen schreiben konnte, die einen wirklich interessierten. Der Geist durfte noch atmen und eigene Wege gehen.

Seit der Hochschulreform wirkt Haumann wie viele seiner Kollegen resigniert: „Ich war von vornherein gegen die verordneten Neuerungen des Bologna-Prozesses, doch was nun eingetreten ist, ist schlimmer als alles, was ich erwartet habe.“² Die Freiheit von Lehre und Forschung wurde massiv eingeschränkt, soviel ist Konsens. „Die Mehrheit der Professoren des Historischen Seminars war gegen die neuen Reglementierungen; dennoch hat man sie über unsere Köpfe hinweg aufoktroziert, ohne jeden demokratischen Prozess – und das in der Schweiz, die doch so viel Wert auf direkte Demokratie von unten legt!“³

Haumann wundert sich, weshalb viele Professoren so wenig Courage zeigen, sich dem zu widersetzen, „obwohl Professoren doch kaum gekündigt werden können“.⁴ Was man aber offenbar schon kann, ist: sie mit bürokratischer Mehrarbeit unter Druck setzen. „Für den Mehraufwand hat man uns weitere Arbeitskräfte versprochen; keine von den Versprechungen wurde eingehalten; der gesamte Mehraufwand muss von uns getragen werden.“⁵ Viele buckeln seither eine 80-Stundenwoche. Zeit für innovative Projekte bleibe da kaum noch übrig, sagt Haumann. „Viele Professoren wiegen sich noch in der Illusion, frei zu sein – in Wirklichkeit sind wir überhaupt nicht frei, sondern fremdbestimmte Lohnabhängige wie viele andere auch.“⁶

1 Dies nicht an einer notorisch überfüllten Uni in Deutschland, sondern einer Schweizer Uni mit ausreichenden Platzverhältnissen.

2 Aus einem persönlichen Gespräch im August 2007 im historischen Seminar der Universität Basel.

3 Ebenda.

4 Ebenda.

5 Ebenda.

6 Ebenda.

Und die Studierenden?

Nicht viel besser ist es den Studierenden ergangen. Burnout, Depression, Geldnot und Prüfungsstress greifen um sich. Ein deutscher Student diagnostiziert „eine Art Lern-Bulimie. Man ballert sich irgendeinen Stoff rein und weiß nach zwei Tagen praktisch nichts mehr davon.“⁷ Prof. Bernhard Kempen, Präsident des Deutschen Hochschulverbands, sieht das ganz ähnlich: „Die Studierenden bewegen sich heute wirklich wie der Hamster im Laufrad, wie auf einer permanenten Hatz nach irgendwelchen Punkten, so genannten ECTS-Leistungspunkten, die sie brauchen, um am Ende das Studium zu absolvieren. Das hat mit dem, was wir uns unter wissenschaftlichen Studien vorstellen, herzlich wenig zu tun.“⁸

Herzlich wenig zu tun hat es auch mit dem, was sich einst Wilhelm von Humboldt darunter vorstellte. Der gefeierte Bildungsminister hatte den Startschuss für ein freiheitliches Universitätsverständnis gegeben, welches das deutsche Universitätsleben maßgebend beeinflusst hat. Dass die Bologna-Reform ein brutaler Schlag gegen die abendländische Bildungstradition ist, wurde mittlerweile in etlichen Publikationen ausgeführt. Geändert hat sich nichts.

Der Staat ist unfähig, klagt Prof. Julian Nida-Rümelin (Staatsminister a.D.), die offensichtlich gescheiterten Bologna-Reformen zu korrigieren. „Wenn Reformen, die gut gemeint [...] waren, jedenfalls überwiegend, ihre Ziele nicht erreichen, dann muss man das korrigieren. Und nicht lange drum herum reden und schönreden und Statistiken ... ‚fälschen‘ will ich nicht sagen, aber [...] sehr einseitig interpretieren, wie das jetzt über Jahre hinweg üblich war“⁹. – Mathias Brodkorb, Kultusminister Mecklenburg-Vorpommern, sieht das ähnlich: „Wenn man sich mit Kollegen, Wissenschaftsministern, unter vier Augen unterhält, sehen es viele, viele sehr kritisch. Aber es gibt kaum solche, die dann auch in der Öffentlichkeit sagen, das schaffen wir wieder ab oder das ist Unfug. – Man darf eines nicht vergessen: An diesem Projekt Bologna-Reform sind Tausende Menschen in diesem Land beteiligt, die das seit Jahren befördern und auch allen erklärt haben, das ist besser, als das, was wir hatten. Jetzt stellt sich heraus, das ist nicht so. Und diese vielen tausend Menschen müssen bereit sein zu sagen: Oh, wir haben uns geirrt, das war ein Fehler. [...] Und ich glaube, dieses Eingeständnis zu formulieren, fällt vielen nicht ganz leicht.“¹⁰

7 Ein Student in dem Dokumentarfilm: „Nullnummer statt Turbo-Abschluss: der Bachelor“, ein Filmbericht von Nikolaus Steiner, Isabel Schayani und Lena Brochhagen, ausgestrahlt am 26.04.2012 in der Sendung „Monitor“ im WDR1.

8 Bernhard Kempen in „Nullnummer statt Turbo-Abschluss“, a.a.O.

9 „Nullnummer statt Turbo-Abschluss“.

10 Ebenda.

Liegt ein Systemfehler vor?

Wenn erst „Tausende Menschen in diesem Land“ ein „Eingeständnis formulieren müssen“, bevor sich Professoren und Studenten sinnvoll verhalten dürfen, drängt sich die Frage nach einem Systemfehler auf. Gerade der Universitätsidee Humboldts würde ein weniger zentralistisches System selbstverwalteter Hochschulen viel mehr entsprechen. Das zeigt auch sein 1792 von der staatlichen Zensur verbotenes Buch „Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen“. Nach Joseph Beuys (seinerzeit Kunstprofessor in Düsseldorf), der als Postadresse „staatlich ruinierte Kunstakademie“ angab, liegen diese „Grenzen“ genau da, wo Bildung beginnt. Demokratie bedeutet hier also nicht, dass politische Regierungen (oder mit ihnen verfilzte Wirtschaftseliten) entscheiden, was in Universitäten gedacht werden darf, sondern dass sie die intellektuelle Selbstbestimmung des Einzelnen als Menschenrecht gewährleisten. „Die Freiheit von Lehre und Forschung ist von der Verfassung geschützt“¹¹ betonte im Frühjahr 2013 der „Zürcher Appell“, in dem 27 Professoren gegen den zunehmenden Einfluss der Ökonomie auf das Bildungswesen protestierten. Anlass war ein Sponsoring über 100 Millionen Franken zugunsten eines „UBS International Center of Economics in Society“ an der Uni Zürich.

Der Staat kann seine Aufgabe also nur dann *demokratisch* erfüllen, wenn er sich selbst (wie auch die Wirtschaft) zu begrenzen weiß. Die verfassungsmäßig verankerten Menschenrechte (insbesondere das Recht auf Entfaltung der Persönlichkeit) fordern eine Gewaltenteilung, durch die der Staat (ebenso die Ökonomie) einem selbstverwalteten freien Geistesleben gegenüber steht, dessen kulturelle Selbstbestimmung er respektieren muss. Beide Seiten brauchen und bedingen sich gegenseitig. Sie sind dergestalt miteinander verknüpft, dass die Aufhebung des einen diejenige des anderen nach sich zieht. Die Abschaffung der alten Universitätsfreiheit durch den Bologna-Prozess ist mithin als gesellschaftliche Demokratiekrise einzustufen, eine Gefahr für die aufgeklärte, freiheitliche Zivilisation als solche.

Es ist daher keineswegs schöngestige Träumerei, wenn man darauf hofft, dass künftig wieder freie, nicht staatlich reglementierte, wahre Universitäten im Sinne Humboldts entstehen, in denen eine freie Studiengestaltung wieder möglich wird.

Lernen aus Interesse

Seit 2002 versuchen in Frankfurt am Main Studierende genau das zu tun – wenn auch mehr mit Rücksicht auf linke Theoretiker wie Theodor W. Adorno, als im Gedenken an Humboldt. „Es entspricht der Kritischen Theorie Adornos, dass Studierende eine selbstverwaltete Unikultur schaffen“, findet auch der Frankfurter Piraten-Abgeordnete Martin Kliehm. Im Dezember 2003 besetzten Studierende

ein ausrangiertes Unigebäude, nannten es Institut für vergleichende Irrelevanz (IvI) und fingen an, ihre eigene Uni zu kreieren. Die Studierenden wehren sich gegen intellektuelle Bevormundung: „Die Unileitung will kritische Ansätze in Forschung und Lehre weiterhin zum Schweigen bringen“, schreiben sie in ihrem „Programm der ersten Gegen-Uni“, „Diese werden durch Positivismus und spezialisiertes Fachidiotentum ersetzt, während die Hirnforschung gleich den freien Willen ganz abzuschaffen sich anschickt. Die Reduktion der Subjekte auf Reiz-Reaktionsbündel nimmt ihnen nicht nur die Last der Verantwortung von den Schultern, sondern passt sich ein in die ‚totale Mobilmachung‘ (Bröckling) der Subjekte für flexibilisierte Produktionsformen und bestärkt das Bestehende.“¹²

Die IvI-Initianten kritisieren aber nicht nur, sondern versuchen auch, Alternativen aufzubauen: „Wir machen unsere Uni jetzt selbst, gebührenfrei, kritisch und offen für alle. [...] Wir laden alle Irrelevanten ein, das Programm aktiv mit zu gestalten. In selbst organisierten Seminaren, Veranstaltungen und Tutorien werden wir uns mit Themen beschäftigen, die nicht mehr in das offizielle Bild der neuen schönen Steinberg-Uni passen. [...] Wir wollen damit einen Raum schaffen, in dem es wieder möglich ist, alternative Wissenschaft zu betreiben, in dem wir ohne Ellenbogen, Leistungsdruck und Konkurrenzkampf voneinander lernen können. Keine Scheine, keine Noten – keine Zugangsbeschränkungen und keine Gebühren: So werden wir uns das kritische Wissen selbstbestimmt aneignen, das man uns im offiziellen Lehrbetrieb vorenthalten will.“¹³

Dem Humboldt'schen Universitätsideal stehen Studenten wie diese unendlich näher als die etablierten Universitätsleiter und Bildungsminister. Denn auch Humboldt forderte, dass es den Studierenden möglich sein müsse, ein „Studium unter eigener Leitung“¹⁴ durchzuführen und wandte sich daher ebenso wie diese gegen jede Form von Verschulung. Die Universität solle nicht (wie seit Bologna verstärkt der Fall) „nur eine höhere Schulklasse“ bilden, vielmehr sei „die Trennung der höheren Anstalt von der Schule [...] rein und fest zu erhalten.“¹⁵ Beim Übergang von der Schule zur Universität solle „das Verhältnis zwischen Lehrer und Schüler [...] durchaus ein anderes [werden] als vorher. Der erstere ist nicht für den letzteren, beide sind für die Wissenschaft da.“ „Einsamkeit und Freiheit“ sollten die in der Universität „vorwaltenden Principien“ sein, d.h. jeder Einzelne soll selbst entscheiden dürfen, was, wann, wie und mit wem er studieren, forschen oder lehren will.

Doch dagegen haben manche Einwände. Der Basler Unirektor Antonio Loprieno beispielsweise hat sich kürzlich, in Absetzung vom „Zürcher Appell“, öffentlich von Humboldts Bildungsidealen distanziert und

¹² www.copyriot.com/raumspiel/gegen-uni.htm

¹³ Ebenda.

¹⁴ Wilhelm von Humboldt, Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin, aus: W. Humboldt, Gesammelte Schriften (17 Bde), Berlin 1968, Bd 10.

¹⁵ Ebenda.

¹¹ www.zeit.de/2013/10/CH-Appell

einen erhöhten Einfluss der Konzerne befürwortet.¹⁶ Humboldt ist out.

Die Liste der Repressalien gegen freie Geister ist lang

Die Vergiftung des Sokrates, die Verbannung des Aristoteles, die Kreuzigung Christi, eine jahrhundertlange rigide Zensur talentierter Wissenschaftler und die Verbrennung zahlloser Andersdenkender als sogenannte „Ketzer“ summieren sich zu einer viele Bände füllende Historie der Schande. Postmodern setzt sich diese Aversion gegen freie Bildung durch die bürokratisierte staatlich-ökonomische Verwaltung und die Bevormundung des Bildungswesens fort, der auch Beuys zum Opfer fiel – fristlos entlassen, weil er Studenten ohne Numerus Clausus aufgenommen hatte und das auch weiterhin tun wollte. Die im Frühjahr 2013 vollzogene Räumung des Ivl-Instituts stellte eine weitere, öffentlich wahrgenommene Eisbergspitze dar. Als Brodkorb den Versuch wagte, in seinem Bundesland zum alten Diplom zurückzukehren, schlug die Bundeszentrale Alarm, „da sind hier Dinge passiert, von Bundesebene, Bundesvereinigung und sonst was, die versucht haben, hier die Abgeordneten zu gängeln oder ihnen vorzuschreiben, wie sie zu entscheiden haben, das war schon beispielhaft.“¹⁷

Alles in allem eine Bilanz, die das System „Staat steuert Bildung“ zumindest fragwürdig erscheinen lässt und dringend andere (Selbst-)Verwaltungs- und Finanzierungsmodelle ins Zentrum der Diskussion rücken sollte, die mit der akademischen Freiheit und Menschenwürde besser vereinbar sind (beispielsweise den Bildungsgutschein). Ein dritter Weg zwischen staatlichen und ökonomischen Machtansprüchen muss gefunden werden: eine dreigliederte Gesellschaft, in der sich ein „freies Geistesleben“ als unabhängiger und selbstverwalteter Organismus emanzipieren kann.

Schon Humboldt hatte betont, dass der Staat Wissenschaft keineswegs „bewirkt noch bewirken kann, ja, dass er vielmehr immer hinderlich ist, sobald er sich hineinmischt, dass die Sache an sich ohne ihn unendlich besser gehen würde“¹⁸, das Gleiche gilt für die Einmischung der Ökonomie. Jenes „unendlich Bessere“ aber ist „nichts anderes als das geistige Leben der Menschen“¹⁹ selbst: „Auch so [also auch ohne staatliche und ökonomische Institutionen] würde Einer für sich grübeln und sammeln, ein anderer sich mit Männern gleichen Alters verbinden, ein Dritter einen Kreis von Jüngern um sich versammeln.“²⁰

Es liegt an uns, „den Ausgang aus der Unmündigkeit“ zu benutzen und uns zu freien Universitäten zusammenzuschließen. Eigentlich gibt es sie ja schon, diese

Keimzellen „freier Akademien“. Sie müssen nur noch als solche erkannt und professioneller organisiert werden. Denn „auch so“ lesen und schreiben wir, veranstalten Kongresse, Seminare, Vorträge. – Et voilà, da ist sie doch schon: unsere wahre „freie Humboldt-Universität“!

Wir müssen die geistige Leitung der Wissenschaft und Kultur wieder da inthronisieren, von wo sie ursprünglich ausgegangen ist und wo ihre eigentliche Quelle entspringt: *in und zwischen uns!* Dann erst können wir mit Sokrates und Platon auf den Marktplatz gehen und mit Beuys in aller Bescheidenheit sagen: „Wo ich bin, ist Akademie“.

Die Freie Akademie – eine Initiative

Es gibt die Initiative, eine *Freie Akademie* aufzubauen, in der die Humboldt'schen Universitätsideale verwirklicht werden. Zentrales Ziel ist die Realisierung der individuellen Freiheit und Selbstbestimmung im Bildungswesen, weil nur so die Qualität von Wissenschaft und Kunst gewährleistet werden kann. Für dieses Anliegen wurde der *Verein für Freies Geistesleben (VFG)* gegründet. Staatliche und ökonomische Fremdbestimmung *zerstören* die wissenschaftliche und künstlerische (aber auch handwerklich-technische) Qualität. Das ließe sich z.B. an der Debatte über die Wirkung von Impfstoffen zeigen. Interessenten können sich gerne an folgende Adresse wenden:

Kontakt- und Spendenadresse: Verein für Freies Geistesleben VFG, c/o Ingo Hoppe, Neue Heimat 28, CH – 4143 Dornach, Tel.: 0041/ 0 / 61 / 701 56 33, Email: freieuniversitaet@gmx.ch | Freie Gemeinschaftsbank 4001 Basel, Kontonummer: 400 480.9, Clearing: 8392, Swiftcode: RAIFCH 22 XXX, Stichwort: „Humboldt“²¹

Ingo Hoppe

studierte Philosophie und Geschichte in Basel, ist Mitbegründer des „Vereins für Freies Geistesleben“ und engagiert sich für den Aufbau einer Freien Akademie im Sinne der Humboldt'schen Bildungsideale. Veröffentlichungen u.a.: Der freiheitliche Universitätsbegriff Wilhelm von Humboldts & die Abschaffung der alten Studierfreiheit 1998 bis 2010, 47 Seiten, broschiert, SFr. 8.– / € 6.50 (erhältlich bei www.comenius-antiquariat.com) | Wladimir Solowjew: Eine kurze Erzählung vom Antichrist. Eingeleitet und kommentiert von Ingo Hoppe, 2013 Stuttgart, Verlag Urachhaus, 181 S. gebunden, SFr. 24.50 / € 16.90

16 Nach „Der Sonntag“, Nr. 10; 10. März 2013.

17 „Nullnummer statt Turbo-Abschluss“.

18 Wilhelm von Humboldt, Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin, aus: W. Humboldt, Gesammelte Schriften (17 Bde), Berlin 1968, Bd 10.

19 Ebenda.

20 Ebenda.

21 Spenden können an den VFG unter dem Stichwort „Humboldt“ überwiesen werden. Die nach Schweizerischem Recht festgelegten Vereinsstatuten schreiben vor, dass die Spenden für die Realisierung der in dieser Broschüre dargestellten Universitätsideale eingesetzt werden müssen.

Die Cusanus Hochschule in Bernkastel-Kues

Idee und Konzept

Die Vision: der Mensch im Zentrum

Die Cusanus Hochschule stellt im Sinne ihres Namensgebers die intellektuelle und moralische Selbstbildung des Menschen in ihr Zentrum.

Diese Leitidee macht das Studium Generale zum Herzstück aller Studiengänge. Darin beschäftigen sich die Studierenden im Rahmen von europäischer Geistes- und Kulturgeschichte, Philosophie, Ethik, Literatur und Kunst mit grundlegenden Aspekten der Persönlichkeitsbildung in sozialer Gemeinschaft sowie mit gesellschaftlichen Fragen, um die besondere Rolle zwischenmenschlicher Begegnung für die ganzheitliche Entwicklung von Mensch und Gemeinschaft in den Blick zu nehmen. Im Studium zentraler Kulturströmungen der Europäischen Geistesgeschichte ergründet die Cusanus Hochschule die reiche Tradition abendländischen Denkens und macht sie für die Gestaltung der eigenen Biographie und des aktuellen gesellschaftlichen Lebens fruchtbar. Sie reflektiert Aufgaben, Grenzen und Möglichkeiten der spezifisch europäischen Geistes-, Wissenschafts- und Technikkultur.

Vor diesem Hintergrund werden die fachspezifischen Aspekte der Studienrichtungen erarbeitet. Die berufsbezogene Ausbildung ist in einen Prozess der Persönlichkeitsbildung in sozialer Verantwortung mit geistesgeschichtlich-interkulturellem Bewusstsein integriert: durch Bildung zu Ausbildung und Forschung.

Für die Cusanus Hochschule stellt das dialogische, fragende Denken die grundlegende Methodik für das Erkenntnisstreben dar, die Forschung und Lehre in der lebendigen Begegnung von Menschen in den Mittelpunkt rückt. Die Studierenden werden befähigt zu schöpferischer Gestaltung von Kultur, Gesellschaft, Politik und Wirtschaft.

Die Kernidee: regional verankert, praxisnah in der Lehre, international in der Forschung

Die Cusanus Hochschule versteht die Akademisierung von Ausbildungsberufen als Chance, die Beziehung von Theorie und Praxis neu zu greifen. Wissenschaftliche Reflexion soll bis in alltägliche Situationen hinein zu einer vertieften sozialen Teilhabe am gesellschaftlichen Geschehen befähigen.

Die BA Studiengänge werden in enger Kooperation mit Fachschulen und Berufsfach- und -oberschulen der Region sowie Praxispartnern entwickelt. Die

innovative Abstimmung der Curricula führt zu einer neuen kohärenten Form einer Bildungsbiographie und ermöglicht zudem durch eine Anerkennung von Leistungen eine deutliche Studienzeitverkürzung ohne inhaltliche oder methodische Verluste. Die Praxisanbindung wird gefördert durch die Zusammenarbeit mit der regionalen Wirtschaft und die Möglichkeit, Studiengänge berufsbegleitend und unter bestimmten Voraussetzungen auch ohne Abitur zu absolvieren. Dieses Konzept ermöglicht jungen Menschen aus der Region sich in der Region zu bilden.

Die regionale Ebene ist eingebunden in ein nationales und internationales Wissenschaftsnetzwerk, das Austausch in Praktikum und Studium ermöglicht und den Anschluss an die fachbezogene Forschung weltweit hat. MA-Studiengänge auch in überregionaler und internationaler Kooperation lassen die Studierenden an dem Netzwerk teilhaben.

Die Umsetzung: Therapiewissenschaften und Geisteswissenschaften

An der Cusanus Hochschule werden die Fachbereiche Therapie- und Pflegewissenschaften sowie Geisteswissenschaften entwickelt. Innerhalb der Geisteswissenschaften ist die Ökonomie angesiedelt, deren Konzept ausgehend vom Menschen ethisch verantwortet neu gegriffen wird. Alle Studiengänge sind im Studium Generale miteinander verbunden.

Folgende Studiengänge wird die Cusanus Hochschule mit einem in Deutschland einmaligen Profil anbieten:

In den Therapie- und Pflegewissenschaften wird der berufsbegleitende BA-Studiengang Therapiewissenschaft mit möglichen Schwerpunkten in Physio-, Ergo- und Logotherapie sowie im komplementär-medizinischen Bereich eröffnet. In den Geisteswissenschaften sind der berufsbegleitende BA Wirtschafts- und Sozialgestaltung und der MA Philosophie und Wirtschaft angesiedelt.

Weitere Studiengänge in Planung sind in den Therapie- und Pflegewissenschaften: Pflegewissenschaften (BA), Therapie-/Pflegewissenschaften (MA). Im Fachbereich Geisteswissenschaften wird weiterhin ein internationaler Masterstudiengang in Philosophie entwickelt: „Konzepte von Spiritualität“ (gemeinsam mit dem Titus Brandsma Instituut an der Universität Nijmegen).

Weitere Studiengänge und Zertifikate, auch im akademischen Fort- und Weiterbildungsbereich, befinden sich in Entwicklung.

Akademischer Hintergrund

Die Cusanus Hochschule baut auf der Arbeit und dem Wissenschaftsnetzwerk der Kueser Akademie für Europäische Geistesgeschichte auf (gegründet 2009). Die Akademie umfasst mehr als hundert

zumeist wissenschaftliche Mitglieder aus Europa, Nord- und Südamerika sowie Japan.

An ihr ist eine gemeinsame Forschungseinrichtung der Universitäten von Mainz, Oldenburg, Trier und der Alanus Hochschule Alfter eingerichtet. Sie gibt eigene wissenschaftliche Schriftenreihen heraus und verantwortet zudem die wissenschaftliche Zeitschrift „Coincidentia. Zeitschrift für Europäische Geistesgeschichte“. Sie beherbergt internationale Gasforscher.

Sie hat Forschungsschwerpunkte, die denjenigen der Hochschule entsprechen; sie veranstaltet wissenschaftliche Tagungen und führt Forschungsprojekte durch.

Ansprechpartner

Koordiniert wird die Initiative von Ulf Hangert (Verbandsbürgermeister von Bernkastel-Kues) und Wolfgang Port (Stadtbürgermeister von Bernkastel-Kues) sowie Alexander Licht, MdL, (Vorsitzender der Kueser Akademie für Europäische Geistesgeschichte).

Die akademische Leitung liegt bei der Kueser Akademie für Europäische Geistesgeschichte, namentlich bei Prof. Dr. Henrieke Stahl und Prof. Dr. Harald Schwaetzer. Studiengangspezifische Ansprechpartner sind: Karin Fass (BA Therapiewissenschaft), Prof. Dr. Harald Spehl (BA Wirtschafts- und Sozialgestaltung) und Prof. Dr. Silja Graupe (MA Philosophie und Wirtschaft).

Aus der Region für die Region, aber international

Die Cusanus Hochschule entsteht als gemeinsame Initiative von Menschen und Institutionen aus der Region Bernkastel-Kues-Wittlich.

Sie bietet ein innovatives Hochschulkonzept für akademische Ausbildungen in der Region. Die Cusanus Hochschule wird eine Hochschule neuen Typs sein, welche die Brücke zwischen Praxis, Beruf und Forschung sowie zwischen akademischer Fachwelt und gesellschaftlichem Leben schlägt. Sie leistet einen entscheidenden Beitrag zur Zukunftsfähigkeit regionaler Ausbildung und zur Gestaltung von Kultur und Gesellschaft.

Die Forschung soll durch die Einrichtung auch von An-Instituten in internationaler Kooperation gefördert werden. Hierzu zählt u.a. ein Sprachenzentrum, das auch die Kulturen Asiens und Osteuropas für Forschung und Lehre erschließt.

Der Bereich der Therapie- und Pflegewissenschaften, die in der Forschung bisher aufgrund der Anwendungsorientierung zu wenig beachtet wurden, muss als Forschungsneuland in inhaltlicher, methodischer und auch infrastruktureller Hinsicht erschlossen werden. Auch die Ökonomie bedarf angesichts einer zunehmenden Uniformität der Ausbildung und Ein-

seitigkeit in Theorie und Methode einer grundlegenden Neugestaltung, da sie den Herausforderungen der aktuellen Gestaltung der Wirtschaft nicht mehr entspricht.

Der Aufbau der Cusanus Hochschule sowie die Akkreditierung der Studiengänge wird vom Wissenschaftsministerium Rheinland-Pfalz begleitet. Der Start der ersten drei Studiengänge ist für das WS 2014/15 vorgesehen.

Finanzierung

Als nicht-staatliche Hochschule muss sich die Cusanus Hochschule vollständig selbst finanzieren. Ihr Finanzkonzept setzt auf Spenden, Stiftungen, institutionelle Kooperationen und Partnerschaften, Stipendien sowie auf moderate Studiengebühren.

Quelle: Flyer der Cusanus-Hochschulinitiative. Vgl. auch www.volksfreund.de/nachrichten/region/mosel/aktuell/Heute-in-der-Mosel-Zeitung-Eine-Hochschule-fuer-Bernkastel-Kues;art671,3561342

Syrien

Bomben schaffen keinen Frieden. Keine europäische Beteiligung an einem Syrienkrieg!

Der folgende Aufruf von Attac Deutschland ist vor den neuen diplomatischen Initiativen verfasst worden, bleibt aber in weiten Passagen aktuell und wird deshalb hier dokumentiert.

Das angekündigte militärische Eingreifen der USA, Frankreichs und weiterer Staaten wird zu einer weiteren Eskalation der Gewalt in Syrien führen. Es ist eine Illusion zu glauben, dass Bomben das Leiden der Menschen verringern oder die Lösung des Konflikts beschleunigen. Im Gegenteil werden die drohenden Luftangriffe noch mehr Opfer fordern und eine politische Lösung erschweren.

Attac Deutschland sagt deshalb Nein zum Krieg gegen Syrien. Für Syrien kann es nur eine politische Lösung geben.

Weltweit herrschen Trauer und Entsetzen über den Giftgas-Anschlag in Syrien. Dieses Kriegsverbrechen mit geächteten Waffen, durch das Hunderte von To-

ten, Tausende von Verletzten zu beklagen sind, muss sofort aufgeklärt werden. Die Schuldigen gehören vor den Internationalen Gerichtshof.

Der Giftgas-Anschlag ist entsetzlicher Ausdruck einer massiven Brutalisierung und Militarisierung des syrischen Aufstands, die von vielen Seiten betrieben wird – so vom syrischen Regime, konservativen Golfstaaten, djihadistischen Akteuren und von Staaten, die die Rebellion für ihre regionalen und globalen Machtinteressen instrumentalisieren.

Der syrische Krieg begann als Aufstand gegen ein extrem repressives, auf Unterdrückung bauendes Regime, das die syrische Gesellschaft sozial spaltet, indem es die Wirtschaft dereguliert, das Sozialsystem abbaut und die ländliche Entwicklung vernachlässigt. Die in mehreren Regionen Syriens sich entwickelnden emanzipatorischen Ansätze geraten zwischen die Mühlsteine der Militarisierung.

Attac fordert die Bundesregierung auf, jede direkte und indirekte Kriegshilfe zu verweigern und sich aktiv für Friedensverhandlungen unter Einbeziehung aller Kräfte der Region einzusetzen.

Die Bundesregierung soll darüber hinaus unmissverständlich darauf drängen, dass sich kein EU-Mitgliedsstaat an der drohenden militärischen Intervention beteiligt. Eine taktische Verweigerung von Unterschriften reicht in keiner Weise.

Waffenlieferungen an die syrischen Kriegsparteien müssen international verboten werden. Das gilt auch für die zynische Eskalation des syrischen Krieges durch deutsche Waffenexporte nach Saudi Arabien und in andere Golfstaaten.

Und Schluss mit der Abschottungspolitik! Europa muss jetzt seine Grenzen für alle Flüchtlinge aus Syrien öffnen und Deutschland muss viel mehr Flüchtlinge aufnehmen.

Attac unterstützt die Proteste der Friedensbewegung. Wie viel die Friedensbewegung erreichen kann, hat die „Stop the War Coalition“ in Großbritannien gerade gezeigt.

Die syrische Bevölkerung braucht keine Bomben. Sie braucht Lebensmittel, Medikamente, Flüchtlingshilfe und die Unterstützung der – trotz des brutalen Krieges – bestehenden emanzipatorischen Ansätze der Zivilgesellschaft. Vor allem braucht sie einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen. Bomben schaffen keinen Frieden.

(<http://www.attac.de/startseite/detailansicht/datum/2013/08/30/keine-militaerische-intervention-in-syrien/>)

Notfallpädagogische Arbeit mit syrischen Flüchtlingen im Libanon

Seit dem 2. August 2013 befindet sich ein notfallpädagogisches Team der „Freunde der Erziehungskunst Rudolf Steiners e.V.“ unter der Leitung von Bernd Ruf zur Unterstützung syrischer Flüchtlinge im Libanon. Im Flüchtlingslager Shatila, Beirut, bieten die Mitarbeiter ein Programm für vom Bürgerkrieg betroffene Kinder an. Gleichzeitig veranstalten sie notfallpädagogische Weiterbildungen für syrische und libanesische NROs.

Viele Kinder in Shatila sind schockstarr und bedürfen dringend der Hilfe, um die Folgen des Traumas abzumildern. Die Lebensbedingungen im Flüchtlingscamp erschweren ihre Situation zusätzlich durch beengte Verhältnisse. Teilweise leben 12 Personen in einem kleinen verdunkelten Zimmer. Die erwachsenen Bezugspersonen der Kinder sind meist selbst vom Bürgerkrieg gezeichnet, viele sind apathisch und in hohem Maße traumatisiert. Die Arbeit mit Flüchtlingskindern vor Ort umfasst u.a. erlebnispädagogische und kunsttherapeutische Workshops. Sie finden in Kooperation mit Kinderschutzzentren der NRO „Nazma – Learning and Ressource Centre“ in Shatila statt. Die Kinder nehmen das Programm freudig an – mit 80 Teilnehmern verzeichnet es einen regen Zulauf.

Parallel zum Programm für Kinder erfolgt mit Unterstützung der libanesischen NGO „National Institute for Social Care and Vocational Training (Beit Afal Assumoud)“ eine Schulung pädagogisch tätiger Personen. Sie dient der Nachhaltigkeit des notfallpädagogischen Einsatzes. Dabei werden 40 Pädagogen weitergebildet, die u.a. in Syrien für Hilfsorganisationen aktiv sind. Insbesondere mit den Organisationen „Syrian Society for Social Development“ und der heilpädagogischen „Jürgen Wahn Stiftung e.V.“ besteht hier eine enge Zusammenarbeit. Die Mitarbeiter der Organisationen nehmen das Weiterbildungsangebot der „Freunde der Erziehungskunst“ mit großem Engagement an. Aufgrund der schlechten Reisebedingungen im Libanon können keine weiteren Interessenten das Angebot wahrnehmen. Die bisherigen Ergebnisse der traumapädagogischen Arbeit mit Kindern und der Weiterbildung von Erwachsenen sind für das notfallpädagogische Team dennoch sehr zufriedenstellend.

Über ein längerfristig geplantes Engagement der Notfallpädagogik in Syrien finden derzeit Gespräche mit den NROs „SSSD“ (s.o.) und „Syrian League for Citizenship“ statt. Über die bestehenden Kontakte sind letztendlich notfallpädagogische Einsätze in Damaskus, Homs und Hama geplant, um auch dort betroffene Kinder zu erreichen. „Wir wollen mit dem jetzigen Aufenthalt auch einen Grundstein für weiteres Engagement in der Region legen“, sagt Holger Jung, der den Einsatz koordiniert.

Die Freunde der Erziehungskunst Rudolf Steiners e.V. fördern weltweit Initiativen eines freien Bildungswesens. Seit 1971 setzen sie sich für die Waldorfpädagogik und für Freiheit im Bildungswesen ein. Seit 1993 organisiert und betreut das Büro in Karlsruhe internationale Freiwilligendienste in aller Welt. Seit Sommer 2011 können Interessierte über den Verein auch einen 12-monatigen Freiwilligendienst in anthroposophischen Einrichtungen in Deutschland leisten.

Seit 2006 sind die Freunde der Erziehungskunst im Bereich „Notfallpädagogik“ tätig. In Folge von kriegerischen Auseinandersetzungen und Naturkatastrophen arbeiteten sie bislang mit psychotraumatisierten Kindern und Jugendlichen im Libanon (2006), China (2008 und 2013), Gaza (2009 - 2013), Indonesien (2009), Haiti (2010), Kirgisistan (2010), Japan (2011) und Kenia (2012 - 2013).

Die Freunde der Erziehungskunst Rudolf Steiners e.V. sind Mitglied im Bündnis Aktion Deutschland Hilft, dem Zusammenschluss renommierter deutscher Hilfsorganisationen, die im Katastrophenfall ihre Kräfte bündeln, um gemeinsam schnelle und effektive Hilfe zu leisten.

Quelle: Pressemitteilung der Freunde der Erziehungskunst, Neisser Str. 10, 76139 Karlsruhe, www.freunde-waldorf.de, notfallpaedagogik@freunde-waldorf.de, Kontakt: s.ludwig@freunde-waldorf.de

Versuch, einen Betrag zur Überwindung der Geldherrschaft zu erarbeiten

Kurzbericht über ein Geld-Fachgespräch vom 14. bis 19. August 2013 in Achberg

Herbert Schliffka

Dem Bericht vorangestellt sei, was Rudolf Steiner am 19. Oktober 1919 in Dornach sagte:

„Der Bankier wurde der Herrschende [...] Es ist sehr wichtig, diese Verhältnisse zu durchschauen, [...] Und man kann nicht die öffentlichen Angelegenheiten der zivilisierten Welt in der neuesten Zeit verstehen, wenn man nicht in ihnen eine Geschichte der Herrschaft des Bankierwesens sieht.“ Zunächst war der individuelle „Träger des Geldes der Herrschende; dann aber verwandelte sich dieses Herrscherprinzip so, dass das Geld als solches herrschend wurde. [...] Damit aber ist die menschliche Entwicklung angelangt an einem Extrem, an einem Äußersten. Denn sobald das Geld als solches herrscht, sobald das Geld der eigentlich treibende Motor ist, ist die Zeit erfüllt, in der abgelöst werden muss, ich möchte sagen, die bloße bare Ziffer im Gelde durch Realitäten [...] Und das, was durch die Dreigliederung als soziales Verständnis gefordert werden soll, das ist dasjenige, was sich unmittelbar anschließen muss an die Herrschaft des allerabstraktesten Wirtschaftlichen, des Geldes. Denn so dunkel, so dämmerig das

soziale Verständnis, wie ich geschildert habe, unter den Menschen lebt, so hell muß es eigentlich werden.“ (GA 191, 9. Vortrag)

Die zahlreichen Teilnehmer zeigten reges Interesse an den Gesprächen für eine Neugestaltung des Geld- und Bankensystems, die während der Tagung vom 14. bis 19. August 2013 in Achberg begonnen wurden.

Leitstern für dieses vom Internationalen Kulturzentrum Achberg e.V. (INKA) veranstaltete Geld-Fachgespräch war das Bemühen, eine Begegnung von sach- und fachkundigen Menschen zu ermöglichen, die sich seit langem mit dem Geldwesen im Zusammenhang mit der Idee der Dreigliederung des sozialen Organismus befasst haben.

Ausgangspunkt für dieses Geld-Fachgespräch war die „Elementarlehre“ von Wilhelm Schmudt, in der er den sozialen Organismus als „Wirtschaftsorganismus“ (R. Steiner am 24.7.1922 in GA 340) und das Geld als Vermittler von Rechtsvorgängen zeitgemäß beschrieb. Das Ziel dieses und folgender Geld-Fachgespräch ist, genügend Gehör und Akzeptanz in der (zivilgesellschaftlichen) Öffentlichkeit für solche Gestaltungs-Schritte zu finden, die zu einem funktional gegliederten Geld- und Bankwesen hinführen können, das demokratisch legitimiert zu einem sozial gerecht dienenden Organ werden kann. Ein kommunikativer Prozess soll initiiert werden, der dazu beitragen soll, die Herrschaft des Geldes über das gesellschaftliche Zusammenleben der Menschen zu überwinden, indem die Menschen in Freiheit das Geld- und Bankwesen begreifen und demokratisch neu gestalten.

Diese Begegnung wurde hauptsächlich von Daniel Schily und Gerhard Schuster vorbereitet, u.a. waren auch folgende Mitwirkende mit ihren Beiträgen beteiligt: Jochen Abeling, Michael Bader, Christoph Klipstein, Ulrich Rösch, Johannes Stüttgen und Harald Wutte.

Daniel Schily und Gerhard Schuster werden auch in Zukunft gemeinsam die Vorbereitung von weiteren Geld-Fachgesprächen koordinieren. (Infos dazu: <http://www.kulturzentrum-achberg.de/>)

Am 16.8. 2013 war ein Forschungskolloquium zur „Aufgabe der Deutschen“ in den Tagungsverlauf eingefügt worden, unter der Leitung von Rainer Rappmann. Veranstalter waren die Vereine „Soziale Skulptur“ e.V. und INKA e.V. J. Stüttgen verknüpfte in seinem Beitrag das Thema des Kolloquiums mit dem Geldthema und beschrieb den forschenden Umgang mit der Geldfrage als unsere Aufgabe im „Konzert der europäischen Staaten“. (www.kulturzentrum-achberg.de/tagung/forschungskolloquium-deutsche-identitaet/)

Massenproteste in Ägypten und Brasilien: Wahlen und Referenden geben keine hinreichende demokratische Legitimation

Herbert Schilffka

Die Massenproteste in Ägypten, Brasilien und anderswo zeigen, dass Wahlen und regierungsmittelierte Referenden die Kluft zwischen den gewählten Repräsentanten und den repräsentierten Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern, die als Gesamtbürgerschaft („Volk“) der politische Souverän in einem demokratisch verfassten Staatsgebilde sind, nicht immer überwinden kann.

Das hat Ursachen, die durch die Verwirklichung einer komplementären Demokratie minimiert werden können. Komplementäre Demokratie bedeutet: außerparlamentarisch initiierte, dreistufige Volksgesetzgebung plus der bestehenden parlamentarischen Gesetzgebung.

Die zivilgesellschaftlich organisierten, revolutionsartigen Massenunruhen in Ägypten, oder die Reformen erzwingenden Massenproteste in Brasilien und anderswo zeigen uns eindeutig:

Wahlen alleine legitimieren keine parlamentarischen Einzelentscheidungen!

Auch Referenden, die von Institutionen initiiert werden, die politische Macht ausüben, wie Präsidenten, Regierungen und Parlamentsmehrheiten, dienen oft einer zusätzlichen Manipulation der Machtunterworfenen. Sie geben den politischen Einzelentscheidungen dieser Institutionen jedoch keine hinreichende demokratische Legitimation, weil keine außerparlamentarische Gesetzesinitiative ergriffen und zur Volksabstimmung geführt werden kann.

In einer komplementären Demokratie legitimiert alleine schon die Möglichkeit, dass ein Volksgesetzgebungsverfahren in drei Schritten jederzeit außerparlamentarisch initiiert werden kann, die einzelnen parlamentarischen Entscheidungen – auch wenn keine Volksabstimmung erfolgreich initiiert wird. Alle Parlamentsentscheidungen sind deshalb demokratisch hinreichend legitimiert, weil jede/r Stimmberechtigte die Möglichkeit hätte, eine Initiative zu ergreifen, um ein Volksgesetzgebungsverfahren oder ein fakultativeres Referendum zu initiieren.

Ägypten zeigt, wie fragwürdig es ist, zu behaupten, dass die einzelnen Entscheidungen des demokratisch gewählten Parlamentes und des Präsidenten die Zustimmung der Mehrheit der wahlberechtigten Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern hat.

Wenn die Gesamtbürgerschaft nicht über die einzelnen Gesetze, die das Leben der Menschen einer Rechtsgemeinschaft regeln, selbst entscheiden können, falls genügend viele StaatsbürgerInnen das so wollen, dann ist die Demokratie nicht auf der Höhe der Zeit verwirklicht.

Das gilt besonders für die Verfassung eines Staates. In Ägypten wurde eine Verfassung, die die Rechte der politischen, religiösen und kulturellen Minderheiten nicht genügend berücksichtigt, von Vertretern der islamistischen Mehrheit im Schnellverfahren ausgearbeitet und dem Volk von den Machtausübenden in einem Referendum zur Entscheidung vorgelegt. Man konnte sie nur insgesamt annehmen oder ablehnen. Konnten die Abstimmenden die Verfassungsinhalte vor der Abstimmung lange genug diskutieren? Konnten freie Initiativen dem Volk Änderungsvorschläge zur Abstimmung vorlegen? Nein! Das war nicht möglich.

Die BürgerInnen können in Ägypten auch nicht über die normalen Gesetze selbst entscheiden. Sie können keine dreistufige Volksgesetzgebung außerparlamentarisch initiieren. Ihnen bleibt nur die Möglichkeit, Massenunruhen zu initiieren, um ihren Unmut über die gesetzlich verordneten Lebensbedingungen kund zu tun.

Interessant bleibt, wie die Machtausübenden und die ihnen dienenden Medien in den minimal-demokratischen parlamentarischen Systemen des Westens Stellung beziehen dazu, dass in Ägypten ein direkt gewählter Präsident, ein gewähltes Parlament und eine Regierung durch einen Militärputsch, der sich durch die Massenunruhen zu legitimieren versucht, gestürzt wurden.

Freiheit statt Angst

20.000 demonstrieren für eine offene Gesellschaft, gegen den Überwachungswahn

Ein breites gesellschaftliches Bündnis von 86 Organisationen hatte für den 7. September in Berlin zur Demonstration für Freiheitsrechte, für einen modernen Datenschutz und für ein freies Internet aufgerufen, dem 20.000 Menschen folgten. Sie protestierten friedlich gegen die Schnüffelpraktiken der NSA, gegen die andauernde Verletzung ihrer Privatsphäre und gegen die beharrliche Untätigkeit der Regierung Merkel. „Nur eine Diktatur braucht Zensur“, „Anonymität ist kein Verbrechen“ und „Pressefreiheit braucht Informationsschutz“ hieß es auf Plakaten. In dem Aufruf hatte es geheißen:

Die Überwachung greift um sich

„Vorratsdatenspeicherung, Prism, Tempora, Drohnen, Bestandsdatenauskunft, elektronische Gesundheitskarte: Die Überwachung unseres Lebens wird immer lückenloser. Der Staat und die Wirtschaft rastern uns, werten uns aus und dringen zunehmend in unsere Privatsphäre ein.“

Der Gläserne Bürger wird Realität

Immer mehr Informationen verfeinern das Bild, das sich Staat und Wirtschaft über jeden Einzelnen machen. Neben Telefondaten, Internetdaten, Bewegungsdaten und Gesundheitsdaten werden auch Da-

ten aus sozialen Netzwerken, Arbeitnehmerdaten, Volkszählungsdaten, Geodaten sowie politische und biometrische Daten zwangsweise erhoben und zentral gespeichert. Das Missbrauchspotential wächst täglich mit jeder neuen Datensammlung.

Datenberge gefährden unsere Sicherheit

Die einschüchternde Überwachung der gesamten Bevölkerung schafft keinen Schutz vor Kriminalität, kostet aber zig Millionen von Euro. Die Überwachung stellt alle Bürgerinnen und Bürger unter Generalverdacht – die Unschuldsvermutung wird zunehmend zu einem Lippenbekenntnis aus vergangener Zeit. Überwachungsstrukturen und Datenberge sind missbrauchsanfällig und bilden ein Sicherheitsrisiko.

Massenüberwachung gefährdet die freie Gesellschaft

Wer sich ständig überwacht und beobachtet fühlt, kann sich nicht mehr unbefangen bewegen und freizügig seine Rechte ausüben. Überwachung schadet nicht nur Minderheiten und jedem Einzelnen von uns, sondern behindert auch massiv die Arbeit und das Engagement von Privatpersonen und Organisationen der Zivilgesellschaft. Überwachung, Misstrauen und Angst erzeugen schrittweise eine Gesellschaft unkritischer Bürger und Bürgerinnen, die „nichts zu verbergen“ haben, und dem Staat gegenüber – zur vermeintlichen Gewährleistung totaler Sicherheit – gehorsam ihre Freiheitsrechte aufgeben. Eine solche Gesellschaft wollen wir nicht!

Deswegen gehen wir auf die Straße!

Wir wollen eine freie, demokratische und offene Gesellschaft. Solch eine Gesellschaft kann ohne private Räume und ungehinderte Kommunikation nicht existieren. Wir streiten für ein freies Internet, ohne Diskriminierung einzelner Inhalte und für den Schutz der Meinungs- und Pressefreiheit im Internet weltweit. Unsere Privatsphäre ist unabdingbarer Bestandteil unserer menschlichen Würde – und zwar in allen Lebensbereichen. Wir fordern ein Ende des Überwachungswahns und werden wir am Samstag, den 7. September 2013 unter dem Motto „Freiheit statt Angst – Stoppt den Überwachungswahn!“ durch Berlin ziehen. Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger auf, an der Demo teilzunehmen! Die Politiker und Konzernlenker sollen sehen, dass wir bereit sind, für unsere Freiheit auf die Straße zu gehen.“

Veranstalter ziehen ein durchweg positives Fazit

In einer Pressemitteilung zogen die Veranstalter noch vor Abschluss des Events eine erste Bilanz: „Der Erfolg ist klar zu hören und zu sehen. Die Menschen gehen auf die Straße und kämpfen für den Schutz ihrer Bürgerrechte. Die Politik kann dieses Signal nicht länger ignorieren“, sagt Kai-Uwe Steffens vom Demobündnis. „Wir werden keine Ruhe mehr geben und auch nach der Wahl für Freiheit, Bürgerrechte und Demokratie streiten“, so Steffens weiter.

Auch die anderen Redner auf der Bühne stimmen kämpferische Töne an. Parker Higgins, Aktivist der Electronic Frontier Foundation (USA), warnte eindringlich vor den Folgen lückenloser Überwachung

für die menschliche Würde: ‚Wir müssen uns das System wieder zurückerobern. Dafür brauchen wir informierte Bürger und wir brauchen Regierungen, die sich an die Menschenrechte halten. Ich schäme mich für das, was mein Land in meinem Namen tut, aber heute fühle ich mich von meinen wirklichen Landsleuten umgeben. Es sind Menschen, die an die Freiheit glauben und aufstehen gegen die Angst!‘.

Michael Rediske von Reporter ohne Grenzen betont die Gefährdung der Pressefreiheit, die mit der Überwachung und dem Ausspähen von Journalisten in aller Welt über das Internet tägliche Realität ist. ‚Sie werden für Blog-Einträge oder Twitter-Posts verhaftet, ihre E-Mails werden überwacht, Kontakte ausgeforscht, ihre Computer mit Überwachungssoftware infiziert.‘ Durch den NSA-Skandal sei nun klar belegt, dass auch deutsche Journalisten regelmäßig ausgeforscht werden. Diese Überwachung in Deutschland gefährde nicht nur die eigenen Freiheiten, sondern mache die Bundesrepublik auch unglaublich als Verbündeter von Bewegungen in anderen Ländern. ‚Wir dürfen den Diktatoren nicht den Gefallen tun, ihnen ähnlich zu werden.‘

‚Wir könnten Edward Snowden aufnehmen, wir müssten es nur wollen‘, sagt Christian Humborg von Transparency International. Er zitiert aus Snowdens Reaktion auf den Erhalt des Whistleblower-Preises: ‚Regierungen müssen für ihre Entscheidungen Rechenschaft ablegen. Die Entscheidung, welche Rechte und Freiheiten die Menschen haben, muss öffentlich gefällt werden und nicht von den Regierungen im Geheimen. Die Wahrheit über die Mächtigen auszusprechen, hat viele Whistleblower ihre Freiheit, ihre Familie oder ihr Land gekostet.‘“

Quelle: <http://blog.freiheitstattangst.de/>

Solidarität mit Edward Snowden

Geheimdienste kontrollieren!

Anfang der 2. Septemberwoche hatten 162.056 Menschen einen von der Organisation Campact bereits vor seiner Asylierung in Russland lancierten Appell für Snowdon unterzeichnet. In dem Appell heißt es: „Wir fordern von der Bundesregierung: Schützen Sie Edward Snowden durch eine vom Asylverfahren unabhängige Aufenthaltserlaubnis und mit einem Zeugenschutzprogramm. Sorgen Sie dafür, dass Hinweisgeber in Deutschland durch ein Whistleblower-Gesetz besser abgesichert werden. Wir brauchen Menschen wie Edward Snowden, um Verstöße gegen Bürgerrechte und Missstände bei den Geheimdiensten ans Licht zu bringen.“

Inzwischen läuft eine weitere Unterschriftenkampagne mit der Forderung an die Bundesregierung nach effektiver Kontrolle der Geheimdienste:

„Edward Snowden hat enthüllt, in welchem gigantischen Ausmaß deutsche und US-Geheimdienste uns bespitzeln. Doch Bundeskanzlerin Angela Merkel versucht seit Wochen, den Skandal auszusitzen und weigert sich, Konsequenzen zu ziehen.“

Wir fordern Bundesregierung und Bundestag auf, die Geheimdienste endlich wirksam zu kontrollieren. So muss das „Parlamentarische Gremium zur Kontrolle der Geheimdienste“ die Rechte eines Untersuchungsausschusses erhalten. Wichtige Verstöße der Geheimdienste müssen die Abgeordneten veröffentlichen dürfen, damit sie abgestellt werden. An ihrer Seite brauchen sie einen unabhängigen Geheimdienstbeauftragten, der ihnen fachlich zurarbeitet.

Whistleblower wie Edward Snowden müssen konsequent vor Verfolgung geschützt werden. Die Bundesregierung muss entschlossen gegen die flächendeckende Bespitzelung durch amerikanische, britische und andere ausländische Geheimdienste vorgehen.“

(<https://www.campact.de/geheimdienste/appell/teilnehmen/>)

„TTIP“ Nein Danke! Transatlantische Partnerschaft geht anders

Positionspapier deutscher Nichtregierungsorganisationen zum geplanten Freihandels- & Investitionsabkommen EU – USA (TTIP)

Die Regierungen Europas und der USA planen das „transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen“ (TTIP). BMW und Monsanto freuen sich; auch Deutsche Bank und JP Chase Morgan, BASF und Google, Bertelsmann und ExxonMobil. Doch brauchen die Menschen in Europa, den USA und im Rest der Welt wirklich einen großen, deregulierten transatlantischen Markt? Eine Antwort auf die eigentlichen Fragen gibt TTIP nicht: Wie wollen wir leben? Was ist ‚gutes Leben‘ ohne die Ausbeutung von Mensch, Tier und Umwelt? Wie können wir in den ökologischen Grenzen des Planeten wirtschaften und dabei gute, fair bezahlte Arbeit sichern? Wie können wir Ernährungssouveränität für alle erreichen?

Schon jetzt stecken wir in ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Krisen. Wir erleben viel zu wenig – nicht zu viel – Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz, Finanzmarktkontrolle. Wir erleben zu wenig – nicht zu viel – solidarisches Wirtschaften, Schutz kleinbäuerlicher und gemeinwohlorientierter (Land-)Wirtschaft sowie wirksamen Verbraucher-, Daten- und Rechtsschutz gegenüber den Geschäftsinteressen internationaler Konzerne

Mit dem TTIP-Abkommen versprechen Wirtschaftsvertreter in der EU und den USA mehr Wachstum. Sie wollen mehr Handelsströme und mehr Marktfreiheit für Unternehmen. In der Realität kann das aber bedeuten: Gentechnik-Lebensmittel und Hormonfleisch landen ungekennzeichnet auf unseren Tellern. Das geplante ACTA-Abkommen zum Urheberrecht kommt durch die Hintertür erneut – Meinungsfreiheit und Datenschutz bleiben auf der Strecke. Nur die niedrigeren Verbraucherschutz- und Umweltstandards bleiben übrig. Bundesregierung und EU-Kommission setzen auf Geheimverhandlungen unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit und der Parlamente.

Wir wollen:

Demokratie und Transparenz: Statt Geheimverhandlungen braucht es eine breite öffentliche Diskussion um ein soziales und ökologisches Verhandlungsmandat auf beiden Seiten. Hierzu müssten umfassende und aktuelle Informationen und der vollständige Einblick in alle Verhandlungsdokumente für die Öffentlichkeit und Parlamente gewährleistet sein. Zudem muss die Kommission eine umfassende Nachhaltigkeitsprüfung von unabhängiger Seite durchführen lassen.

Rechtsschutz für Menschen – statt privilegierte Klagerechte für Konzerne: Wir lehnen es ab, dass US-Konzerne Klagerechte gegen europäische Umwelt- und Sozialgesetze bekommen. Die besonders von der EU geforderten Sonderklagerechte für Unternehmen im Rahmen sogenannter Investor-Staat-Schiedsgerichtsbarkeit unterlaufen grundlegende Prinzipien des Rechtsstaats.

Kernprinzipien des Klima- und Umweltschutzes, so wie sie 1992 in Rio aufgestellt wurden, sind das Vorsorge- wie auch das Verursacherprinzip: Wenn von Produkten oder Technologien Risiken ausgehen können, dann müssen diese Risiken vorausschauend vermieden werden. Im TTIP aber sollen auf Druck von US-Exportinteressen bereits bestehende wie geplante Regeln, die diesen Prinzipien folgen, zum Handelshemmnis erklärt werden. Ein besonderer Dorn im Auge der US-Lobbygruppen sind v.a. die in ihren Augen zu langsame Zulassung und die Kennzeichnung von Gentechnik-Lebensmitteln in Europa sowie die europäischen Nachhaltigkeitsstandards von Biokraftstoffen. Aber auch die Weiterentwicklung der EU-Chemikalienrichtlinie REACH und der EURO-Norm für Auto-Emissionswerte wie auch die EU-Strategie zur Begrenzung der von Kunststoffen ausgehenden Umweltgefahren laufen den US-Exportinteressen zuwider. Auch für neue Technologien muss das Vorsorgeprinzip gelten, etwa für die gefährliche Gewinnung von Gas mit Fracking. Wir brauchen eine klima- und ressourcenschonendere und gerechtere Wirtschaftsweise auf beiden Seiten des Atlantiks. Die niedrigsten Standards dürfen nicht zur Richtschnur werden. Verbote sind dafür genauso erforderlich wie Steuern und Zölle für besonders schädliche Verfahren. Das ist mit der TTIP-Freihandelslogik nicht zu vereinbaren.

Kleinbäuerliche und ökologischere Landwirtschaft schützen: Bauern und Verbrauchern in Europa bringt TTIP keine Vorteile. In den USA ist der Verzehr von Klon- und Hormonfleisch sowie von Milch von mit gentechnisch erzeugten Wachstumshormonen gedopten Turbo-Kühen erlaubt. Geflügelfleisch wird mit Chlor behandelt, für gentechnisch veränderte Pflanzen gibt es weder ein durchgängiges, stringentes Zulassungsverfahren noch eine Kennzeichnungspflicht. Gentechnisch veränderter Lachs steht vor der Zulassung. Alles das wäre dann auch in Europa erlaubt. Auch das Patent- und Haftungsrecht unterscheidet sich in beiden Handelszonen an vielen Stellen. TTIP öffnet die Türen für Agrar-Exportschlachten zu Dumpingpreisen. Europäische Bauern gerieten unter noch mehr Wettbewerbsdruck. US-Exporteure würden verstärkt mit Soja und Milchprodukten auf den EU-Markt drängen und unsere Bemühungen, Soja durch einheimische Futterpflanzen zu ersetzen, unterlaufen. Statt noch mehr „Wachsen oder Weichen“ brauchen wir den Schutz kleinbäuerlicher und ökologischer Landwirtschaft.

Hohe Verbraucher- und Gesundheitsstandards: Die strengeren europäischen Standards müssen Grundlage aller Verhandlungen sein. Zudem ist eine umfassende Kennzeichnungspflicht zwingend – auch für verarbeitete Produkte.

Arbeits- und Menschenrechte durch klare und durchsetzbare Regelungen verbindlich schützen: Der Öffentlichkeit wird TTIP als Motor für die Schaffung von Arbeitsplätzen verkauft. Dabei haben bestehende Freihandelsabkommen wie der NAFTA-Vertrag zwischen den USA, Kanada und Mexiko eher das Gegenteil bewirkt. Gewerkschaften beklagen Arbeitsplatzverluste in der Industrie, sinkende Löhne, Unterlaufen vor Arbeitsmindeststandards und wachsende Einkommensunterschiede als Folge des Freihandels, indem Arbeitsstandards an das jeweils niedrigere Niveau nach unten angeglichen werden. In der EU sind Massenarbeitslosigkeit, Druck auf Löhne und die Ausweitung prekärer Beschäftigung die Folgen schwacher Sozialstandards im liberalisierten Binnenmarkt. Dies ist kein Modell für eine transatlantische Freihandelszone.

Internationale Solidarität und Kooperation statt immer mehr Wettbewerbsdruck. Mit dem TTIP wollen EU und USA ihre globale Vormachtstellung absichern. Aufstrebende Schwellen- und Entwicklungsländer sollen durch das Abkommen Marktanteile verlieren.

Schutz und Ausbau öffentlicher Dienstleistungen statt weiterer Liberalisierungsoffensive. Essentielle Dienstleistungen der Daseinsvorsorge – z.B. in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Wasser, Energie oder Verkehr – dürfen nicht privatisiert werden. Sie müssen für alle zugänglich sein und hohen qualitativen, sozialen und umweltpolitischen Standards genügen. Den dazu nötigen Gestaltungsspielraum auf nationaler und kommunaler Ebene drohen die TTIP Verhandlungen weiter zu beschneiden – mehr Druck in Richtung Privatisierung ist zu erwarten.

Schutz und Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen statt weiterer Liberalisierung. Die UNESCO-Konvention über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen sichert beispielsweise Film-, Theater, Orchester- und weitere Kulturförderung sowie den öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit seinen Landesprogrammen. Dieser Gestaltungsraum wird durch die TTIP Verhandlungen zur Disposition gestellt.

Regulierung des Finanzsektors und Abbau ökonomischer Ungleichgewichte statt mehr Deregulierung und Freihandel. Die Liberalisierung der Finanzmärkte und ökonomische Ungleichgewichte innerhalb der EU infolge von Lohnkonkurrenz sind eine wesentliche Ursache der europäischen Wirtschaftskrise. Mit TTIP sollen Finanzdienstleistungen noch weiter liberalisiert werden. Die politische Macht der Finanzindustrie würde gestärkt, Lohn- und Steuerdumping und damit sinkende Einnahmen der öffentlichen Haushalte wären die Folge.

Innovationen, Bildung und Informationsfreiheit statt noch mehr Exklusivrechte an „geistigem Eigentum“ der Konzerne: Schützbare „geistiges Eigentum“ findet sich in vielen Sektoren – Technologien, Pharmaprodukte, Saatgut, Filme und Musik. Unter dem Vorwand, die Urheber zu schützen, gängeln die großen Verlage, Labels und Medienkonzerne die Nutzer von Kultur und Information immer stärker. Wissenschaft und Bildung werden behindert, immer mehr Werke verwaisen und gehen endgültig verloren, weil ihre Digitalisierung nicht erlaubt wird. Wir brauchen einen fairen Interessenausgleich zwischen Urhebern, Nutzern und Verwertern! 2012 wurde das ACTA- Abkommen von einer Welle der öffentlichen Empörung gestoppt – der Medienindustrie hätte es umfangreiche Monopolrechte und die Kontrolle des Internets beschert. TTIP ist ein neuer Anlauf, diese Monopolrechte einzuführen

Wir rufen daher alle interessierten Menschen und Organisationen auf, sich aktiv an der Debatte um dieses neue Abkommen zu beteiligen! Machen wir – zusammen mit unseren Freundinnen und Freunden in Europa und den USA – den Politikern und Wirtschaftskapitänen deutlich, dass Freihandels- und Investorenschutz-Rezepte aus dem 20. Jahrhundert keine Lösung für die aktuellen Herausforderungen sind. Eine transatlantische Partnerschaft für die sozial-ökologische Transformation, die wir im 21. Jahrhundert so dringend brauchen, sieht ganz anders aus!

Auch in den USA und anderen Ländern Europas regt sich der Widerstand gegen dieses geplante Abkommen – gemeinsam werden wir es stoppen!

Unterzeichnende Organisationen

- Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)
- Attac
- Bundesverband Naturkost Naturwaren (BNN) e.V.
- Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft e.V. (BÖLW)

- BUND – Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.
- Bündnis für eine gentechnikfreie Landwirtschaft in Niedersachsen, Bremen, Hamburg
- Campact
- Christliche Initiative Romero e.V.
- DNR – Deutscher Naturschutzring e.V.
- FDCL – Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V.
- Forum Umwelt und Entwicklung
- Gen-ethisches Netzwerk e.V.
- INKOTA-netzwerk e.V.
- Kampagne „Meine Landwirtschaft“
- KLJB – Bundesverband der Katholische Landjugendbewegung Deutschlands e.V.
- klima-allianz deutschland
- NABU – Naturschutzbund Deutschland e.V.
- PAN Germany – Pestizid Aktions-Netzwerk e.V.
- PowerShift e.V. | Save our Seeds | WEED
- Zukunftsstiftung Landwirtschaft

Quelle: www.forumue.de/fileadmin/userupload/AG_Handel/pospap_ttip_fin.pdf

Europäische Bürgerinitiative bedingungsloses Grundeinkommen

Ein Appell der attac „AG Genug für Alle“ zur Unterstützung

Initiativen aus etwa 20 europäischen Ländern haben eine Europäische Bürgerinitiative – EBI – „bedingungsloses Grundeinkommen“ gestartet. Ziel ist es, langfristig ein bedingungsloses Grundeinkommen in der Europäischen Union einzuführen. Die Europäische Bürgerinitiative ist keine der vielen Sammlungen im Internet, sondern ein neues und hoch offizielles Instrument für die gemeinsame Willensbildung überall in der EU. Dass es sie gibt, ist einem massiven Engagement im Europäischen Parlament zu verdanken.

Mit einer EBI haben Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, die EU-Kommission aufzufordern, bestimmte Maßnahmen in ihrem Sinn zu ergreifen. Wenn diese Initiative erstens EU-weit über 1 Million Unterschriften bekommt und zweitens in mindestens 7 Ländern über einer bestimmten Marke liegt, die sich aus der Anzahl der EU Abgeordneten des jeweilig Landes errechnet (für Deutschland sind dies 74 250 Unterschriften), dann muss sich die EU Kommission damit beschäftigen und u.a. eine öffentliche Anhörung durchführen.

Der Text der EBI bedingungsloses Grundeinkommen lautet: „Langfristig besteht das Ziel darin, allen Menschen in der EU die Befriedigung ihrer materiellen Bedürfnisse zur Führung eines würdevollen Lebens gemäß den Vorgaben der EU-Verträge als bedingungsloses individuelles Recht zu garantieren und ihre gesellschaftliche Teilnahme durch die Einführung

eines BGE zu stärken. Kurzfristig geht es darum, Initiativen wie z.B. ‚Pilotstudien‘ (Art 156 AEUV) sowie die Prüfung unterschiedlicher BGE-Modelle (EP-Beschluss 2010/2039 (INI) §44) seitens der EU auf den Weg zu bringen.“

Auch wenn wir wissen, dass eine erfolgreiche Petition noch lange nicht die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens in der EU bedeutet, so ist dennoch klar, dass eine erfolgreiche Mobilisierung auf europäischer Ebene eine starke Dynamik entfalten kann. Menschen aus allen EU-Ländern haben schon die EBI Grundeinkommen unterzeichnet. In etwa 20 Ländern arbeiten nationale Bündnisse am Erfolg der gemeinsamen Initiative und damit an zeitgemäßen Antworten auf die sozialpolitischen Herausforderungen des globalisierten Kapitalismus.

Die Kooperation in der EBI ist ein wichtiger Beitrag zur Herausbildung eines Akteurs, der auf europäischer Ebene handlungsfähig werden kann. Deshalb rufen wir auf: Unterstützen Sie diese EBI mit Ihrer Unterschrift! Das geht ganz einfach online im Internet durch Unterzeichnung des entsprechenden Formulars.

Quelle: <http://www.grundeinkommen-attac.de/ebi-bge/was-ist-eine-ebi/> (dort auch Link zum Formular)

Veranstaltungen

Die Befreiung des Bildungswesens als gesellschaftliche Notwendigkeit

Öffentlicher Bildungskongress
Do., 3. bis So., 6. Oktober 2013

Thomas Brunner

„Öffentliche Erziehung scheint mir ganz außerhalb der Schranken zu liegen, in welchen der Staat seine Wirksamkeit entfalten muss.“ (Wilhelm von Humboldt)

Durch die internationale Finanzmarkt- und Staatsverschuldungskrise ist die Labilität unserer zivilisatorischen Strukturen erschreckend zu Tage getreten. Und immer mehr Menschen spüren ebenfalls, dass die zunehmenden gesellschaftlichen Herausforderungen durch ein „Delegieren“ wichtiger Entscheidungen an die politischen Verantwortungsträger nicht mehr zu bewältigen sind.

Eine sozial und ökologisch nachhaltige Kultur bedarf der mündigen und verantwortlichen Mitwirkung aller Gesellschaftsmitglieder. Kernstück davon ist ein Bildungswesen, das sich von zentralstaatlichen Vorgaben und Abhängigkeiten emanzipiert. Denn Bildung und Wissenschaft können sich nur wesens-

gemäß entfalten und sozial fruchtbar werden, wenn die Fähigkeitsentwicklung und die Forschung nicht durch wirtschaftliche oder staatliche Interessen korruptiert werden.

Dieser Bildungskongress soll dem Ausloten der Perspektive eines staats- und wirtschaftsunabhängigen Bildungswesens dienen. Ausgehend von Kernaussagen aus dem Buch „Der staatlich bewirtschaftete Geist“ von Konrad Schily soll einem Gespräch über die Möglichkeiten einer selbstverantwortlichen Gestaltung des Bildungswesens Raum gegeben werden. Neben einer Podiumsdiskussion, verschiedenen Vorträgen, Arbeitsgruppen und Gesprächen wird es auch ein „Initiativenforum“ geben, sowie die Möglichkeit, Infotische aufzustellen.

Mitwirkende: Dr. Konrad Schily, Prof. Dr. Ulrich Klemm, Udo Herrmannstorfer, Bertrand Stern, Corinna Gleide, Johannes Stüttgen, Dr. Albert Vinzens, RA Ingo Krampen, Clara Steinkellner, Ralf Gleide, Johannes Mosmann, Stephan Eisenhut, MdB Arfst Wagner, Prof. Dr. Peter Selg.

Veranstalter: Freie Bildungsstiftung, D. N. Dunlop-Institut e.V., Institut für soziale Dreigliederung, European Forum for Freedom in Education (effe). Tagungskarte: 70,- € normal / 40,- € ermäßigt / 100,- € Förderkarte. Ort: Universität Witten Herdecke, Alfred-Herrhausen-Straße 50, 58448 Witten

Nähere Information: Thomas Brunner / Tel. 0355 4887480 / kontakt@freiebildungsstiftung.de, www.freiebildungsstiftung.de

Finanzmarktkrise, Bodenmärkte und Welternährung

52. Mündener Gespräche der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft

Am 12. und 13. Oktober 2013 in der Reinhardswaldschule in Fulda am nördlichen Stadtrand von Kassel mit Vorträgen von Prof. Dr. Christian Kreiß (Hochschule Aalen): „Hintergründe der Finanzkrise – Wege in eine menschengerechte Wirtschaft“ | Prof. Dr. Johann Walter (Westfälische Hochschule Gelsenkirchen): „Können Geldreformgedanken zur Überwindung der Finanzmarkt- und Schuldenkrise beitragen?“ | Dr. Wilfried Bommert (Institut für Welternährung Nümbrecht): „Bodenrausch – Spekulation mit Boden und Lebensmitteln“ | Roman Herre (FIAN-Deutschland, Köln): „Land Grabbing und das globale Ernährungssystem – die Bedeutung von Land in einem globalen Transformationsprozess“ | Bijan Kafi (SEKEM-Freunde, Stuttgart): „SEKEM – Biologisch-dynamische Landwirtschaft in der Wüste des ägyptischen Nildeltas“ | Prof. Dr. Dirk Löhr (Hochschule Trier – Umwelt-Campus Birkenfeld): „Die unsichtbare Hand greift nach dem Land – Land Grabbing als Rent Grabbing“ | Prof. Dr. Fabian Thiel (FH Frankfurt/M.): „Der Value macht den Job

– Berlin zwischen urbanem Land Grabbing und Liegenschaftsfonds“.

Nähere Auskünfte: Dipl.-Ökon. Werner Onken, Oldenburg, Tel.: 0441 - 36111797, E-Mail: onken@sozialoekonomie.info, www.muendener-gespraech.de

Zur Reform des Geldwesens und der Bodenordnung

Ihre Auswirkungen in Wirtschaft, Staat und Kultur. Tagung Bad Boll, 19. bis 20. Oktober 2013

Mit Fritz Andres u.a. Themen: Geld und Boden: Gemeinschaftsgüter in privater Hand – Die Grundsätze der Reformen | Auswirkungen der Reformen in der Wirtschaft – vor allem auf den Wettbewerb sowie die Konzentration und Vermachtung der Wirtschaft und auf die Einkommensbildung und -verteilung | Auswirkungen der Reformen auf den Staat – vor allem auf den Umfang der Staatstätigkeit und auf die Finanzierung des Staates und der Sozialsysteme | Auswirkungen der Reformen auf die Kultur – vor allem auf ihre Finanzierung | Die Auswirkungen der Reformen auf Ökologie und Frieden.

Beginn Sa, 10.00 Uhr, Ende Sonntag 12.00 Uhr. Anmeldung: Seminar für freiheitliche Ordnung, Badstr. 35, 73087 Bad Boll, Tel. 07164/35 73, Fax: 07164/70 34, E-Mail: sffo@gmx.net, Internet: www.sffo.de. Kostenbeitrag erbeten (Richtsatz EUR 25,-)

Rudolf Steiner Der Erste Weltkrieg und das Schicksal Mitteleuropas

Tagung der Anthroposophischen Gesellschaft in Deutschland vom 3. bis 6. Oktober 2013 im Anthroposophischen Zentrum Kassel, Wilhelmshöher Allee 261

Der Erste Weltkrieg gilt allgemein als die europäische Katastrophe des 20. Jahrhunderts. Rudolf Steiner und einige seiner aktiven Mitarbeiter verhielten sich in diesem geschichtlichen Geschehen nicht untätig. Die Ideen der anthropologischen und sozialen Dreigliederung sind Ergebnisse dieses Einsatzes. Sie führten bereits während des Krieges zu einer Friedensinitiative, der zunächst kein Erfolg beschieden war.

Die dabei entwickelten Perspektiven reichen in Umfang und Tiefe jedoch weit über die hinsichtlich des Krieges als fable convenue tradierten Allge-
meinplätze hinaus.

Markus Osterrieder, flankiert von weiteren Referenten (Florian Roder, Terry Boardman, Richard Ramsbotham, Thomas Zdrzil und Hartwig Schiller) wird in diesen Zusammenhang einführen. Künstlerisches Programm: Aglais-Ensemble (Katharina Gleser, Angela Götte, Angela Seitz).

Eröffnung Donnerstag, 3.10. 19.00 Uhr, zuvor bereits 15.00 eine Buchpräsentation von Markus Osterrieder „Welt im Umbruch. Ordnungspläne, Nationalitätenfrage und die Haltung Rudolf Steiners während des Ersten Weltkrieges“. Ende Sonntag, 6. Oktober 12.30 Uhr. Themen sind u.a.: Das Ringen um Mitteleuropa – Vom englischen zum amerikanischen Weltreich – Der Krieg der Okkultismen: Spirituelle Hintergründe des Ersten Weltkriegs und die soziale Revolution – Die ungelöste Völkerfrage und die ‚Vereinigten Staaten von Europa‘.

Anmeldungen: Anthroposophische Gesellschaft in Deutschland, c/o Andreas Kaschke, Zur Uhlandshöhe 10, 70188 Stuttgart, Tel.: 07111643121 kaschke@anthroposophische-gesellschaft.org

Veranstaltungen im Forum 3, Stuttgart

Yeshayahu Ben-Aharon: The Event in Science, History, Philosophy & Art. Mittwoch, 2. Oktober, 19.30 Uhr, Donnerstag, 3. Oktober, 19.30 Uhr, Freitag, 4. Oktober, 19.30 Uhr, Samstag, 5. Oktober, 19.30 Uhr

Freitag, 11. Oktober, 20.00 Uhr: Siegfried Waitinas: Intelligenz der Maschine – Intelligenz des Menschen und realer Geist

Montag, 11. November, 16.00 bis 19.30 Uhr: Thomas Betz: Das „Vollgeld“ und die „Monetative“

Weitere Informationen zu den Veranstaltungen siehe www.forum3.de

Ort: Gymnasiumstr. Forum 3 e.V., Gymnasiumstraße 21, 70173 Stuttgart Ansprechpartner: Ulrich Morgenthaler, 07 11 / 4 40 07 49 - 66, Aktuelle-Themen@forum3.de.

Den Wandel selbst bestimmen, anstatt bestimmt zu werden

Demokratiekonferenz

15. bis 17.11.2013 in Berlin

Wir, der Initiativkreis Demokratiekonferenz, stellen dem Trend zu einem immer zentralistischer und neoliberaler werdenden Europa die Vision eines nachhaltig demokratischen und von seinen Bürgern

selbstbestimmt gestalteten Europa gegenüber. Unser Ansatz heißt Regionalisierung und Dezentralisierung, um lebendige Vielfalt und ein hohes Maß an direkter und Basisdemokratie zu ermöglichen.

Wir nehmen die im nächsten Frühjahr stattfindenden Wahlen zum Europäischen Parlament zum Anlass und nutzen das zu Wahlzeiten gesteigerte öffentliche Interesse, um dieses Thema so breit wie möglich zu diskutieren. Dazu laden wir alle an Demokratie-Entwicklung interessierten Organisationen und Parteien ein, das sonst übliche Prozedere vom Kopf auf die Füße zu stellen.

Nicht Parteiprogramme, sondern die im Rahmen von Demokratiereformbewegungen und anderen Bürgerinitiativen entwickelten Entwürfe, Programme und Konzepte (wie die von uns eingebrachte „Charta für ein Europa der Regionen“) stehen im Mittelpunkt der Veranstaltung. Die Bürgerinnen und Bürger als Quelle und Souverän des politischen Willensbildungsprozesses sind das Modell der Zukunft. Wir messen die Parteien daran, wie sie zu den langjährig entwickelten politischen Zielempfehlungen stehen und sich verhalten. Die Restrukturierung der Demokratie- und Finanzsysteme sowie das bedingungslose Grundeinkommen stehen dabei im Brennpunkt des Interesses.

Veranstalter: Initiativkreis Demokratiekonferenz, c/o Tollense Lebenspark, Schlosspark 1, 17217 Alt Rehse, Tagungsort: St.-Michaels-Heim Tagungshaus & Hotel / <http://www.st-michaels.de>, Tel.: 030 896 88 77 C 160, Fax: 030 896 88 - 185, Bismarckallee 23, 14193 Berlin Info@st-michaels-heim.de.

„Ken Saro-Wiwa - Ein Leben für den Kampf um Individualität und Menschenrechte“

Freitag, 22. November 19.30 Uhr, R. Steiner Haus Berlin, in der Reihe „Bücher im Gespräch“

Harald Weil liest aus Saro-Wiwas Erzählband: „Die Sterne dort unten“ (dtv), mit einem erklärenden Zusatz „Ethischer Individualismus im Konflikt“. Der nigerianische Schriftsteller und Bürgerrechtler Ken Saro-Wiwa, Träger des Alternativen Nobelpreises, wurde im November 1995 nach einem Schauprozess mit acht weiteren Bürgerrechtlern hingerichtet. In seinen lebensvollen Romanen und vor allem in seinem Erzählband „Die Sterne dort unten“ spiegelt sich mit Wärme, Humor, aber auch mit Härte und großem künstlerischem Ernst der suchende Mensch in einer entwurzelten Gesellschaft. Sein Kampf um freie Individualität, Menschenrechte und eine gerechte Ökonomie wird hier sichtbar. Darüber wollen wir ins Gespräch kommen. Ort: Bibliothek im Rudolf Steiner Haus, Bernadottestr. 90/92, 14195 Berlin.

Literatur- hinweise

Christian Kreiß: Profitwahn Warum sich eine menschengerechte Gesellschaft lohnt

Christoph Strawe

Im Tectum Verlag Marburg, einem profilierten Wissenschaftsverlag, erschien vor kurzem ein äußerst lesenswertes Sachbuch des Wirtschaftswissenschaftlers Prof. Dr. Christian Kreiß, den viele Leser bereits auch als Autor dieser Zeitschrift kennen – etwa durch den Beitrag zum künstlich herbeigeführten Verschleiß von Produkten (Obsoleszenz) im vorletzten Heft. Kreiß hat in München über die große Depression 1929 bis 1932 promoviert. Er war 9 Jahre als Banker tätig, davon 7 als Investmentbanker. Seit 2002 unterrichtet er an der Hochschule Aalen.

Christian Kreiß beschreibt nicht nur die aktuelle wirtschaftlich-soziale Misere, er benennt ihren Grund, den er letztlich in unserer Eigentumsordnung sieht. Diese erlaube „mengenmäßig und zeitlich unbegrenztes Eigentum an den drei Hauptvermögensarten: 1. Grund und Boden, 2. Produktionsvermögen (Eigentum an Unternehmen in Form von Aktien oder anderen Unternehmensanteilen) sowie 3. Geldvermögen.“ (S. 15) Dies sei der Grund für ungehemmte Vermögenskonzentration: 9000 superreiche Haushalte, deren Angehörige 0,0005% der Weltbevölkerung umfassen, gebieten über 8% des Weltvermögens (S. 16), in Deutschland verfügen laut Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung die ärmeren 50% der Haushalte über gut 1% des Nettovermögens, die reichsten 10% über die Hälfte dieses Vermögens. Weil Boden, Aktien und Geld unbeschränkt besessen und im Erbstrom (abzüglich der Erbschaftssteuer) weitergegeben werden dürfen, ergibt sich notwendig bei bestehender „anfänglicher Ungleichverteilung ein Trend zu immer stärkerer Ungleichverteilung“ (S. 16), was Kreiß im Hinblick auf das Bodeneigentum mit einer einfachen Rechnung anschaulich demonstriert. „Vermögen kommt zu Vermögen“. Bodenrenten, Dividenden, Zinserträge usw. bilden Renten, d.h. Einnahmen, denen keine Leistung gegenübersteht. Daher gibt es längst eine faktische, zu wenig bemerkte „Reichensteuer“, welche nämlich die Reichen durch ihre Eigentumsmacht den anderen auferlegen. (Auch Obsoleszenz führt zu einer solchen Umverteilung.)

Hier mündet die Darstellung in eine Wiedergabe von Grundpositionen der Zinskritik bzw. Zinseszinskritik. Kreiß arbeitet stärker, als es gewöhnlich geschieht, den krebsartigen Charakter der exponentiellen Geldvermehrungsdynamik des Zinseszins heraus. Hier, wie im ganzen Buch, verwendet er gut verständliche Beispiele.

Entscheidend für die Argumentation des Buchs ist ein „Déjà-vu“-Erlebnis beim Vergleich der gegenwärtigen Umverteilungs- und Konzentrationsprozesse mit der wirtschaftlichen Situation 1914 und 1929. Auch 1914 hätten wir es in den Industrieländern mit einem Zustand von „Wucherungen und Überkapazitäten“ zu tun gehabt. Führt doch die Vermögenskonzentration und die faktische Besteuerung der Armen durch die Reichen auf der einen Seite zu einer Schwächung der Nachfrage, auf der anderen zu überschüssigem Kapital, das mit Macht nach Anlage drängt und damit das Problem verschärft: Das „Kapital ergießt sich in immer absurdere Investitionen und führt zu immer stärkeren Blasenbildungen auf den verschiedensten Gebieten“ (S. 38). Die Kriegsnachfrage habe das Problem damals für eine Zeit überdeckt, dann jedoch sei es in den 20er Jahren wieder virulent geworden und 1929 in der Weltwirtschaftskrise kulminiert. Zweimal habe es eine solche „lange Welle der Blasen und Zusammenbrüche“ gegeben: 1914 bzw. 1929 und ab 2007“, diese beiden Wellen seien von früheren Überschuldungskrisen qualitativ zu unterscheiden.

Kapitel 3 unterfüttert das bisher Dargestellte mit zahlreichen Fakten über die Ungleichverteilung in Deutschland, den USA und anderen Ländern, wobei besonders auch das Thema „Steuerbetrug und Steueroasen“ in die Betrachtung mit einbezogen wird. Die Stärke der Darstellung liegt hier wie an anderen Stellen darin, dass die Verteilungsprobleme in ihren katastrophalen ökonomischen Auswirkungen betrachtet werden, ohne dass dadurch der Aspekt der sozialen Gerechtigkeit zu kurz käme. Am Ende steht die ernüchternde Feststellung, dass die zentrale Lehre aus 1929 übersehen worden sei: Ohne Berücksichtigung der verheerenden Wirkungen der Ungleichverteilung liefen im Sinne der Deflationsbekämpfung an sich richtige Maßnahmen wie deficit spending und expansive Geldpolitik letztlich ins Leere.

Kapitel 4 analysiert treffsicher die Weltwirtschaftslage 2013 und kommt zu dem Ergebnis, dass eine Bereinigung, wie sie 1929 stattgefunden hat, angesichts der weltweiten Überkapazitäten und Blasenbildungen längst überfällig sei. Das tatsächliche Wachstum seit 1980 liege weit über dem nachhaltig möglichen Wachstum. Die eindrücklichen Schilderungen der gegenwärtigen Lage finden einen Höhepunkt in den auf intime eigene Kenntnis und Praxiserfahrung als Investmentbanker gestützten Passagen über das Gebaren von Private Equity-Gesellschaften und ihre immer aggressivere Fremdfinanzierung von Unternehmenskäufen. Die Folge für die betroffenen Unternehmen sei „finanzielle Schwächung und verringerte Widerstandskraft bei Wirtschaftsabschwüngen“ (S. 69).

Die Botschaft des Buches

Unsere Wirtschaftsordnung führt dazu, dass sich etwa alle 70 Jahre periodisch wiederkehrende Blasen bilden, die schmerzlich bereinigt werden müssen, sei es über Wirtschafts- und Finanzkrisen, die Elend und Not mit sich bringen, oder zerstörerische Prozesse wie Aufruhr, Chaos, Bürgerkrieg oder sogar Krieg. Auch die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise ist das Ergebnis ungehemmter, unhaltbarer, krebsartiger Akkumulationsprozesse der letzten knapp 70 Jahre seit 1945, die nun zu einer Bereinigung drängen:

Ungleichverteilung und ökonomische Machtkonzentration nahmen im Zuge dieser Akkumulationsprozesse in den letzten Jahrzehnten weltweit kontinuierlich zu. Kapital konzentriert sich seit mehr als einer Generation in immer weniger Händen, viele Länder bewegen sich hin zu einer Plutokratie, der Geldherrschaft von wenigen Menschen über die große Mehrheit der Bevölkerung. Enorme Fehllenkungen von Kapital- und Güterströmen weltweit, krebsartige Strukturen sowie eine kommende dramatische und sehr schmerzhaftere Bereinigung dieser traurigen Missstände mit sozialen und politischen Erschütterungen sind die Folgen dieser Entwicklungen. [...]

Jetzt hätten wir die Gelegenheit, durch die konkrete Einführung vermögensumverteilender Maßnahmen auf friedlichem Wege einen wirtschaftlichen Zusammenbruch, der nach der oben genannten 70-Jahre-Regel nun kurz bevorzustehen scheint, zu vermeiden. Dies wäre auch im Sinne der vermögendsten Schichten, da sie bei einer geordneten Vermögensumverteilung weniger Einbußen hinnehmen als durch eine große Depression, soziale Unruhen oder gar Krise.

Christian Kreiß, Profitwahn, S. 13f.

In Kapitel 5 und 6 werden die weltweite Überschuldung von Privathaushalten und Nationen als wichtiger Aspekt der Krise sowie geopolitische Ursachen kurz beleuchtet. Der Autor spart auch die Frage nach den geistigen Hintergründen nicht aus: Kapitel 7 benennt hier Machtkonzentration, Angst und Unfreiheit. Eine kleine Schicht von Vermögensadligen gewinnt immer mehr Einfluss auf gesellschaftliche Entscheidungen und beeinflusst auch die Medien immer stärker. Die Macht der Notenbanken nehme mit steigender Verschuldung zu, die Gesellschaft befinde sich auf dem Weg in die Plutokratie, in eine massive Aushöhlung der Demokratie, was weltweit faschistische Gefahren heraufbeschwöre. Ein Blick in die Geschichte zeigt anhand der Weltwirtschaftskrise von 1907 und der Krisengewinnstrategie von J.P. Morgan, wie Plutokratie entsteht.

Im folgenden Kapitel 8 über das „Versagen der Wirtschaftswissenschaft“ nimmt Kreiß kein Blatt vor den Mund und legt sich mutig mit dem Mainstream der eigenen Zunft an. Dem IWF, dem US-Congressional Budget Office (CBO), dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der deutschen Wirtschaft und Deutsche Bank Research weist er haarsträubende Fehlprognosen nach. Die Ursache für das Versagen der Wirtschaftswissenschaft liegt für ihn letztlich in Axiomen, an denen zu rütteln in der Regel die Wissenschaftskarriere koste. Die beiden entscheidenden Axiome lauten: „1. Unbegrenzt Eigentum an Grund und Boden, Geldvermögen und Unternehmensvermögen ist gut und richtig. 2. Zinseszins ist gut und richtig.“ (S. 112) Kreiß geißelt den Wachstumswahn und die einseitig ökonomische Betrachtung des Menschen.

Der Autor warnt vor einem bevorstehenden Einbruch und kritisiert in Kapitel 9 die bisherigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise als unzureichend, ja als größtenteils kontraproduktiv. Er insistiert in Bezug auf alle „Rettungsmaßnahmen“ auf der Frage: „Wer zahlt und wer profitiert?“ Gleichzeitig lässt er den Leser aber nicht ohne positive Orientierung, sondern sucht „Wege in eine menschengerechte Wirtschaft durch gesellschaftliche Weichenstellungen“ und versucht aufzuzeigen, welche Maßnahmen die verhängnisvolle, zum Crash drängende Dynamik der Krise noch abzubremsen in der Lage wären.

Hier rundet sich die Argumentation, die bei der Eigentumsfrage begann. Kreiß schreibt: „Weder eine substanzielle Erbschaftsteuer von z.B. real 50% noch eine progressivere Besteuerung der Einkommen mit einem Spitzensteuersatz von z.B. 50% oder gar 75% [...] sind eine dauerhafte

Lösung. Sie gehen zwar in die richtige Richtung, aber nicht an die eigentliche Wurzel des Problems, die Vermögenskonzentration als solche. Man muss demnach bei der Wurzel, bei den Vermögen selbst ansetzen, z.B. durch Vermögenssteuern auf die drei Hauptarten von Vermögen: 1. Grund und Boden [...], 2. Anteile an Unternehmen, 3. Geldvermögen.“ (S. 145) Auf diese Weise sollen Nichtarbeitseinkommen reduziert und Arbeitseinkommen erhöht werden. Denn Nicht-Arbeitseinkommen seien nicht nur ungerecht, „sondern auch schädlich, da sie zu steigender Vermögenskonzentration und damit langfristig zum Abwürgen der Wirtschaftsentwicklung führen“ (S. 146).

Es würde den Rahmen der Rezension sprengen, hier die differenzierten Überlegungen wiederzugeben, die der Autor zur Umsetzung dieses Grundansatzes anstellt, wobei er selbst gewisse Varianten diskutiert und ihre Wirkungen abwägt. Lesenswert ist auch der historische Rückblick auf „Wära“ und „Wörgel“ als praktische Ansätze einer Geldreform und der Exkurs zur „Eurokrise“ anhand des Fallbeispiels Spanien. Über einzelne Thesen – so die, dass die deutsche Volkswirtschaft von 1995 – 2005 die große Verliererin der Euro-Einführung gewesen sei – kann durchaus gestritten werden.

Als wesentlich ist festzuhalten, dass für den Autor das von ihm vorgeschlagene Maßnahmenpaket – Vermögenssteuer auf Grund und Boden sowie Unternehmensvermögen und „Einführung eines Geldwesens ohne Zinseszins“ – lediglich „ein“ Weg ist, um die Finanz- und Wirtschaftskrise anzugehen“ (S. 168). Als alternativen Ansatz stellt er kurz die Festlegung von Vermögensobergrenzen (Christian Felber) vor.

Die Einzelmaßnahmen, die der Autor vorschlägt, betrachtet er als wichtige Schritte, die aber bei Weitem noch nicht ausreichen, „langfristig eine günstige gesellschaftliche und soziale Entwicklung herbeizuführen“ (S. 169). Daran ließe sich die Frage anschließen, in welchem Verhältnis solche Einstiegs- punkte zu anderen Ansätzen stehen, etwa dem eines bedingungslosen Grundeinkommens: Stellen sie eine Ergänzung dar und wenn ja, in welcher Art? Und kann dadurch die Basis der zivilgesellschaftlichen Bewegung, die sich für eine Veränderung einsetzt, verbreitert werden?

Letztlich, so Kreiß, gehe es nicht ohne „eine umfassende Reform“ (S. 169). Im Buch bleibt offen, worin diese im Einzelnen bestehen müsste. Umso gespannter darf man auf das im Schlusswort angekündigte weitere Buch des Autors sein. Der Rezensent würde sich wünschen, dass dabei die folgenden Fragen nicht ausgeklammert würden: Umformung des Eigentums in „operatives Eigentum“ bzw. „Eigentum im sozialen Fluss“, Schaffung einer „organischen“ Geldordnung, die einen neuen Umgang mit der Kategorie des Schenkungsgeldes umfasst, Überwindung des Lohnverhältnisses durch das Ertragsteilungsprinzip und die Trennung von Arbeit und Einkommen, Übergang zu einer kooperativen bzw. assoziativen, d.h. einer durch Verständigungsprozesse der Wirtschaftspartner geordneten, Ökonomie. Mir scheint, dass sich solche Fragen organisch aus der in „Profitwahn“ so verständlich und kompetent dargestellten Problematik ergeben.

Christian Kreiß, Profitwahn, Tectum Verlag Marburg 2013, 232 Seiten, Klappenbroschur, 17,95 Euro, ISBN 978-3-8288-3159-9

Dietrich Esterl: Emil Molt 1876 – 1936

Tun, was die Verhältnisse fordern

Mathias Maurer¹

Ohne den Unternehmer Emil Molt (1876 – 1936), gäbe es die Waldorfschulen nicht. Durch sein Handeln bewahrte er den „Geist“ der Waldorfschule und ist er der eigentliche Begründer einer weltweiten Schulbewegung. Er war es, der Rudolf Steiner bat, die pädagogische Leitung einer Schule für seine Arbeiterkinder zu übernehmen. Molt riskierte dabei alles – und verlor fast alles.

Molt war als Unternehmer und „Pädagoge“ eine Persönlichkeit, deren Lebenslauf moderner nicht sein kann und die in ihrem Wirken ihrer Zeit vor-

bildhaft voraus war. Molt ging immer aufs Ganze – als geliebter „Patriarch“ der Zigarettenfabrik Waldorf-Astoria und der ersten Waldorfschule in Stuttgart, für deren Start und Unterhalt er nahezu sein gesamtes Privatvermögen einbrachte. Er versuchte sozialreformerische Ideen zu verwirklichen, die damals und heute noch als Utopie gelten. Er bot seinen tausend im Betrieb Beschäftigten – die für ihn nicht Arbeiter, sondern Arbeitskollegen waren – und deren Kindern ein Bildungsprogramm während der (bezahlten!) Arbeitszeit. Er lieferte kostenlos Zigaretten an die Front und versorgte die Soldaten mit schöngeistiger Literatur. Er stellte seine Kriegsheimkehrer ein, obwohl er zunächst keine neuen Arbeitskräfte brauchte.

Molt arbeitete sich vom Lehrbuben zum international bekannten Geschäftsmann empor. Er wusste seine Ellenbogen einzusetzen, zu taktieren, und hatte als Unternehmer Erfolg. Molt war voller Fragen gegenüber den Entwicklungstendenzen seiner Zeit. Die Aufbruchsstimmung des neuen Jahrhunderts führte in die Katastrophe des 1. Weltkrieges und in die Wirren der Weimarer Republik. Neue Gesellschaftsordnungen hatten Hochkonjunktur. In dieser historischen Situation begegnete er Rudolf Steiner, bei dem er Antworten fand und dessen Ideen zur „Dreigliederung des sozialen Organismus“ bei ihm, dem Praktiker, zündeten. So wurde er zum Pionier der Dreigliederungsbewegung.

Molt war ein Tatmensch. Er redete nicht nur über diese sozialreformerischen Ideen, sondern handelte auch nach ihnen. Er stellte seine eigenen Prinzipien des Kapitalismus auf den Kopf – zuerst innerbetrieblich, dann in größerem Stil – eine bewundernswerte Wandlung. Dazu gehörte die Vorstellung der assoziativen Wirtschaftsweise. Es wurde die „Kommende Tag AG“ gegründet, zu der über 20 Betriebe gehörten, aus deren Überschüssen Einrichtungen des Geistes- und Kulturlebens finanziert wurden, so auch die Waldorfschule. Ziel war es, das Bildungswesen aus der staatlichen Bevormundung zu befreien. Molt überschrieb alle Aktien der „Waldorf-Astoria“ dem „Kommenden Tag“, verlor seinen Führungsposten und wurde von den Weisungen des von Steiner eingesetzten Leiters der Holding „Kommender Tag AG“, Emil Leinhas, abhängig. In einer wirtschaftlich angespannten Lage veranlasste Leinhas – „ein rätselhafter Gegenspieler und Mitstreiter“ Molts –, den Verkauf der „Waldorf-Astoria“-Aktien an Reemtsma. Molt musste hinnehmen, dass ihm die Früchte seines unternehmerischen Lebenswerkes aus der Hand genommen wurden – was einem Vertrauensbruch gleichkam. Die Beziehung zu Steiner, der oft bei ihm logierte und mit dem er viel auf Reisen war, litt – für Molt ein schmerzliches Geschehen.

Eine ähnliche „Entmachtung“ erfuhr er durch die Lehrerschaft, die gegenüber dem menschlich zugewandten, doch patriarchalischen Führungsstil Molts ihren Anspruch auf kollegiale Selbstverwaltung durchsetzte. Molt selbst gehörte auf ausdrücklichen Wunsch Steiners in der Anfangszeit zum Kollegium und nahm an den Konferenzen teil. Jetzt war er „nur“ noch Vorsitzender des Waldorfschulvereins, blieb

¹ Diese Besprechung erschien zuerst in der Zeitschrift „Erziehungskunst“, Dez. 2012

aber mit allem Einsatz „Schulvater“ und „Protector“ seiner Schule.

Dem wachsenden Gleichschaltungsdruck durch die Nationalsozialisten stellte er sich ab 1933 vehement entgegen. Juden und „Halbjuden“ mussten die Schule verlassen – darunter die besten Lehrer. Als der Elternrat und ein Teil der Lehrerschaft für mehr Anpassung an den Staat plädierten und Molt zum Rücktritt aufforderten, blieb er unbestechlich. Er war kein Opportunist. Die unvermeidliche Schließung der Schule 1938 hat er nicht mehr erlebt.

Molts Leben weist enorme Verzichtleistungen auf, ohne dass er seine anthroposophischen Überzeugungen verlor. Er hatte immer das Größere und Ganze vor Augen. Ob sein Vertrauensvorschuss immer gerechtfertigt war, darf man bezweifeln, da er auch aus den eigenen Reihen bekämpft wurde. Bei internen Streitigkeiten versuchte er stets zu vermitteln – nicht immer mit Erfolg. Interessant ist, dass die damaligen Kernfragen ungebrochen aktuell sind: Kann Waldorfpädagogik ohne Anthroposophie existieren? Wie geht man als Waldorflehrer mit den Anregungen Rudolf Steiners zeitgemäß um? Ist politische Neutralität und Abstinenz konstitutiv für die Waldorfschulen? Wo stehen die Waldorfschulen heute mit ihrem Ziel, das Erziehungswesen von der Steuerung durch Wirtschaft und Obrigkeit freizuhalten? Spielt die „Dreigliederung des sozialen Organismus“ noch eine Rolle?

Emil Molt und seine selbstlose Leistung drohen heute selbst in Waldorfkreisen in Vergessenheit zu geraten. Lediglich zwei Schulen wurden bisher nach ihm benannt – in Calw, wo er seine Lehrzeit verbrachte, und in Berlin. **Dietrich Esterl**, Schüler der ersten Stunde nach der Wiedereröffnung der Stuttgarter Uhlandshöhe am 8. Oktober 1945, Historiker und langjähriger Oberstufenlehrer an dieser Schule, ist es zu verdanken, dass nun die erste Biographie Molts, die gleichzeitig ein Zeitdokument ist, vorliegt. Das Buch ist Ergebnis einer umfangreichen langjährigen Forschungsarbeit. Aus dem von Esterl zusammengesuchten, in Archiven aufgefundenen

Material ergeben sich viele neue Erkenntnisse, die auf manches Unerforschte und noch im Dunkeln Liegende hinweisen. „Tun, was die Verhältnisse fordern“ (Steiner) – diesem Motto hat Molt ein Leben lang gedient. Es gehört in die Hand und in den Kopf aller an der Waldorfschule interessierten Menschen.

Dietrich Esterl: Emil Molt, 1876 – 1936, Tun, was gefordert ist, 344 S., 118 Abb., geb., EUR 24,80, Verlag Johannes M. Mayer, Stuttgart 2012 | **Emil Molt:** Entwurf meiner Lebensbeschreibung, Stuttgart 1972 | **Dietrich Esterl:** Die erste Waldorfschule, 1919 – 2004, Daten, Dokument, Bilder, Stuttgart 2006. Bestellungen über den Buchhandel oder www.waldorfbuch.de

Ulrich Rösch We are the Revolution!

**Rudolf Steiner, Joseph Beuys and
the Threefold Social Impulse**

Dieses Buch über den Impuls der sozialen Dreigliederung erschien kürzlich bei Temple Lodge Publishing Ltd. in Forest Row. Wer es in englischer Sprache lesen mag, kann über den Buchhandel oder direkt über www.templelodge.com bestellen. Vielleicht kann der Hinweis an dieser Stelle auch zu einer deutschen Ausgabe anregen.

Das Buch hat jedenfalls eine interessante Geschichte: Der Autor, Ulrich Rösch, ist ein Kenner Asiens und oft in Indien und anderen Ländern dort unterwegs. Die Idee und die Finanzierung dieses Buchs entstand in Taiwan. Die Rolle der englischen Fassung bestand nicht zuletzt darin, als Ausgangsmaterial für eine chinesische Übersetzung zu dienen. Es ist zu hoffen, dass es auf diese Weise zur weltweiten Verbreitung des Dreigliederungsgedankens anregt. Kontakt zum Autor: ulrichroesch@t-online.de

Probleme heutiger Dreigliederungsarbeit

Arbeitstreffen für Dreigliederungs-Netzwerker

Samstag, 7. Dezember 2013, Stuttgart

Ort: Freie Hochschule, Gebäude Libanonstr. 3

70184 Stuttgart, 11 bis 18 Uhr

Auch dieses Jahr soll im Rahmen der Initiative Netzwerk Dreigliederung ein Treffen zum Jahresende Möglichkeiten bieten zum Austausch über die Zeitlage, unsere Arbeitserfahrungen und die Aufgaben, die wir uns für die Zukunft vornehmen. Eingeladen sind alle Interessierten, die sich mit der Initiative Netzwerk Dreigliederung verbunden fühlen.

Bitte anmelden unter netzwerk@sozialimpulse.de



Veranstaltungen

zu Grundlagen und Praxis der Dreigliederung
des sozialen Organismus

Wege aus dem Preischaos Preisbildung, ökonomisches Gleichgewicht und soziale Gerechtigkeit

*Arbeit an Philosophie der Freiheit und
Nationalökonomischem Kurs*

Seminar, 8. – 10. November 2013
R. Steiner Haus, Frankfurt a. M., Hügelstr. 67

Freitag, 8. November 2013

19.00 Öffnung des Tagungsbüros

20.00 **Die Suche nach sozialer
Gerechtigkeit – Motive und Triebfedern**
(Vortrag Prof. Dr. Christoph Strawe)

Samstag, 9. November 2013

09.00 – 09.30 **Bewegungsübungen**
(mit Elzbieta Bednarska)

09.30 – 11.00 **Wie entstehen heute Preise? -
Ursachen des Preischaos**
(Scheinmarktwirtschaft, Staatseinmischung usw.)
(Vortrag Prof. Dr. Harald Spehl, Aussprache)

11.30 – 13.00 **Gesprächsarbeit**

14.45 – 15.15 **Bewegungsübungen**
(mit Elzbieta Bednarska)

15.15 – 16.45 **Preisbildung: Grundzüge einer
prospektiven, produktivitätsorientierten und
dynamischen Gerechtigkeit.** Wie lassen sich
ökonomische Preisbildung und soziale Gerech-
tigkeit miteinander verbinden?
(Vortrag Dr. Michael Ross, mit Aussprache)

17.15 – 18.45 **Gesprächsarbeit**

20.00 **Bildung und Arbeitsweise assoziativ-
kooperativer Organe in der Wirtschaft -**
Voraussetzung für eine bewusste Beeinflussung
wirtschaftlicher Prozesse
(Vortrag Udo Herrmannstorfer, Aussprache)

Sonntag, 10. November 2013

9.00 – 09.30 **Bewegungsübungen**
(mit Elzbieta Bednarska)

09.30 - 11.00 **Forum: Praktische Ansätze asso-
ziativer Preisbildung** (verschiedene Beispiele)

11.20 - 12.30 **Die Preisfrage in den
Beziehungen zwischen Geistes-, Rechts- und
Wirtschaftsleben** (Kulturfinanzierung, Steuer-
system) (verschiedene Beiträge). Abschluss

Teilnahmegebühr 175,- € (ohne Unterbrin-
gung) + 25,- € für die Gemeinschaftsver-
pflegung (inkl. Pausenverpflegung). Ermä-
ßigungen sind im begründeten Einzelfall
nach Rücksprache möglich. Ebenfalls mög-
lich ist der Besuch von Einzelvorträgen.

Infos zu Übernachtungsmöglichkeiten und
Anfahrtsbeschreibung unter
[http://www.sozialimpulse.de/fileadmin/
sozialimpulse/html/Anweg_Frankfurt.htm](http://www.sozialimpulse.de/fileadmin/sozialimpulse/html/Anweg_Frankfurt.htm)

Ethik und Gesellschaft Normendebatte und ethischer Individualismus

**24./25. Januar 2014, Forum 3 Stuttgart,
Gymnasiumstr. 21**

24.1. 19.00 Öffentliches Werkstattgespräch

25.1. 9.00 – 18.30 Forschungskolloquium
(Detailprogramm > [www.sozialimpulse.de/
fileadmin/sozialimpulse/pdf/Ethikkolloquium](http://www.sozialimpulse.de/fileadmin/sozialimpulse/pdf/Ethikkolloquium))

Weitere Info/Anmeldung:

Institut für soziale Gegenwartsfragen
Libanonstr. 3, D-70184 Stuttgart
Tel. +49 (0) 711 – 23 68 950
institut@sozialimpulse.de
www.sozialimpulse.de